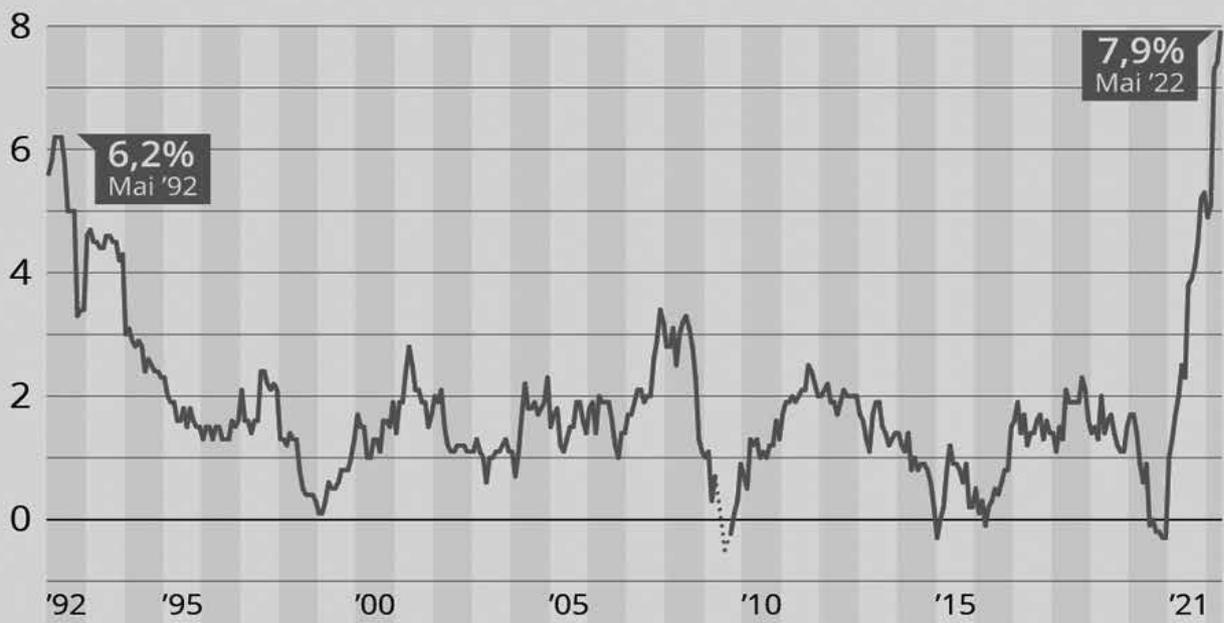


die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION

Inflation steigt auf Rekordniveau

Entwicklung der Inflationsrate in Deutschland ggü. Vorjahresmonat (in %)



Quelle: Statistisches Bundesamt



statista

INFLATION – WELCHE GEGENWEHR?

Ukraine Dossier

Die Folgen des Ukrainekriegs	3
Die Rolle des Imperialismus im Ukrainekrieg, Alex Callinicos	4
Stellungnahme von Gilbert Achcar	6
Antwort von Alex Callinicos	8
Wider eine militärische „Lösung“ des Ukrainekriegs, Heino Berg, Thies Gleiss, Jakob Schäfer, Matthias Schindler, Winfried Wolf	11
Zynismus als Ideologie, Interview mit Ilja Budraitskis	14
Nationale Identität und Völkerverständigung, Interview mit Marko Bojunc	17
Die Eroberung der Ukraine und die Geschichte des russischen Imperialismus, Zbigniew Marcin Kowalewski	23
Ein sozialdemokratisches Dilemma, Kjell Östberg	32
Alternative zur Intervention der NATO in der Ukraine, Charlie Kimber	34
Der Kampf gegen Imperialismus und Krieg, Übergangsprogramm der IV. Internationale	37

Dossier Gleitende Lohnskala

Inflation – Welche Gegenwehr?	41
Zur Aktualität der „gleitenden Lohnskala“, Heinrich Neuhaus	42
„Gleitende Lohnskala und gleitende Skala der Arbeitszeit“ Ein Auszug aus dem „Übergangsprogramm“	43
Die scala mobile als Gradmesser der Klassenkämpfe, Michael Weis	44
Ein erneuter Angriff auf den „Lohnindex“ in Luxemburg, Alain Sertic	45
Lohnindexierung in Belgien, Johan Seynaeve	47
Was tun gegen die Teuerung? ISO	52

Sudan

Das Volk organisiert sich, um sein Existenzrecht zu verteidigen, Muzan Alneel	53
--	-----------

Türkei

„Wir haben immer Wert auf Einheitsinitiativen gelegt“ Interview mit Uraz Aydın	60
---	-----------

letzte Seite

Unterstützt die demokratische Linke in der Ukraine!	64
--	-----------

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis (V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

DIE FOLGEN DES UKRAINEKRIEGS

Die westliche Bourgeoisie hat die Frage nach dem Charakter der Krieges und der Art der Unterstützung der Ukraine für sich schon längst beantwortet und setzt auf eine Verlängerung des Kriegs bis hin zur geostrategischen und ökonomischen Schwächung Russlands und auf einen Paradigmenwechsel. Fortan ist nicht mehr die Opposition gegen Krieg und Militarisierung legitim, sondern die westlichen Gesellschaften müssen „verteidigungsbereit“ werden, ungeachtet der Folgen für die soziale Lage der Bevölkerung und die fortschreitende Klimakatastrophe.

Mit u. a. diesen Aspekten setzt sich dieses Dossier – durchaus kontrovers – auseinander.

Ein Dossier mit 10 Beiträgen

Die Rolle des Imperialismus im Ukrainekrieg
SEITE 4

Stellungnahme von Gilbert Achcar
SEITE 6

Antwort von Alex Callinicos
SEITE 8

Wider eine militärische „Lösung“ des Ukrainekriegs
SEITE 11

Zynismus als Ideologie
SEITE 14

Nationale Identität und Völkerverständigung
SEITE 17

Die Eroberung der Ukraine und die Geschichte des russischen Imperialismus
SEITE 23

Ein sozialdemokratisches Dilemma
SEITE 32

Alternative zur Intervention der NATO in der Ukraine
SEITE 34

„Der Kampf gegen Imperialismus und Krieg“
SEITE 36

DIE ROLLE DES IMPERIALISMUS IM UKRAINEKRIEG

Der Krieg in der Ukraine ist ein Kampf zwischen imperialistischen Rivalen, der durch die kapitalistische Konkurrenz vorangetrieben wird. **Alex Callinicos**

In den bürgerlichen Medien gilt der Krieg in der Ukraine als ein Kampf zwischen der „Demokratie“, vertreten durch die Ukraine und ihre westlichen Unterstützer, und dem „Autoritarismus“ in Gestalt des Regimes von Wladimir Putin in Russland. Doch das ist eine grob vereinfachte Darstellung.

So ist der wahrscheinlich glühendste Unterstützer der Ukraine die rechtsextreme Regierung in Polen, die wegen ihrer autoritären Tendenzen im Kreuzfeuer der Europäischen Union steht. Putin wiederum genießt die Unterstützung Indiens, das trotz seiner eigenen brutalen faschistischen Regierung noch immer eine Mehrparteiendemokratie ist.

Diese gängige Darstellung des Konflikts zielt darauf ab, den westlichen Block der neoliberalen kapitalistischen Staaten mit der „internationalen Gemeinschaft“ gleichzusetzen und den Interessen der Rivalen dieses Blocks wiederum jegliche Legitimität abzusprechen, weil sie „autoritär“ seien. Darüber wird andererseits hinweggesehen, etwa wenn es um die blutbefleckte saudische Autokratie geht.

Vor welchem theoretischen Hintergrund lässt sich dieser Konflikt besser verstehen? Einen Ansatz dazu liefert uns die Imperialismustheorie. Denn schließlich scheint Putin dazu entschlossen zu sein, das alte Zarenreich wieder aufleben zu lassen, das durch die Russische Revolution vom Oktober 1917 zerstört wurde.

Zunächst müssen wir uns jedoch darüber verständigen, was wir unter Imperialismus verstehen. Etwa als ein epochenübergreifendes Phänomen, als Methode mächtiger Staaten, ihre Nachbarstaaten zu beherrschen, zu erobern und auszubeuten. Dies ist seit Tausenden von Jahren ein Merkmal von Klassengesellschaften, das bis zu den alten persischen, chinesischen und römischen Imperien zurück-

reicht. Aktuell verhält sich Russland eindeutig wie eine imperialistische Macht in diesem Sinne, indem es versucht, den ukrainischen Staat gewaltsam zu unterwerfen und sein Gebiet aufzuteilen. Aber können wir den Konflikt mithilfe dieser Begrifflichkeiten verstehen?

Nach Ansicht des libanesischen Marxisten Gilbert Achcar ja. Er vertritt eine Position, die er als „radikal antiimperialistisch“ bezeichnet und die ausschließlich auf den Kampf zwischen Russland und der Ukraine ausgerichtet ist.

„Die Eroberung der Ukraine durch Russland würde die USA dazu ermuntern, sich wieder auf einen weltweiten Eroberungsfeldzug zu begeben, und die neokoloniale Aufteilung der Welt und die globalen Antagonismen würden wieder angefacht werden. Würde Russland jedoch scheitern, so wie die USA im Irak und in Afghanistan gescheitert sind, würde dies das „Vietnam-Syndrom“, wie es in Washington genannt wird, verstärken. Zudem wäre es meines Erachtens recht naheliegend, dass ein Sieg Russlands das Säbelrasseln und die ohnehin schon galoppierende Aufrüstung der Nato-Länder erheblich anheizen würde, während eine Niederlage Russlands viel bessere Voraussetzungen für unseren Kampf für allgemeine Abrüstung und die Auflösung der Nato bieten würde.“

Tatsächlich wäre es wünschenswert, wenn das ukrainische Volk die russischen Invasoren vertriebe. Aber Achcars Argumentation, wonach dies zu einer Schwächung der USA und der Nato führen würde, stellt uns vor ein gewisses Problem. Beide nämlich unterstützen die Ukraine vorbehaltlos, überhäufen sie mit Waffen und blähen ihren eigenen Rüstungshaushalt auf. Würde Russland infolge dieser Bemühungen und des Mutes der ukrainischen Kämpfer eine Niederlage erleiden, würden dann die USA und ihre Verbündeten abrüsten und die Nato auflösen? Natürlich nicht. Sie würden diesen Ausgang als ihren Sieg verkaufen und die Nato weiter hochrüsten. Die USA würden sich gestärkt fühlen in ihrem weltgeschichtlichen Ringen mit dem Land, das tatsächlich ihre Hegemonie infrage stellt, nämlich China. Was an Achcars Herangehensweise – und auch bei denjenigen, die wie Paul Mason die Rolle der Nato ausblenden – fehlt, ist das historisch genauere Verständnis von Imperialismus, das der Marxismus bietet. Die Ursprünge und Vorformen dieser Theorie finden sich in Karl Marx' *Kapital*, das er in den 1860er Jahren verfasst hat. Systematisch jedoch wurde sie erst Anfang des 20. Jahrhunderts, etwa zur Zeit des Ersten Weltkriegs, entwickelt.

Die Marxist*innen standen damals ähnlichen Verhältnissen gegenüber wie wir heute. Der radikalliberale Wirtschaftstheoretiker John A. Hobson meinte: „Neu an

diesem Imperialismus ist in erster Linie, dass er von mehreren Nationen zugleich betrieben wird. Dass jetzt mehrere Imperien miteinander konkurrieren, ist das eigentlich Moderne daran.“

Dieser geostrategische Wettbewerb äußerte sich in territorialen Konflikten um Kolonien und Halbkolonien, die die größten Staaten zu beherrschen versuchten, und in einem beschleunigten Wetttrüben. Die marxistische Imperialismustheorie wurde entwickelt, um diese Rivalitäten zu erklären, die die beiden Weltkriege von 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945 auslösten und die Welt in Blut ertränkten.

Dabei ging es um eine Theorie des kapitalistischen Imperialismus. Der russische Revolutionär Lenin bezeichnete den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Seine deutsch-polnische Genossin Rosa Luxemburg schrieb, das Wesen des Imperialismus „besteht gerade in der Ausbreitung der Kapitalherrschaft aus alten kapitalistischen Ländern auf neue Gebiete und im wirtschaftlichen und politischen Konkurrenzkampf jener Länder um solche Gebiete“. (Luxemburg Gesammelte Werke Bd. 5, „Antikritik“, S. 432)

Anders ausgedrückt: Im kapitalistischen Imperialismus überschneiden sich wirtschaftliche und geopolitische Konkurrenz. Die wirtschaftliche Konkurrenz ist die treibende Kraft des Kapitalismus – konkurrierende Unternehmen kämpfen gegeneinander, indem sie in eine verbesserte und erweiterte Produktion investieren, um einen größeren Marktanteil zu erobern. Ende des 19. Jahrhunderts folgte der geopolitische Kampf zwischen den Staaten der kapitalistischen Logik der konkurrierenden Akkumulation und war Ausdruck der Veränderungen sowohl in der Kriegsführung als auch im Kapitalismus. Der Krieg wurde industrialisiert, da militärische Stärke von der Massenproduktion abhing, um riesige Armeen zu bewaffnen, zu unterstützen und zu transportieren. Die Staaten mussten daher den industriellen Kapitalismus fördern.

Unterdessen wurden die kapitalistischen Unternehmen immer größer und begannen, weltweit zu operieren. Sie waren auf staatliche Unterstützung gegen ihre Konkurrenten angewiesen. Während der Wirtschaftskrise Ende des 19. Jahrhunderts wurde die fallende Profitrate durch die Eroberung von Kolonien in Übersee kompensiert.

Der kapitalistische Imperialismus besteht also nicht nur darin, dass große Staaten kleinere Staaten kugonieren und besetzen, auch wenn dies durchaus gängig ist. Es handelt sich vielmehr um ein globales System der Konkurrenz zwischen den Kapitalien. Genau wie vor dem Ersten Weltkrieg bedeutet Imperialismus heute geostrategische

Konkurrenz vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Globalisierung. Die Macht der Kontrahenten hängt von ihrer Stellung in der kapitalistischen Weltwirtschaft ab. Die USA dominieren das Finanzwesen und die Hochtechnologie, China verfügt über einen riesigen Produktionsapparat und Russland stützt sich auf Energieexporte. Heute kann man vielleicht sechs führende imperialistische Mächte ausmachen – die USA, China, Russland, Großbritannien, Frankreich und Deutschland.

Die Hauptkontrahenten dabei sind die USA und China, dessen Führung die Hegemonie Washingtons – zunächst im indopazifischen Raum – infrage stellen will. Aber durch den russischen Imperialismus, der seine Macht wiederherstellen will, entsteht ein Konflikt zwischen drei Seiten. Die großen westeuropäischen Mächte sind dabei hin- und hergerissen. Einerseits hängen sie von russischen Energielieferungen ab und zielen auf den riesigen chinesischen Markt ab, andererseits stellen sie sich letztendlich doch hinter die USA. Dieses Verständnis des kapitalistischen Imperialismus als System zwischenstaatlicher Konkurrenz fehlt in Achcars Analyse völlig.

Er bestreitet, dass es sich bei dem Ukrainekrieg um einen Konflikt zwischen imperialistischen Mächten handelt. „Wenn jeder Krieg, in dem die Kontrahenten von einem imperialistischen Rivalen unterstützt werden, ein Krieg zwischen Imperialisten wäre, dann wären alle heutigen Kriege zwischenimperialistisch, denn in der Regel reicht es aus, dass einer der rivalisierenden Imperialismen eine Seite unterstützt, damit der andere die Gegenseite unterstützt. Das ist aber kein zwischenimperialistischer Krieg. Das ist ein direkter Krieg, kein Stellvertreterkrieg, zwischen zwei Mächten, die jeweils versuchen, in den territorialen und (neo-)kolonialen Bereich der Gegenseite einzudringen.“

Das ist viel zu eng gefasst. Die USA haben einen Stellvertreterkrieg gegen die Sowjetunion geführt, nachdem diese Ende 1979 versucht hatte, Afghanistan zu erobern. Zusammen mit Verbündeten wie Großbritannien, Saudi-Arabien und Pakistan bewaffneten und unterwiesen die USA die Mudschaheddin, die gegen die sowjetische Besatzung kämpften. Der Konflikt trug dazu bei, die sowjetischen Ressourcen und die Moral im letzten Jahrzehnt des Kalten Krieges zu schwächen. Natürlich verfolgten die Mudschaheddin ihre eigene politische Agenda. Dies wurde nach dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte im Jahr 1989 deutlich und gipfelte in der Unterstützung der Taliban für al-Qaida und ihrem Widerstand gegen die US-Besatzung nach den Anschlägen vom 11. September

2001 auf New York und Washington.

Aber die USA spielten eine entscheidende Rolle in einer wichtigen Episode zum Ende des Kalten Krieges. Natürlich gibt es große Unterschiede zwischen der Ukraine heute und Afghanistan in den 1980er Jahren. Aber es gibt eine wesentliche Parallele: Die westlichen imperialistischen Mächte instrumentalisieren den nationalen Befreiungskampf der Ukraine gegen den russischen Imperialismus für ihre eigenen Interessen.

Zwischenimperialistische Kämpfe und nationale Verteidigungskriege sind oft miteinander verwoben. Der Erste Weltkrieg begann mit dem Angriff Österreich-Ungarns auf Serbien wegen dessen angeblicher Verantwortung für die Ermordung des Kronprinzen Franz Ferdinand. Russland unterstützte daraufhin Serbien, was zu einer Eskalation der militärischen Mobilmachung führte, die in einen schrecklichen Weltkrieg mündete.

Der deutsche Marxist Karl Kautsky erklärte, wegen des serbischen Kampfs für nationale Selbstbestimmung wäre der Konflikt nicht nur ein imperialistischer Krieg. Lenin entgegnete: „Für Serbien, das heißt für etwa einen hundertsten Teil der am jetzigen Krieg Beteiligten, ist der Krieg die ‚Fortsetzung der Politik‘ der bürgerlichen Befreiungsbewegung. Für neunundneunzig Hundertstel ist der Krieg die Fortsetzung der Politik der imperialistischen [...] Bourgeoisie.“ Natürlich ist die Bilanz in diesem Fall eine andere, da die direkten Kämpfe nur die Ukraine und Russland betreffen.

Die Bemühungen der Nato-Mächte, sich aus den Kämpfen herauszuhalten – vor allem, um eine atomare Konfrontation mit Russland zu vermeiden –, ändern jedoch nichts an der Tatsache, dass sie alles in ihrer Macht Stehende tun, um Russland zu besiegen. Auch dies ist „eine Fortsetzung der Politik des Imperialismus“.

Die marxistische Imperialismustheorie ist politisch bedeutsam. Ohne sie würden wir lediglich einen Kampf zwischen rivalisierenden Nationalstaaten erkennen. Aber sobald wir die Rolle des Imperialismus berücksichtigen, können wir feststellen, dass dahinter auch ein Klassenwiderspruch steht. Wir sehen das Band der Klasseninteressen, das nicht nur die in Putins Krieg sterbenden russischen Wehrpflichtigen und ihre unter den Auswirkungen der westlichen Sanktionen leidenden Familien zu Hause miteinander verbindet. Dieses Band verbindet auch die arbeitenden Menschen auf der ganzen Welt miteinander, die infolge des Krieges von einer Inflation der Lebensmittel- und Energiepreise betroffen sind und die unter der Androhung eines Atomwaffenschlags

stehen. Er vereint sie alle gegen die konkurrierenden herrschenden Klassen, die eifrig diesen schrecklichen Krieg anheizen.

aus *Socialist Worker* vom 27. 3. 2022

■ Übersetzt von MiWe

STELLUNG- NAHME VON GILBERT ACHCAR

Lieber Alex,
ich habe mit Interesse Deine Kritik an meiner Position in *Socialist Worker* vom 27. März gelesen. Wir beide können bereits auf eine recht lange Tradition der Debatte zwischen uns zurückblicken. Ich freue mich immer über eine solche Gelegenheit, da unsere Debatte so geführt wird, wie sie zwischen Marxisten geführt werden sollte, nämlich in einem freundschaftlichen Geist und frei von absichtlicher Verzerrung und Diffamierung, was leider nur allzu häufig unter vielen Linken, die immer noch von dem unseligen Erbe des Stalinismus geprägt sind, vorkommt.

Die Quelle, aus der Du zitierst, ist mein Artikel „Six FAQs on anti-imperialism today and the war in Ukraine“ (Sechs häufig gestellte Fragen zum Antiimperialismus heute und dem Krieg in der Ukraine)“. Deine Kritik zielt darauf ab, dass ich den zwischenimperialistischen Charakter des Konflikts in der Ukraine verkenne. Wie ich zu zeigen versuchen werde, basiert Deine Kritik auf einer ziemlich inkonsistenten Definition des laufenden Krieges, weil Du meines Erachtens zwischen zwei Stühlen zu sitzen versuchst – einerseits willst Du eine echte marxistische Analyse des laufenden Krieges anbieten und andererseits vertrittst Du ein allgegenwärtiges neues Lagerdenken, das in weiten Teilen der britischen Antikriegsbewegung vorherrschend ist und mit der Du seit vielen Jahren eng verbunden bist.

Du schreibst: „Was an Achcars Herangehensweise fehlt“ – und fügst hier noch hinzu: „und bei den Linken,

die die Rolle der Nato ausblenden“ – „ist das historisch genauere Verständnis von Imperialismus, das der Marxismus bietet“. Dann setzt Du Deine Doktorhut auf, um uns über den modernen Imperialismus aufzuklären, der „nicht nur darin besteht, dass große Staaten kleinere Staaten kujonieren und besetzen, auch wenn dies durchaus gängig ist.“ Und Du folgerst: „Dieses Verständnis des kapitalistischen Imperialismus als System zwischenstaatlicher Konkurrenz fehlt in Achcars Analyse völlig.“

Es ist schon merkwürdig, dass diese Anschuldigung ausgerechnet von Dir kommt, Alex, da Du 2010 in der Zeitschrift *International Socialism* meine Rezension eines Buches von Dir veröffentlicht hast, in der ich Deine Einschätzung der anhaltenden zwischenimperialistischen Konkurrenz erörtert habe.

Du kennst auch meine Veröffentlichungen zur Nato-Erweiterung seit Ende der 1990er Jahre und die vielen anderen Publikationen im Laufe der Jahre, wie das Interview, das ich einem russischen Genossen anlässlich des letzten Ukrainekrieges 2014 gegeben habe. Und wenn Du Dir die Mühe gemacht hättest, nachzulesen, was ich über die jüngste Konfrontation in der Ukraine geschrieben habe – was Du hättest tun sollen, bevor Du meine Position kritisierst – hättest Du festgestellt, dass ich den Konflikt von Anfang an vor dem Hintergrund der Spannungen zwischen Russland und den westlichen Mächten unter Führung Washingtons betrachtet habe.

Insofern brauche ich wohl keine Belehrungen über den zwischenimperialistischen Charakter der laufenden Konfrontation und die Rolle der Nato. Was bleibt dann von Deiner Kritik übrig? Deine lange Abhandlung über den Imperialismus dient genau genommen dazu, unseren Hauptstreitpunkt über den Charakter des gegenwärtigen Krieges in der Ukraine zu verwässern. Ich habe ihn als einen Angriffskrieg des russischen Imperialismus gegen die Ukraine bezeichnet und damit einerseits als einen Raubkrieg, der im Namen des großrussischen Chauvinismus seitens des russischen Imperialismus geführt wird, und andererseits als einen gerechten Krieg seitens der Ukrainer*innen, die gegen den russischen Einmarsch in ihr Land kämpfen.

Du räumst zwar ein, dass „es in der Tat gut wäre, wenn das ukrainische Volk die russischen Invasoren vertreiben könnte“, aber dann erklärst Du ausgiebig, was ich angeblich bestritten habe, nämlich dass „der Krieg in der Ukraine einen Konflikt zwischen imperialistischen Mächten darstellt“. Dies ist ein untauglicher Versuch, den Sachverhalt zu vernebeln und den Unterschied zwischen

„Krieg“ und „Konflikt“ zu verwischen. Niemand – und schon gar nicht ich – würde bestreiten, dass hinter dem Ukrainekrieg ein zwischenimperialistischer Konflikt steht. Aber das von Dir zitierte Argument bezieht sich nicht darauf: Es geht vielmehr um die Tatsache, dass der Krieg in der Ukraine kein zwischenimperialistischer Krieg ist, auch wenn er ganz offensichtlich vor dem Hintergrund eines zwischenimperialistischen Konflikts geführt wird.

Worin besteht hier der Unterschied? Aus der leninistischen Perspektive, auf die Du Dich gerne berufst, ist es ganz einfach: Wäre der Ukrainekrieg ein zwischenimperialistischer Krieg, müssten die Internationalist*innen auf beiden Seiten für den revolutionären Defätismus eintreten. Da es sich aber nicht um einen zwischenimperialistischen Krieg handelt, ist revolutionärer Defätismus nur auf der russischen Seite angesagt, während es, wie von Dir selbst eingestanden, „in der Tat wünschenswert wäre, wenn das ukrainische Volk die russischen Invasoren vertriebe“.

Wie ich in einer der von Dir zitierten Passagen erklärt habe: „Ein zwischenimperialistischer Krieg ist ein direkter Krieg, kein Stellvertreterkrieg, zwischen zwei Mächten, die jeweils versuchen, in den territorialen und (neo-)kolonialen Bereich der Gegenseite einzudringen.“ Dies kommentierst Du so: „Das ist viel zu eng gefasst.“ Und Du erklärst weiter, dass in Afghanistan 1979 bis 1989 die USA und ihre regionalen Verbündeten die islamischen Kämpfer gegen die UdSSR unterstützt haben. Na und? Macht das den Afghanistankrieg an sich zu einem zwischenimperialistischen Krieg? Du hättest auch andere Beispiele anführen können: In Vietnam unterstützte die UdSSR – die in Deiner politischen Tradition als ein staatskapitalistisches Land galt – die Vietnamesen gegen den US-amerikanischen Krieg. Wurde dadurch der Krieg in Vietnam zu einem „zwischenimperialistischen Krieg“? Hätten die Internationalist*innen auf beiden Seiten dieses Krieges einen revolutionären Defätismus befürworten sollen? Natürlich nicht!

Dein Versuch, Dich auf Lenin zu berufen, um Deinen Standpunkt zu untermauern, ist leider nicht überzeugend. Du zitierst seine Antwort auf diejenigen, die im Ersten Weltkrieg im Zusammenhang mit dem serbischen Kampf für Selbstbestimmung für ein Selbstverteidigungsrecht eintraten. „Für Serbien, das heißt für etwa einen hundertsten Teil der am jetzigen Krieg Beteiligten, ist der Krieg die ‚Fortsetzung der Politik‘ der bürgerlichen Befreiungsbewegung. Für neunundneunzig Hundertstel ist der Krieg die Fortsetzung der Politik der imperialistischen [...] Bourgeoisie.“ Aber dann relativierst Du selbst die Taug-

lichkeit dieses Zitats, indem Du hinzufügst: „Natürlich ist die Bilanz in diesem Fall eine andere, da die direkten Kämpfe nur die Ukraine und Russland betreffen.“

Aber das ist doch wohl ein großer Unterschied. Ich will hier ein weiteres Zitat von Lenin anführen, und zwar aus seiner berühmten Broschüre „*Sozialismus und Krieg*“ von 1915, in der er die Haltung der Bolschewiki zum Ersten Weltkrieg erläuterte und die verschiedenen Arten von Kriegen diskutierte. In Bezug auf den deutschen Einmarsch in Belgien zu Beginn des Krieges schrieb Lenin: „Die deutschen Imperialisten haben die Neutralität Belgiens schamlos gebrochen, wie es die kriegführenden Staaten, die im Bedarfsfall *alle* Verträge und eingegangenen Verpflichtungen brechen, stets und überall getan haben. Angenommen, alle an der Einhaltung der internationalen Verträge interessierten Staaten hätten Deutschland den Krieg erklärt mit der Forderung, Belgien zu räumen und zu entschädigen. In diesem Fall wäre die Sympathie der Sozialisten natürlich auf seiten der Feinde Deutschlands. Aber der Haken ist gerade der, daß der ‚Drei(bzw. Vier)verband‘ den Krieg *nicht* um Belgiens willen führt; das ist aller Welt bekannt, *und* nur Heuchler suchen es zu vertuschen. England will die deutschen Kolonien und die Türkei plündern, Rußland Galizien und die Türkei, Frankreich strebt nach Elsaß-Lothringen, ja sogar nach dein linken Rheinufer [...]“ (<https://kommunistische-geschichte.de/LeninWerke/LW21.pdf>)

Ich hoffe, dieses Zitat hat deutlich genug macht, wie wichtig es ist, klar zu unterscheiden zwischen einem Krieg, den eine imperialistische Macht gegen ein Land führt, um es zu unterwerfen, selbst wenn rivalisierende imperialistische Mächte den Widerstand dieses Landes unterstützen (Lenin sagt, selbst wenn sie seinetwegen „den Krieg erklärt“ haben, was meiner Meinung nach eine nutzlose Hypothese ist, da andere imperialistische Mächte nur für ihre eigenen imperialistischen Interessen den Krieg erklären würden, was auch immer sie vorgeben), und einem Raubkrieg zwischen imperialistischen Staaten, wie es ganz klassisch der Erste Weltkrieg war.

„Es scheint mir ganz offensichtlich“, habe ich geschrieben, „dass ein russischer Sieg das Säbelrasseln und die ohnehin schon galoppierende Aufrüstung in den Nato-Ländern erheblich anheizen würde, während eine Niederlage Russlands viel bessere Voraussetzungen für unseren Kampf für allgemeine Abrüstung und die Auflösung der Nato bieten würde. Darauf antwortest Du: „Würde Russland infolge dieser Bemühungen und des Mutes der ukrainischen Kämpfer eine Niederlage erleiden, würden dann die

USA und ihre Verbündeten abrüsten und die Nato auflösen? Natürlich nicht. Sie würden diesen Ausgang als ihren Sieg verkaufen und die Nato weiter hochrüsten.“

Könnte dem jemand widersprechen? Ich sicherlich nicht, aber das ist nicht der Punkt, auf den ich hinauswollte. Es ist viel einfacher: Wäre es Russland gelungen, den ukrainischen Widerstand zu zerschlagen, das ganze Land zu beherrschen und einen „Regimewechsel“ herbeizuführen, wie es offensichtlich Putins Absicht und Kalkül war, wären unsere Stimmen, die für die drastische Senkung der Rüstungsausgaben und die Auflösung der Nato eintreten, in einem Tsunami chauvinistischer Kriegstreiberei untergegangen.

Da der Widerstand der Ukraine bereits den Mythos der allmächtigen russischen Armee erschüttert hat – und das wird erst recht der Fall sein, sollte dieser Krieg mit einem Sieg über die imperialistischen Bestrebungen Russlands enden (in den Grenzen dessen, was angesichts des enormen Ungleichgewichts der Kräfte möglich ist) –, bin ich der Meinung, dass dies unsere Antikriegsargumente gegen die anhaltende Tendenz, die „russische Bedrohung“ zwecks Rechtfertigung höherer Rüstungsausgaben und der weiteren Nato-Ausdehnung zu übertreiben, erheblich stärken wird.

Solidarische Grüße
Gilbert

aus *Socialist Worker* vom 30. 3. 2022

■ *Übersetzt von MiWe*

ANTWORT VON ALEX CALLINICOS

Lieber Gilbert,
ich freue mich sehr, dass Du auf meinen Artikel „The great power grab – imperialism and the war in Ukraine“ geantwortet hast. Dabei ging es nicht vorrangig um deine Schriften über die Ukraine, sondern es handelte sich um den Versuch, die Bedeutung der marxistischen Theorie

über Imperialismus für das Verständnis der derzeitigen entsetzlichen Lage herauszustellen. Ich habe allerdings einige Äußerungen von Dir verwendet, um auf eine falsche Stoßrichtung in der radikalen Linken hinzuweisen, die sich ausschließlich auf den Kampf zwischen der Ukraine und dem russischen Imperialismus konzentriert und dabei die Rolle der USA und der Nato ignoriert.

Wie Du selbst sagst, hatten wir als Freunde und Genossen über Jahre hinweg einen produktiven Austausch, wodurch Beleidigungen oder eine falsche Darstellung der jeweiligen Position vermieden werden konnten.

Diese Diskussion trägt hoffentlich ebenfalls zur Klärung bei. Dies vorausgeschickt empfinde ich es als nicht sehr freundschaftlich und auch nicht korrekt, wenn Du mich bezichtigst, das „allgegenwärtige neue Lagerdenken zu teilen, das in weiten Teilen der britischen Antikriegsbewegung vorherrschend ist und mit dem Du seit vielen Jahren eng verbunden bist“.

Durch Parteinahme für ein Lager (Campism) ordnen einige Linke faktisch den Klassenkampf den geopolitischen Konkurrenzen der Großmächte unter, von denen ein Block als „reaktionär“ und der andere als „fortschrittlich“ gilt. Dieses Lagerdenken entwickelte sich im Kalten Krieg und ist eine Position, die Du mir wohl kaum unterstellen kannst. Tony Cliff gründete unsere Internationale Tendenz unter der Parole: „Weder Washington noch Moskau, sondern Internationaler Sozialismus“, weil er beide Seiten im Kalten Krieg als ausbeuterische imperialistische Blöcke erkannte.

In der Tat ist das Lagerdenken in den vergangenen Jahren wieder aufgelebt, insbesondere im Zusammenhang mit der Unterstützung des mörderischen Regimes von Assad in Syrien und des gezeigten Verständnisses für die Eroberung der Krim durch Russland im Jahr 2014. Die Socialist Workers Party lehnt beide Positionen ab. Es wäre Zeit- und Platzvergeudung, hier meine öffentliche Kritik dessen zu dokumentieren, was Du „Neo-Campism“ nennst. Wie Du sehr genau weißt, hat die International Socialist Tendency die syrische Revolution ausdrücklich unterstützt und unsere Genoss*innen der Syrian Revolutionary Left Current (Revolutionäre Linke Strömung Syriens) haben sich daran beteiligt.

Es ist wahr, dass die Führung der Stop the War Coalition (STW) in Großbritannien in beiden Fragen schwankte. Wir haben erneut unsere Differenzen dargelegt, aber weiterhin die STW unterstützt. Erfreulicherweise hat die STW nun eine klarere Position und verurteilt gleichermaßen Russlands Einmarsch in die Ukraine wie auch

die Rolle der Nato in Mittel- und Osteuropa. Ich meine, Du solltest deine Anschuldigung des „Neo-Campism“ zurücknehmen.

Worin bestehen nun die Differenzen zwischen uns beiden? In der Comedyserie „Fawlty Towers“ gibt es eine berühmte Szene, in der zu ein paar deutschen Touristen gesagt wird: „Kein Wort über den Krieg!“ Nun, es gibt einen großen Teil der Linken, den wir als „Kein Wort über die Nato“-Strömung nennen könnten. Zu meinem Bedauern muss ich feststellen, dass Du eine ausgeklügelte Rechtfertigung für diese Position anbietest.

Du beklagst, dass ich meinen „Doktorhut aufsetze, um dich über den modernen Imperialismus“ und seinen Charakter als globales System zwischenkapitalistischer Konkurrenz zu belehren, obwohl das alles bekannt sei. Dazu möchte ich zweierlei sagen:

Erstens war, wie ich bereits erklärt habe, dieser Artikel nicht für dich gedacht. Zweitens weißt Du selbstverständlich alles über Imperialismus, den historischen wie den heutigen. Ich erinnere mich insbesondere an einen großartigen Artikel, den Du im Jahr 1998 für die *New Left Review* über die US-amerikanische Strategie nach dem Ende des Kalten Kriegs verfasst hast. Der Titel „The Strategic Triad – The United States, Russia, and China“ (Das strategische Dreieck. Die Vereinigten Staaten, Russland und China) und der Inhalt des Artikels sind auch heute noch aktuell.

Verwirrend ist, dass diese Analyse in deinen Beiträgen über die Ukraine fast völlig fehlt. In deinem, soweit ich weiß, ersten Artikel zu dem Thema, „A Memorandum on the Radical Anti-imperialist Position Regarding the War in Ukraine“ (Memorandum über die radikal antiimperialistische Position zum Krieg in der Ukraine), widmest Du exakt einen Satz der Frage der Nato-Erweiterung.

Der Rest handelt davon, was die Linke in Bezug auf den Kampf zwischen der Ukraine und Russland tun sollte. Du rechtfertigst diesen Schwerpunkt in einem Folgeartikel, den ich bereits kritisiert habe, indem Du bestreitest, dass dieser Krieg auch ein zwischenimperialistischer Krieg ist und nicht nur einer der nationalen Verteidigung. Deine Begründung ist aber sehr schwach.

Du sagst: „Wenn jeder Krieg, in dem die Kontrahenten von einem imperialistischen Rivalen unterstützt werden, ein Krieg zwischen Imperialisten wäre, dann wären alle heutigen Kriege zwischenimperialistisch, denn in der Regel reicht es aus, dass einer der rivalisierenden Imperialismen eine Seite unterstützt, damit der andere die Gegenseite unterstützt. So sieht aber kein zwischenimperialistischer

Krieg aus. Das ist ein direkter Krieg, kein Stellvertreterkrieg, zwischen zwei Mächten, die jeweils versuchen, in den territorialen und (neo-)kolonialen Bereich der Gegenseite vorzudringen, wie es im Ersten Weltkrieg eindeutig der Fall war. Es ist ein ‚Raubzug‘ auf beiden Seiten, wie Lenin es zu nennen pflegte.“

Diese Definition, nach der ein zwischenimperialistischer Krieg darin besteht, dass beide Seiten das Gebiet des jeweils anderen zu erobern versuchen, gilt nicht einmal für den Zweiten Weltkrieg. Der britische und französische Imperialismus waren nicht an der Eroberung deutscher Gebiete interessiert, sondern sie wollten an ihren schon überdehnten Reichen festhalten. Und Hitler war wiederum nicht unbedingt an diesen interessiert, sondern an Osteuropa und der Sowjetunion.

Dein Versuch, qua Definition die Möglichkeit eines zwischenimperialistischen Kriegs durch Stellvertreter auszuschließen, ist zudem eigenartig. Wir müssen uns die Umstände und die Entwicklung bestimmter Kriege jeweils konkret anschauen. Der Koreakrieg von 1950 bis 1953 war, wie Cliff seinerzeit erklärte, ein zwischenimperialistischer Krieg, in dem die UdSSR Nordkorea und China als Stellvertreter gegen die USA und ihre Verbündeten benutzte. Es stimmt, dass der nordkoreanische Führer Kim Il Sung scharf darauf war, in den Süden einzumarschieren und die koreanische Halbinsel wiederzuvereinigen. Aber Stalin ermutigte und unterstützte ihn, teils um Zugang zu den Warmwasserhäfen in Südkorea zu erhalten, teils um den zögerlichen Mao Zedong eng an den sowjetischen Block zu binden.

Der vietnamesische Kampf war dagegen etwas völlig anderes. Hier war die Triebkraft der nationale Befreiungskampf unter Führung der Kommunistischen Partei, die es nacheinander mit dem französischen, japanischen und US-Imperialismus aufnahm. Die Sowjetunion leistete zwar erhebliche militärische Unterstützung, lenkte den Krieg jedoch nicht und befürchtete in der Endphase Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre sogar, dass ihre Entspannungspolitik mit den USA gefährdet sein könnte.

Auch für den jetzigen Krieg benötigen wir eine konkrete Einschätzung. Das starke Nationalbewusstsein in der Ukraine, das durch die russische Invasion noch verstärkt wird, ist nicht zu bezweifeln. Aber auch die sehr aktive Rolle der USA und der Nato kann nicht bestritten werden. Das entspricht auch nicht dem imaginären Fall, den Du unter Berufung auf Lenin zitierst und den Du selbst eine „nutzlose Hypothese“ nennst, in dem eine „internationale Gemeinschaft“ in den Krieg zieht, um den Einmarsch Deutschlands in Belgien zurückzudrängen.

Das entspricht nicht der derzeitigen Gemengelage. Die USA beleben erneut ihr Bündnis mit den übrigen Nato-Staaten in Verfolgung ihres langfristig angelegten Kampfs mit den anderen beiden Mitgliedern deines „strategischen Dreiecks“, China und Russland. Gleichzeitig gibt es viele wichtige Staaten, die entgegen deinem Versuch, das abzustreiten, die Ukraine und den Westen nicht unterstützen.

Laut Edward Luce von der *Financial Times* repräsentierten bei der UN-Generalversammlung am 2. März zur Verurteilung Russlands „die 35 [Staaten], die sich enthielten, fast die Hälfte der Weltbevölkerung. Dazu gehören China, Indien, Vietnam, Irak und Südafrika. Wenn wir noch die Länder hinzurechnen, die mit Russland stimmten, kommt diese Zahl auf über die Hälfte.“

Die Beteiligung des Westens an diesem Krieg, bestätigt durch Bidens Treffen mit den anderen Nato-Führern vergangene Woche, beinhaltet Waffenlieferungen und militärische Ausbildung vor dem Krieg und Nachschublieferung heute. Ganz ohne Zweifel sind auch westliche Geheimdienstler und Militärberater vor Ort aktiv.

Zudem kann die Rolle des Westens nicht auf militärische Unterstützung reduziert werden. Du vertrittst diese eigenartige agnostische Position, weder die gegen Russland verhängten Sanktionen zu unterstützen, noch ihre Aufhebung zu fordern. Damit verkennst Du die Rolle der derzeitigen Sanktionen.

Die Strategie der USA und ihrer Verbündeten besteht darin, die direkte Beteiligung an den Kämpfen zu vermeiden, um nicht „die verhängnisvolle Spirale“ in Gang zu setzen, wie du es nennst, aber Russland wirtschaftlich sehr hart zu treffen durch Ausschluss vom Welthandel, Sperrung des Zugangs der Zentralbank zu ihren Reserven und Verringerung insbesondere Europas Abhängigkeit von russischem Öl und Gas.

Wie Nicholas Mulder in einer hervorragenden neuen historischen Studie über Sanktionen schrieb, „gelten wirtschaftliche Sanktionen im Allgemeinen als eine Alternative zum Krieg. Für die meisten Menschen in den Zwischenkriegszeiten war die ökonomische Waffe aber der Inbegriff des totalen Kriegs“, nachdem sie im Ersten Weltkrieg Erfahrung mit der von Großbritannien und Frankreich gegen Deutschland und seine Verbündeten verhängten Blockade gemacht hatten.

Das scheint auch Wladimir Putins Reaktion gewesen zu sein, als er ankündigte, wegen der vom Westen verhängten Finanzsanktionen die russischen Atomstreitkräfte in Alarmbereitschaft zu versetzen. Darüber hinaus trägt die Angst, dass die Sanktionen zu einem Washington

gelegenen Zeitpunkt auch gegen China eingesetzt werden könnten, zweifellos dazu bei, Peking in seiner Unterstützung Moskaus zu bestärken.

Der echte marxistische Ansatz bedeutet anzuerkennen, dass es sich bei dem jetzigen Krieg sowohl um einen zwischenimperialistischen Stellvertreterkrieg als auch einen Krieg der nationalen Verteidigung seitens der Ukraine handelt. Das ist eine komplizierte Lage, denn sie erfordert einerseits die Unterstützung der nationalen Rechte der ukrainischen Bevölkerung und gleichzeitig Ablehnung aller Maßnahmen – auch der Sanktionen und Waffenlieferungen der Nato –, die dazu beitragen, die „verhängnisvolle Spirale“ der zwischenimperialistischen Eskalation anzutreiben. Dennoch hat die internationalistische Tradition Lenins und Luxemburgs etwas Einzigartiges beizutragen – vorausgesetzt sie verliert den dreiseitigen imperialistischen Wettbewerb nicht aus den Augen, der diesen Krieg hervorgebracht hat und weiterhin nährt.

Alles Gute,
Alex

■ Übersetzung: Rosi N.

WIDER EINE MILITÄRISCHE „LÖSUNG“ DES UKRAINEKRIEGS

Die Invasion in die Ukraine ist ohne jede Einschränkung oder Relativierung zu verurteilen. Gleichzeitig sind wir fest davon überzeugt, dass die rein militärische Reaktion auf Putins verbrecherischen Krieg ein Irrweg ist, mit dem das menschliche Leid immer mehr vergrößert wird.

Der Kreml verfolgt seit Jahren eine imperialistische Politik zum Erhalt und zur Ausdehnung seiner Machtbasis (Tschetschenien, Georgien, Syrien, ...).

Zur Einordnung der Invasion und der Reaktion des Westens

In Verbindung mit der extraktivistischen Wirtschaftsstruktur in Russland ist die im Kreml konzentrierte Macht die Grundlage für den Reichtum der russischen Oligarchen, leidtragend ist die große Mehrheit der russischen Bevölkerung.

Ohne dass damit der russische Krieg gegen die Ukraine gerechtfertigt werden könnte, bleibt dreierlei festzuhalten: (1) Die NATO übertrifft mit ihren Kriegen u.a. in Afghanistan, Irak und Libyen Russland noch hinsichtlich imperialistischer Politik. (2) Die Expansion der Nato seit 1990 nach Osten ist und bleibt Ausdruck einer aggressiven Politik. (3) Die USA haben die Ukraine in jüngerer Zeit massiv hochgerüstet.

Nach mehr als drei Monaten Krieg wird zunehmend deutlich, für welche Ziele der Westen diesen Krieg zu nutzen beabsichtigt. Sicher sind sich die Regierungen der meisten europäischen NATO-Staaten der Eskalationsgefahr bewusster als der transatlantische Teil. Schließlich können auch ohne einen Atomkrieg europäische Länder von einer Ausdehnung des Kriegs betroffen werden. Aber diese Regierungen stellen ihre Befürchtungen hintan und unterstützen die US-Strategie. Die USA – und in ihrem Kielwasser die übrigen NATO-Staaten – setzen auf eine bedeutende Verschiebung der geopolitischen Kräfteverhältnisse. Ihr oberstes Ziel ist nicht die Verteidigung der ukrainischen Souveränität und schon gar nicht die Rettung von Menschenleben, sondern die Nutzung des ukrainischen Schlachtfelds, um Russland nachhaltig zu schwächen. US-Verteidigungsminister Austin erklärte in Kiew, dass „Russland so weit geschwächt werden soll, dass es die Dinge, die es beim Einmarsch in die Ukraine getan hat, nicht mehr tun kann.“

Es ist offensichtlich: Die US-Strategie ist mit einem frühestmöglichen Waffenstillstand unvereinbar. Hinzu kommt das massive Interesse der weltweiten Rüstungskonzerne bzw. des militärisch-industriellen Komplexes an der einer möglichst langen Fortsetzung dieses Kriegs.

Zu fordern ist der sofortige Stopp aller Kampfhandlungen. Dies steht in direktem Gegensatz zur deutschen Politik. Die von Scholz und anderen ausgerufenen Wende (sprich: die verstärkte Militarisierung) führt zu neuem Wettrüsten und bekanntlich führen mehr Waffen zu mehr

Kriegen, von den sozialen, finanziellen und ökologischen Folgen noch gar nicht zu reden.

Die NATO kann ihre Zielsetzungen deswegen so gut verfolgen, weil das Kiewer Regime von vornherein die militärische Antwort auf die Invasion gewählt hat und sie auch Anfang Juni keine Bemühungen um einen Waffenstillstand erkennen lässt. Alles zurückerobert zu wollen (einschließlich der Krim und des Donbass), bedeutet eine Fortsetzung des Kriegs und erhöht die Gefahr einer Eskalation ... bis hin zu einem Atomkrieg. Ein gefährlicher Schritt in diese Richtung kann etwa in der Form erfolgen, dass Waffenlieferungen auf polnischem oder sonstigem NATO-Territorium mit Raketen beschossen werden.

Nach einigen Erfolgen der ukrainischen Armee und der Territorialverteidigung in den ersten Wochen des Kriegs ist mit der verstärkten Offensive der russischen Armee seit Mitte Mai eine gewisse Ernüchterung eingetreten, auch bei eingefleischten Bellizisten. Da die NATO aufgrund der unberechenbaren und unkontrollierbaren Reaktion des Kremls nicht direkt mit eigenen schweren Waffen und Soldaten (oder gar mit einer Flugverbotszone) eingreifen kann, stellt sich die Frage, ab welchem Zeitpunkt – sprich: ab welchem Gebietsgewinn der russischen Armee – sich die NATO doch auf einen Waffenstillstand umorientieren will.

Ende Mai/Anfang Juni stehen sich innerhalb der NATO zwei Positionen gegenüber: Die US-amerikanische (und mehr noch die britische) Position ist immer noch die, Russland aus der gesamten Ukraine vertreiben zu wollen. Auf diese Linie ist auch Selenskyj eingestimmt, was er mit seiner konkreten Politik und seiner wochenlang hochgepeitschten kriegserischen Rhetorik zum Ausdruck bringt. Die Gegenposition (von Kissinger und anderen) wird erst dann stärker werden, wenn eine Perspektive der Vertreibung der russischen Streitkräfte an Durchsetzungswahrscheinlichkeit verliert. Ein Nichterreichen dieses Ziels wird dann vom Kiewer Regime – wie auch von den meisten Kräften im Westen und vor allem den Medien – damit begründet werden, dass es nicht genug Lieferungen schwerer Waffen gibt. Dabei werden die zwei Dilemmata in diesem Krieg tunlichst ausgeblendet:

Putins Dilemma ist völlig klar: Nachdem sein Ziel einer Einnahme Kiews (und eines Regimewechsels in der Ukraine) gescheitert ist, kann er nicht ohne Gefährdung seiner (und der Oligarchen) Machtposition die russischen Truppen ohne erkennbaren Erfolg abziehen. Also wird er – wenn ihm keine Verhandlungsperspektive geboten wird – notfalls eskalieren.

Das Dilemma für den westlichen Imperialismus ist aber nicht minder klar: Da die NATO nur geopolitische Ziele verfolgt (und nicht die Rettung von Menschenleben als Ziel hat), will sie zwar das Schlachtfeld Ukraine für die eigenen Ziele nutzen, aber sie will gegenüber der Atommacht Russland keine unbeherrschbare Eskalation betreiben und deshalb auch keine größeren Mengen an eigenen schweren Waffen oder gar Truppen in die Ukraine schicken. Auf diese Weise ist ihr realer Handlungsspielraum begrenzt. Und genau dies will Selenskyj nicht einsehen.

Die Gewinner stehen schon fest

Ganz gleich, wann es zu einem Waffenstillstand kommt (ein Friedensvertrag ist überhaupt nicht absehbar), so stehen heute schon folgende Gewinner fest:

- der westliche Imperialismus, verkörpert durch die NATO;
- die Rüstungsindustrie (noch vor wenigen Monaten hätten sich die Waffenschmiede – nicht nur in Deutschland – ein solches Geschenk des Himmels nicht vorstellen können);
- alle Militaristen – und das nicht nur in den imperialistischen Staaten.

Die Verlierer stehen ebenfalls schon fest

- Allen voran ist dies die gesamte ukrainische Bevölkerung (Tausende tote und verletzte Zivilist*innen, Zehntausende tote und verletzte Soldat*innen).
- Die Infrastruktur des Landes ist in weiten Teilen heute schon zerstört.
- Die ökologischen Schäden sind gewaltig (auch eine Atomkatastrophe ist weiterhin leichter möglich als es so wieso schon der Fall ist).
- Für die Völkerverständigung gibt es jetzt noch größere Hürden als vor dem Krieg.
- Tausende russische Soldaten haben ihr Leben lassen müssen und Tausende sind verletzt.
- Die russische Bevölkerung leidet unter verschärfter Repression sowie unter massiver Inflation mit Reallohnabbau und unter den Sanktionen.

Zwar werden die Herrschenden im Kreml mindestens geopolitisch geschwächt aus diesem Krieg hervorgehen (von wegen NATO-Osterweiterung und neu verschärftem Wettrüsten, was die russische Wirtschaft mehr schwächt als den Westen). Doch daraus können die Menschen in Russland keinen Honig saugen. Es

wird vielmehr zur Verelendung breiter Schichten beitragen.

Welcher Weg sollte unterstützt werden?

Ohne Zweifel steht es einem Angegriffenen zu, sich zu verteidigen. Aber aus dem Recht zur Selbstverteidigung resultiert keineswegs der Zwang, dafür militärische Mittel einzusetzen. Gehen wir vom Völkerrecht aus – das wohl-gemerkt bürgerliches Recht ist – dann hat die Ukraine das Recht, um zivile und militärische Unterstützung für ihre Verteidigung zu bitten. Aus diesem Recht folgt aber nicht automatisch die Pflicht, Hilfe auch auf militärische Art zu leisten und damit überhaupt erst zur Verlängerung des Kriegs beizutragen.

Wenn ein großer Teil der ukrainischen Bevölkerung den bewaffneten Verteidigungskrieg unterstützt, bedeutet das nicht zwingend, dass dies auch von außen unterstützt werden muss. Art und Umfang der Unterstützung der Ukraine in ihrer Verteidigung müssen sich an den Fragen orientieren:

- Ist die militärische Verteidigung angesichts der materiellen Zerstörungen und menschlichen Opfer angemessen im Verhältnis zu den verfolgten Zielen und den zu erwartenden Erfolgchancen?
- Kann eine solche Unterstützung dazu beitragen, eine Eskalation zu verhindern und eine Begrenzung des Konfliktes zu fördern?

Gegen die Wahl des Einsatzes militärischer Mittel spricht im vorliegenden Fall (noch mehr als in vielen anderen Fällen) die Vernunft. Die Lieferung von Waffen an die Ukraine ist abzulehnen, denn sie führt zu einer Ausweitung und Verlängerung des Krieges. Die anfängliche Schlappe und Fehleinschätzung der russischen Landnahmeversuche darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zerstörungsmacht der russischen Armee aus der Ferne und von oben gewaltig ist und noch längst nicht am Ende ihrer Steigerungsfähigkeit angelangt ist. Jede Verlängerung des Kriegs wird weitere Städte in Schutt und Asche legen und zu Tausenden weiterer Todesopfer führen.

Eine humanitäre Unterstützung der Bevölkerung der Ukraine und eine Unterstützung der zivilen und sozialen Widerstandsmaßnahmen sind nicht nur legitim und gerechtfertigt, sie sind geboten. Parallel dazu muss darauf hingewirkt werden, dass der Krieg möglichst schnell am Verhandlungstisch beendet wird. Daher sind sofortige Initiativen erforderlich, um einen Waffenstillstand zu

erreichen und in Verhandlungen über die vorhandenen Konfliktpunkte zu treten.

Schutz und Erhaltung von Menschenleben müssen das oberste Gebot sein. Deswegen war die militärische Reaktion auf die Invasion ein Irrweg. Es gibt keine akzeptable Rechtfertigung oder Legitimation, um eine Generalmobilmachung anzuordnen, jedenfalls dann nicht, wenn wir uns nicht nach machtpolitischen Interessen richten, sondern den Blick auf die Opfer, die Zerstörungen und die Eskalationsgefahr richten.

Verschärfend kommt hinzu: Das Kiewer Regime repräsentiert keine fortschrittliche Gesellschaftsordnung. Die Selenskyj-Regierung hat vielmehr selbst – unter anderem mit dem de facto-Verbot der russischen Sprache als zweiter Amtssprache – zur Zuspitzung des Konflikts mit Moskau beigetragen und setzt auch heute nicht auf Deeskalation. In diesem Krieg kämpft nicht etwa eine emanzipative Befreiungsbewegung gegen eine Kolonialmacht. Hier stehen sich zwei bürgerliche Staaten – die beide durch ein Oligarchen-System bestimmt sind – gegenüber.

Darüber hinaus dürfen wir nicht übersehen, dass das Selenskyj-Regime gleichzeitig einen Stellvertreterkrieg führt, nämlich mit Unterstützung der NATO (vor allem der USA) und für deren Interessen. Allein das schon spricht gegen die militärische Antwort auf den Einmarsch, gegen die Zwangsrekrutierung und gegen die Fortführung des Kriegs. Die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand ist das Gebot der Stunde und muss sich an alle Seiten richten.

Wofür wir als Kriegsgegner*innen eintreten

Der soziale Widerstand der finnischen Bevölkerung zu Anfang des 20. Jahrhunderts, der Generalstreik als Reaktion auf den Kapp-Putsch 1920, der vorwiegend mit zivilem Widerstand durchgeführte Kampf gegen die Ruhrbesetzung durch französische und belgische Streitkräfte 1923 sind Beispiele einer Alternative. Ein anderes Beispiel ist jüngeren Datums: Als die Sowjetarmee am 21. August 1968 in die Tschechoslowakei einfiel, befahl die tschechische Regierung unter Alexander Dubček der eigenen Armee, in den Kasernen zu bleiben. Der daraufhin einsetzende soziale Widerstand war zwar nicht stark genug, den Kreml zum Abzug seiner Truppen zu bewegen, um dann den tschechischen Weg einer politischen Liberalisierung weiterverfolgen zu können. Aber wäre ein Krieg die bessere Alternative gewesen? Wir meinen: Nein!

Angesichts enorm gesteigerter Zerstörungskraft moderner Massenvernichtungswaffen hat in einem Krieg

vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden. Gleichzeitig wird die Infrastruktur zerstört und es entstehen gewaltige ökologische Schäden. Wer vor diesem Hintergrund auf eine militärische „Lösung“ setzt, der/die hat ein verengtes Verständnis von den politischen und gesellschaftlichen Aufgaben, vor denen die Menschen in der Ukraine und anderswo stehen. Die Machtpolitik der herrschenden Klassen und die daraus sich ergebende Expansionspolitik (einschließlich Invasionen) müssen wir als eine soziale, politische und ökologische Herausforderung begreifen. Deshalb ist es ein Irrweg, sich auf die Ebene des Kampfs zwischen zwei Staaten zu fixieren und nur in diesen Kategorien zu denken. Ein Ignorieren der tiefergreifenden Ursachen und Probleme ließe uns nur noch die Wahl zwischen Desinteresse auf der einen Seite und Eintreten für Waffenlieferungen auf der anderen Seite, was schließlich zu noch mehr Opfern und zu einer sich vergrößernden Eskalationsgefahr führen würde.

Die tieferliegende Ursache für das Handeln der Herrschenden – in Moskau, aber auch in Kiew und in den hinter Kiew stehenden NATO-Staaten – ist knallharte Klassenpolitik im Interesse der jeweiligen kapitalistischen Klasse. Dem begegnen wir nicht, indem wir uns auf die Logik der Kriegspolitik einlassen. Es gilt vielmehr, die sozialen/gesellschaftlichen Ursachen offenzulegen und in diesem Konflikt die Strategie des gesellschaftlichen (sozialen) Widerstands zu unterstützen.

Was sind die Mittel und was sind die Ziele eines solchen Widerstands? Die Kampfformen des zivilen Widerstands sind klar definiert: Verweigerung der Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht, Kundgebungen, Demonstrationen, Streiks, gegebenenfalls auch Sabotageaktionen gegenüber den materiellen Mitteln der Repressionskräfte. Mit dem Ausbau eines engmaschigen Kommunikationssystems – und gleichzeitig möglichst dezentralen Führungsstrukturen – muss es darum gehen, vorrangig die Widerstandskraft zu erhalten und die Mobilisierung zu erhöhen.

Eine weitere zentrale Achse des gesellschaftlichen Widerstands ist die beharrliche Agitation gegenüber den niederen Rängen der Besatzungsmacht, um eine Verbrüderung/Verschwesterung und eine konkrete Unterstützung des gesellschaftlichen Widerstands durch diese Menschen (sie sind schließlich „Arbeiter und Soldaten“) zu erreichen. Gleichzeitig ist dies die beste Grundlage, um eine Verständigung zwischen den betroffenen Völkern zu befördern, statt noch mehr Gräben aufzureißen und schwer zu überwindenden Zorn und Rachegefühle zu schüren.

Parallel müssen alle Menschen, die an einem friedli-

chen Zusammenleben und an einer Überwindung der unmenschlichen kapitalistischen Gesellschaftsordnung interessiert sind, Proteste im Herzen der Bestie (in dem Fall vor allem in Russland) organisieren bzw. unterstützen. Je größer der Widerstand dort ist, desto eher kommt es zu einem Waffenstillstand und zu einem Ende des Kriegs. Das Beste, was humanistische und klassenkämpferische Kräfte im Westen hierzu beitragen können, ist der Aufbau einer breiten Friedensbewegung, die sich für eine sofortige, umfassende und bedingungslose Abrüstung und für einen Stopp aller Waffenlieferungen engagiert. Demgegenüber läuft die Befürwortung von Waffenlieferung nur darauf hinaus, mitzuhelfen, noch mehr Öl ins Feuer zu schütten. Ein langfristiges Ziel aller ökosozialistisch und sonstig humanistisch gesinnten Menschen muss es sein, die Rüstungsindustrie zu vergesellschaften, um sie unter Kontrolle der Beschäftigten auf die Produktion gesellschaftlich nützlicher Produkte umzustellen.

4. Juni 2022

Heino Berg, Thies Gleiss, Jakob Schäfer, Matthias Schindler, Winfried Wolf.

ZYNISMUS ALS IDEOLOGIE

Das Interview mit **Ilja Budraitskis** wurde von **Francisco Claramunt** für die uruguayische Wochenzeitung *Brecha* geführt.

Francisco Claramunt: Insbesondere die aufstrebende antikommunistische Rechte bemüht die angebliche „Sowjetnostalgie“ Wladimir Putins, als Grund für die Invasion der Ukraine. Andere wiederum bezeichnen den zaristischen Imperialismus als den wahren historischen Vorläufer dieser militärischen Aggression. Was halten Sie von solchen Erklärungen?

Ilja Budraitskis: Putin selbst hat in seiner Rede vor dem Angriff unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, was

die ideologische Grundlage für den Einmarsch Russlands in die Ukraine ist. Darin behauptet er, dass die heutigen Grenzen der Ukraine von den Bolschewiki geschaffen wurden, die seiner Meinung nach einen enormen historischen Fehler begangen haben, den er irgendwie korrigieren will. Damit vertritt er eine eindeutig antikomunistische und antibolschewistische Position und dieser ideologische Diskurs bildet die konzeptionelle Grundlage für die Invasion. Putin selbst lässt mit seinen Worten keine Zweifel daran offen. Die offizielle russische Rhetorik in diesem Krieg ist klar nationalistisch und chauvinistisch geprägt und frei von jeder Reminiszenz an die sowjetische Ära. Rhetorisch wird unmissverständlich an das russische Reich und die damalige Ideologie angeknüpft, insbesondere in der Behauptung, dass die Ukrainer keine eigene Nation seien, sondern bloß Russen, die ihre Natur verleugnen würden. Dies ist genau die Sprache des russischen Konservatismus und Imperialismus des 19. Jahrhunderts.

Viele ausländische Kommentatoren und russische Oppositionelle haben andererseits stets behauptet, dass Putin jenseits seiner Rhetorik der letzten zehn Jahre kein wirklicher Nationalist sei, sondern einfach ein Pragmatiker und Opportunist, der seinen Aufstieg Boris Jelzin und dessen neoliberalen Beratern der 1990er Jahre zu verdanken hat. Also jemand, der mehr an Macht und der Erhaltung des Status quo interessiert ist als vom zaristischen Glanz zu träumen.

Es gab sicherlich einen konservativen Schwenk in Putins Politik nach 2012, nachdem es in ganz Russland zu breiten Protesten gegen seine Wiederwahl gekommen war. Von da an verfocht er energisch die sogenannten „traditionellen Werte“, die „große russische Nation“ und andere Klischees dieser Art. Andererseits besteht in meinen Augen kein Widerspruch zwischen der neoliberalen Marktlogik und dieser imperialistischen Aggressivität. Im Grunde sind Putin und die jetzige russische Elite seit jeher bloße Zyniker. Liberale begehen immer wieder den Fehler, Zynismus und Fanatismus gegenüber zu stellen, und glauben, dass Zynismus nicht vereinbar ist mit solchen Ideologien wie dem Nationalismus. In ihren Augen ist man entweder Zyniker oder Anhänger einer Ideologie.

Aber bei Putin kann man sehen, wie aus Zynismus letztlich eine aggressive Ideologie und eine radikal antihumanistische Haltung wird. Der Neoliberalismus, die neoliberale Logik, die auf der völligen Dominanz der Privatinteressen gründet und Gemeininteressen komplett negiert,

führt wiederum zu einer inhumanen militaristischen oder autoritären Politik. Was Sie jetzt im Putinismus sehen, ist die endgültige Umwandlung dieser zynischen Logik des marktwirtschaftlichen Neoliberalismus in gewalttätigen Autoritarismus. Ich sehe hier keinen Bruch sondern eine logische Kontinuität. Es gibt vergleichbare Beispiele in Lateinamerika: Etwa Bolsonaro und seine Berater, marktradikale Liberale, die zugleich von dieser ultrakonservativen politischen Rhetorik durchdrungen sind. Ganz zu schweigen von dem, was in Chile passiert ist. In diesem Sinne ist Putin vor dem Hintergrund des herrschenden globalen Kapitalismus keineswegs eine Anomalie, genauso wenig wie Trump eine war.

Auf welcher Basis kann sich Putin bereits seit mehr als 20 Jahren unangefochten in Russland an der Macht halten?

Man muss sich nur an die Anfänge des Neoliberalismus und den berühmten Satz von Margaret Thatcher erinnern: „Es gibt keine Gesellschaft, sondern nur einzelne Männer und Frauen ...“. Der Putinismus hat auf seine Weise die systematische Zerstörung einer gesellschaftlichen Umformung in Russland fortgesetzt – der demokratisch kontrollierten Institutionen, der Gewerkschaftsbewegung, der Oppositionsparteien, der solidarischen Vernetzung und der autonomen sozialen Bewegungen. Diese vom Neoliberalismus vollzogene Atomisierung der Gesellschaft führt über kurz oder lang zum Faschismus, zu faschistischen Formen der Regierung und der Gestaltung des öffentlichen Lebens. Viele Linke, die die Entstehung von Faschismus und Totalitarismus im 20. Jahrhundert zutreffend analysierten, wiesen darauf hin, dass die Atomisierung und Zerstörung der sozialen Räume eine notwendige Bedingung und zugleich ein Ziel des Faschismus ist. Nämlich die Zerschlagung und Zersplitterung der Gesellschaft und deren Atomisierung als Individuen, die sich leicht beherrschen und in eine vertikale Hierarchie eingliedern lassen, die „harmonisch“ in das Räderwerk der kapitalistischen Produktion eingebettet ist. Das war das grundlegende Ziel des historischen Faschismus.

Was wir heute als neue Gestaltungsformen des gesellschaftlichen Lebens erleben, als folgerichtiges Ergebnis der neoliberalen Transformation in den letzten Jahrzehnten auf globaler Ebene, ist nicht weit davon entfernt. Um den Putinismus zu verstehen, müssen wir daran erinnern, was in den 1990er Jahren in Russland geschah: die extrem marktradikalen Reformen und die daraus resultierende dramatische Verarmung der russischen Bevölkerung.

Genauso muss man an das schreckliche Erbe der beiden Tschetschenienkriege erinnern, wobei wir nicht vergessen dürfen, dass Putin seine Macht zunächst durch den zweiten Tschetschenienkrieg (1999–2009) festigte, indem er sich einer fremdenfeindlichen und autoritären Rhetorik bediente, um seine Popularität zu festigen. Was heute geschieht, hängt mit dem zusammen, was damals geschah; wir erleben ein völlig zerrüttetes soziales Gefüge, in dem der Einzelne eine leichte Beute für den Autoritarismus ist.

Trotzdem zeigen die Umfragen eine ungebrochene Unterstützung für die russische Regierung.

In einem Land, in dem den Menschen seit Jahrzehnten vermittelt wird, dass es keine echte Alternative zur Macht gibt, einem Land, in dem es im politischen System keine Möglichkeit gibt, eine andere Person oder eine andere Partei zu wählen, sollten solche Popularitäts- und Zustimmungswerte eher als Indikatoren für den Grad des herrschenden Konformismus betrachtet werden. Also Konformismus oder sogar resignierende Einsicht, dass der Einzelne nicht wirklich etwas ändern kann, weder in seinem eigenen Leben noch in dem seines Landes. In einem Szenario, in dem es keine Institutionen gibt, in denen plausible Alternativen gegeneinander um die Macht kämpfen, spiegeln solche Popularitätswerte einfach eine zerrüttete Gesellschaft wider. Ohne politischen Widerspruch, ohne echte Überzeugung, dass eine Alternative möglich ist, könnte dieser Rückhalt für Putin theoretisch ewig andauern. Beispielsweise sterben derzeit russische Soldaten in der Ukraine, obwohl sie ihr ganzes Leben lang Putins Regime gedient haben. Sie haben ihr ganzes Leben unter diesem Regime verbracht, das alles getan hat, um jeglichen Machtwechsel zu verhindern.

Abgesehen von den außenpolitischen Implikationen und den ganzen Diskussionen über die geostrategischen Kriegsgründe, welche innenpolitischen Motive gäbe es für diesen militärischen Vorstoß?

Wenn Sie die aktuellen Umfragen betrachten, sehen Sie, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Russland den Krieg unterstützt. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass wir in einem Land leben, in der jede öffentliche Kritik an diesem Krieg vollständig kriminalisiert wird. Wenn Sie öffentlich gegen den Krieg protestieren, können Sie verhaftet werden. Innenpolitisch lässt sich der Krieg als Reaktion auf die zunehmende Krise des politischen Regimes und des Gesellschaftsmodells des Putinismus verstehen. Der Krieg

war wesentlich, um den Staatsapparat zusammenzuschweißen und den ultimativen Vorwand zu liefern, um jeden verbleibenden Protest gegen die Regierung zu zerschlagen. Gleichzeitig glaube ich jedoch, dass diese Invasion im Grunde eine enorme Fehlkalkulation Putins war, die auf Erwartungen beruhte, die sich als falsch erwiesen haben, insbesondere was die tatsächliche Situation in der Ukraine im Hinblick auf das Ausmaß des Widerstands der ukrainischen Gesellschaft betrifft. Putin befindet sich nun in einer sehr schwierigen Lage, in der er jeden Ausgang dieses Krieges als Sieg darstellen muss. Die Fakten vor Ort zeigen jedoch, dass ein russischer Sieg immer unwahrscheinlicher wird, zumindest wenn man der Realität und nicht der Propaganda glaubt.

Wie stehen die Aussichten, dass Putin seine Vorherrschaft in Russland verlieren wird? Welche Rolle könnte die Linke bei der Demokratisierung des Landes spielen?

Dieses politische Regime basiert natürlich darauf, keinerlei Alternativmodell aufkommen zu lassen. Aber die Krise, in die ein ausbleibender Sieg und die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges den Putinismus stürzen könnten, hätte wohl Friktionen zur Folge, sowohl innerhalb der Staatsbürokratie als auch auf Ebene der regionalen und föderalen Regierungen in Russland und könnte sogar vielen Oppositionellen, die heute im Gefängnis oder im Exil sitzen, gewisse Spielräume für eine aktivere Rolle eröffnen.

Aber egal, wie ein Wandel in Russland aussehen wird, werden die Linke und eine linke Perspektive zweifellos eine herausragende Rolle einnehmen. Eines der größten Probleme im heutigen Russland ist die enorme soziale Ungleichheit. Selbst Alexej Nawalny, ein eindeutig rechter Politiker, ist auf dieses Thema in seinen jüngsten Kampagnen eingegangen und hat die enormen Unterschiede zwischen der verarmten Mehrheit und der kleinen Elite der Ultrareichen in diesem Land kritisiert. In diesem Sinne kann ein linkes Programm, das sich auf die Frage sozialer Gerechtigkeit konzentriert, eine entscheidende Rolle spielen. Das lässt sich nicht nur in den nackten Zahlen der russischen Wirtschaft und Gesellschaft, sondern auch in Gesprächen mit der einfachen Bevölkerung leicht feststellen.

Wenn es überhaupt ein Problem gibt, dann das, wie die Linke nach diesem Krieg organisatorisch wieder aufgebaut werden kann. Die Repressionswelle gegen die Kritiker*innen des Krieges trifft die Linke und progressive und radikale soziale Bewegungen besonders brutal – von

den Feministinnen bis hin zu den Mitgliedern der Kommunistischen Partei, die sich von der offiziellen Linie ihrer Führung distanzieren und den Krieg kritisieren. Derzeit ist die russische Linke tief gespalten zwischen den Gruppen und Persönlichkeiten, die die Invasion entschieden ablehnen, und denen, die nach Ausreden suchen, um sie zu relativieren und zu tolerieren. Diese zutiefst traumatische Spaltung wird einen grundlegenden Neuaufbau der russischen Linken erfordern.

Aus: *inprecor* 695/6

■ Übersetzung: MiWe

Ilja Budraitskis ist führendes Mitglied von Wperjod, der russischen Sektion der IV. Internationale. Er lehrte vor seinem Verlassen Russlands an der School of Social and Economic Sciences und am Institute of Temporary Art in Moskau. Kürzlich erschien unter dem Titel *Dissidents among Dissidents. Ideology, Politics and the Left in Post-Soviet Russia* die englische Übersetzung seiner preisgekrönten Essaysammlung über die sowjetische und die russische Linke (Verso Books, 2022).

NATIONALE IDENTITÄT UND VÖLKERVER- STÄNDIGUNG

Das folgende Interview hat **David Broder** für *Jacobin* mit dem in Großbritannien lebenden ukrainischen Sozialisten **Marko Bojcun** und Autor des Buches *The Workers' Movement and the National Question in Ukraine 1897–1918* geführt.

David Broder: Wladimir Putin präsentiert sich als Wahrer einer Jahrhunderte alten Tradition einer „trinitarischen“ russischen Zivilisation (bestehend

aus „Groß-“, Weiß- „Klein“russen) und verurteilt Lenin und die Bolschewiki für die Gründung der Ukraine. Welche Bedeutung hatte das Jahr 1917 für die ukrainische Staatlichkeit und war Lenin der entscheidende Akteur?

Marko Bojcun: Das Jahr 1917 war ein bedeutender Moment für die Entstehung einer ukrainischen nationalen Identität, für die Bauern und Bäuerinnen, aber auch für einen Teil der Arbeiterklasse. Es kamen mehrere Faktoren zusammen, die der Revolution in den Provinzen des Russischen Reiches, in denen die Ukrainer*innen die Mehrheit bildeten, ihren besonderen Charakter verliehen. Bis 1917 waren sie über zweihundert Jahre lang ein fremdbestimmtes Volk gewesen. Das heißt, sie hatten keine unabhängige politische Vertretung in einer Zeit, in der die rivalisierenden imperialistischen Staaten um sie herum einen Weltkrieg entfesselt hatten, um das Land und seine Ressourcen neu unter sich aufzuteilen.

In diesem Krieg kämpften die Ukrainer auf beiden Seiten, also sowohl in der österreichisch-ungarischen als auch in der russischen Armee. In der zaristischen Ära besaß die russischsprachige Minderheit in der Ukraine die politische Oberherrschaft. Dies hatte Auswirkungen auf die Bauern und Bäuerinnen, die vom Land als Arbeiter*innen in die städtische Industrie gingen und von dort aus auf der sozialen Leiter weiter nach oben stiegen, wenn sie eine Ausbildung zu Ingenieuren, Ärzten, Anwälten oder Armeemoffizieren erhielten. In diesem Prozess gaben die Ukrainer ihre Muttersprache und ihre traditionelle Kultur auf und übernahmen die russische Sprache und Kultur, die am Arbeitsplatz, in der Armee, in den Schulen und in den Gerichten vorherrschte.

Dieser Prozess wurde durch die Revolution von 1917 unterbrochen, als die Bauernschaft und eine wachsende Zahl von Arbeiter*innen sich weigerten, weiterhin als Russen zu gelten, und auf ihre Selbstbestimmung pochten. Das heißt, sie orientierten sich stets an ihrer eigenen Regierung in Kiew und nicht an Petrograd, egal ob dort die provisorische Regierung oder die Arbeiter- und Soldatenräte herrschten. Während also in Russland ein Machtkampf zwischen dem Petrograder Sowjet und der provisorischen Regierung herrschte, handelte es sich in der Ukraine um einen Kampf zwischen drei Mächten, an dem auch die ukrainische Zentral'na Rada (wörtlich: Zentralrat oder Sowjet auf Russisch) als dritte Kraft beteiligt war und von der Bauernschaft unterstützt wurde. Sie erkannten die Rada in Kiew als ihre Regierung an und forderten sie auf, Frieden zu schließen und den Krieg zu beenden, das Land

zu verteilen und Wahlen abzuhalten – für eine auf die Bauern-, Soldaten- und Arbeiterräte gestützte Regierung. Im Oktober 1917 stürzte sie die provisorische Regierung in Kiew und den anderen großen Städten der Ukraine und rief die Ukrainische Volksrepublik aus.

Inwieweit war das ein Produkt einer eigenständigen sozialdemokratischen Bewegung in der Ukraine? Gab es eine spezifische ukrainische Arbeiterbewegung über die Staatsgrenzen hinweg – und was war mit dem Bund oder der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAPR)?

Es gab rege Kontakte über die österreichisch-ungarisch-russische Grenze hinweg zwischen ukrainischen Radikalen, Anarcho-Sozialisten und späteren Sozialdemokraten, die während der Autokratie zusammenarbeiteten. Im Jahr 1905 wurde in der russischen Ukraine die Ukrainische Sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet, als dritte Kraft neben dem Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund (Der Bund) und der SDAPR.

Im Russischen Reich gab es neben der russischen vierzehn nicht-russische sozialdemokratische Parteien. In der Ukraine waren die drei wichtigsten die russische, die jüdische und die ukrainische Partei. Sie hatten ihre Basis in verschiedenen Teilen der Arbeiterklasse: die Ukrainische Sozialdemokratische Partei unter den Land- und ungelerten Arbeiter*innen in den Städten, der Bund unter dem jüdischen Handwerksproletariat und den Industriearbeiter*innen im Osten und Süden der Ukraine und die SDAPR quer durch das Handwerksproletariat bis hin zur Schwerindustrie im Kohlebergbau und in der Metallindustrie, vor allem im Osten. Diese Parteien bedienten sich natürlich der Sprache ihrer sozialen Basis und traten für nationale Selbstbestimmung ein, sei es für die Autonomie innerhalb eines demokratisierten gesamt-russischen Staates oder für die vollständige Unabhängigkeit. Das galt ganz besonders für die Ukrainische Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Es gab immer Diskussionen zwischen Sozialdemokraten aller Nationalitäten über die langfristige Perspektive in Bezug auf die nationale Frage. Aus diesen unterschiedlichen Ansichten resultierten unterschiedliche Programme, Methoden und Schwerpunkte der Organisationen.

Die Frage der nationalen Selbstbestimmung stand im öffentlichen politischen Leben nicht so sehr im Vordergrund, beeinflusste aber die sozialdemokratischen Aktivitäten in der russischen Ukraine erheblich. Erst 1902/03, als in den Latifundien in den Weizen- und Zuckerrübenan-

baugebieten der Ukraine große Streiks ausbrachen, erlebte die ukrainische Sozialdemokratie ihren Aufschwung und gewann eine soziale Basis. In der Revolution von 1905 wurde die nationale Frage breit diskutiert. Dann, im Jahr 1917, explodierte sie, vor allem wegen des Krieges und des Zusammenbruchs der russischen Autokratie, als sich viel mehr Arbeiter*innen der nationalen Bewegung anschlossen. Wie ich in meinem Buch zu analysieren versuche, kämpfte die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in der Ukraine um eine gemeinsame Lösung der nationalen Frage in Form einer demokratischen Republik, in der die Interessen aller Klassen und aller Nationen befriedigt werden sollten. Der Versuch, eine ukrainische Volksrepublik zu etablieren, scheiterte 1918, behielt aber seine Bedeutung im Verlauf des Bürgerkriegs, der deutschen Besatzung und deren Zusammenbruchs im November 1918 und dann des Ausbruchs der weit verbreiteten Bauernaufstände während des Bürgerkriegs. Am Ende des Bürgerkriegs 1921 war den Bolschewiki klar, dass sie auf dem Gebiet des ehemaligen Kaiserreichs keinen eigenen Staat errichten konnten, ohne das Recht auf nationale Selbstbestimmung, auch für die Ukrainer, anzuerkennen.

Am Ende des Bürgerkriegs scheint es zwei parallele Prozesse gegeben zu haben: eine durchgängige Zentralisierung des sowjetischen Staates mit weniger lokaler Kontrolle und gleichzeitig einen Prozess der „Ukrainisierung“, der ihre [der Ukraine] Andersartigkeit anerkannte.

Das Recht auf politische Autonomie, einschließlich der kulturellen Autonomie, wurde anerkannt. Man kann die Bevölkerung nicht in den Regierungsprozess einbeziehen, ohne ihre Sprachen als Alltagssprachen am Arbeitsplatz, im Bildungswesen und in der Regierung anzuerkennen. Es war ein Prozess der Selbstemanzipation der nicht-russischen Völker, in dem die Ukrainer als das anerkannt werden wollten, was sie sind, und ihre eigene Sprache sprechen wollten. Sie wollten nicht mehr mit der Sprache des ehemaligen Imperiums leben und arbeiten, das über sie geherrscht hatte.

Während des Bürgerkriegs spaltete sich die ukrainische sozialdemokratische Bewegung ab, ebenso wie der Bund und die SDAPR. Es bildeten sich zwei ukrainische kommunistische Parteien, die für eine unabhängige ukrainische sozialistische Republik eintraten und sich schließlich mit der Kommunistischen Partei der Ukraine (Bolschewiki) zusammenschlossen, die 1918 ihre Unabhängigkeit von der SDAPR erklärt hatte. Die Kommunistische Partei

der Ukraine bestand überwiegend aus russischsprachigen Mitgliedern, gewann aber immer mehr ukrainischsprachige Mitglieder, entweder als Einzelpersonen oder durch Zusammenschluss mit ihren jeweiligen kommunistischen Parteien, die sie während des Bürgerkriegs gegründet hatten. So gab es 1921 innerhalb der bolschewistischen Partei der Ukraine einen großen Anteil ukrainischsprachiger Mitglieder und einen bedeutenden Teil der ukrainischen Intelligenz, die für eine unabhängige ukrainische Regierung eintraten, die sich aus freien Stücken mit anderen Sowjetrepubliken vereinigen sollte.

Dieser Druck führte dazu, dass Lenin die Idee der Schaffung einer Konföderation, einer Union der Republiken unterstützte, was bedeutete, dass die Ukrainer das Recht haben sollten, sich selbst zu regieren, sich mit anderen Sowjetrepubliken zu vereinigen und auch auszutreten, wenn sie dies wünschten. Die Ende 1922 gegründete UdSSR war also verfassungsgemäß eine Konföderation von Unionsrepubliken. In Wirklichkeit war ihre politische Struktur jedoch stark zentralisiert, und die herrschenden russischen Bolschewiki ließen die Entwicklung eines unabhängigen Staates nicht zu. Allerdings mussten sie große Zugeständnisse machen. In den 1920er Jahren wuchs die ukrainische nationale Identität innerhalb der Arbeiterklasse, und 1928 war die Hälfte der Gewerkschaften in der Ukraine ukrainischsprachig, während sie vor der Revolution überwiegend russischsprachig gewesen waren.

Wie ist es zu erklären, dass sich die Arbeiterklasse in der ersten Zeit nach 1917 immer mehr als ukrainisch begriff?

Es ist ein paradoxes Ergebnis der Entwicklung der Sowjetunion, dass die Industrialisierung, die allgemeine Alphabetisierung und die Urbanisierung die ukrainische nationale Identität stärkten. Dies war für die herrschende Partei schwer zu bewältigen, denn der Wunsch nach Selbstbestimmung unter den Menschen, die allmählich höhere Ränge in der Gesellschaft und in der Regierung, in der Armee etc. einnahmen, bedeutete, dass sie die grundlegenden Belange ihres Lebens kontrollieren und entscheiden wollten. So forderten die ukrainischen Kommunisten in den 1920er Jahren, dass ihre Sozialistische Sowjetrepublik zuvörderst als eine einzige wirtschaftliche Einheit anerkannt wird, während die russischen Bolschewiki ursprünglich eine Zweiteilung der ukrainischen Republik in ein Agrar- und ein Industriegebiet anstrebten und die Prioritäten dieser beiden Regionen von Moskau aus festlegen wollten. Die ukrainischen Kommunisten sagten:

Nein, wir wollen einen einzigen Plan für unsere Republik, der sowohl die industrielle als auch die landwirtschaftliche Entwicklung umfasst, und wir wollen selbst darüber entscheiden. Das hatte ernsthafte Folgen für das Bildungswesen, für die Wirtschaftsplanung und für die sonstige Entwicklung.

Es war ein ständiger Kampf. Stalin setzte dem friedlichen Prozess der Ukrainisierung ein Ende. Unter seiner Herrschaft war nationale Identität nur noch als ethnische Identität erlaubt: Man kann seine Sprache verwenden, Volkslieder singen und tanzen, aber man darf nicht selbst regieren, [dem Wortsinn nach :] Wenn ihr an der Regierung teilnehmen wollt, müsst ihr nach Moskau gehen. Viele talentierte Ukrainer gingen nach Moskau und Leningrad und besetzten wichtige Positionen in der sowjetischen Regierung, etwa Nikita Chruschtschow und Leonid Breschnew und andere vor ihnen. Heute sehen wir die Nachkommen dieser Menschen, die als Vertreter der Russischen Föderation von Moskau aus im Fernsehen sprechen.

Wie Sie aufgezeigt haben, hat sich dieser Prozess während der gesamten Sowjetära fortgesetzt: Bis in die 1970er Jahre hinein identifizierten sich immer größere Teile der Arbeiterklasse als ukrainisch. Aber war dies notwendigerweise ein politisches oder gar oppositionelles Bewusstsein?

Das ist sicherlich eine komplizierte Frage, die es in sich hat. Klar ist, dass die ukrainische Identität als ein Streben nach Selbstbestimmung, das in den 1920er Jahren zugenommen hat – unter Bedingungen, die eine Teilnahme der Ukrainer*innen am politischen Leben ermöglichten –, in den 1930er Jahren brutal unterdrückt und mit den stalinistischen Säuberungen und dem Terror in den Untergrund getrieben wurde. Die große Mehrheit aller ukrainischen politischen und kulturellen Führer*innen wurde eliminiert: 140 von 142 Mitgliedern des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Ukraine landeten 1933 in den Lagern und Gefängnissen oder wurden direkt hingerichtet. Während der Hungersnot von 1932–33 wurde auch die Intelligenz ausgelöscht, während die Bauernschaft als autonome politische Kraft gebrochen wurde.

Am Ende des Bürgerkriegs war die Ukraine auf vier verschiedene Staaten aufgeteilt – Polen, Tschechoslowakei, Rumänien und die Sowjetunion. Hitler und Stalin teilten Polen 1939 unter sich auf und zwei Jahre später überfiel Nazi-Deutschland die Sowjetunion. Während des Zweiten Weltkriegs rekrutierte Nazi-Deutschland

etwa 250 000 Ukrainer für seine Militäreinheiten und die Hilfspolizei, während 4,5 Millionen Ukrainer und damit 40 % der Gesamtzahl in der sowjetischen Roten Armee dienten. Sie kämpften in den großen Schlachten, in denen die Deutschen vertrieben und dann besiegt wurden. Damit erlitt die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik von allen Sowjetrepubliken die schwersten Verluste an Menschenleben und materiellen Schäden. 1945 wurden praktisch alle Gebiete der Ukraine zum ersten Mal in einem Staat vereinigt. Im Jahr 1954 übertrug die Führung der Sowjetunion die autonome Republik Krim von der russischen auf die ukrainische Sowjetrepublik, vor allem aus wirtschaftlichen Erwägungen.

In der Zeit nach Stalin wechselten sich Phasen der Liberalisierung des politischen Lebens und erneuter Repression einander ab. Das Selbstbestimmungsrecht war jedoch nie völlig aus dem politischen Bewusstsein verschwunden, bis in die 1980er Jahre. Beispiele dafür, die aus der Dissidentenbewegung hervorgegangen sind, waren der Ukrainische Arbeiter- und Bauernverband, der Ende der 1970er Jahre gegründet wurde, und die Ukrainische Helsinki-Gruppe. Aber dies waren eher marginale Formen eines politischen Bewusstseins, das durch Zensur und Einschüchterung unterdrückt wurde.

Ich habe zwanzig Jahre lang in der Ukraine gearbeitet und bin durch das ganze Land gereist, nach Odessa, Charkiw, Dnipropetrowsk und Lwiw. Überall sprach ich Ukrainisch, und fast überall antwortete man mir auf Russisch, wechselte aber ins Ukrainische. Außer einmal auf einem Markt in Kiew habe ich nie Chauvinismus oder Rassismus gegen mich erlebt, weil ich Ukrainisch sprach. Heute verständigen sich Russisch- und Ukrainischsprachige fließend und mit gegenseitigem Respekt. Gleichzeitig habe ich beobachtet, wie sehr die ukrainische Sprache akzeptiert und zunehmend als Alltagssprache verwendet wurde, insbesondere nach dem Maidan im Jahr 2014.

Es scheint offensichtlich, dass der Krieg von 2014 und insbesondere der heutige Krieg die ukrainische nationale Identität gestärkt haben, sogar unter der russischsprachigen Bevölkerung. Aber was ist mit Gebieten wie dem Donbass?

Zunächst sei darauf verwiesen, dass es überall in der Ukraine russischsprachige Menschen gibt, und zwar nicht nur Russen. Es sind Russen und Ukrainer, Juden und Krimtataren, Armenier und Griechen. Die russische Sprache an sich ist also kein wichtiges Merkmal der nationalen Identität oder der politischen Zugehörigkeit, außer für

rechtsextreme Nationalisten. Entscheidend ist, ob man sich mit seinen Mitbürgern, die hier in diesem Land leben, als eine Nation identifiziert.

Viele in der internationalen Linken verstehen das nicht, wenn sie sagen, dass es diese russische Bevölkerung gibt, die unzufrieden ist, weil sie diskriminiert wird. Das ist einfach nicht wahr. Das ist eine Behauptung, die von den Verfechtern der Ideologie des russkiy mir (der russischen Welt) aufgestellt wird, zu der ihrer Ansicht nach die gesamte Ukraine rechtmäßig gehört, einschließlich des Donbass.

Diejenigen, die eine Diskriminierung der russischen Sprache behaupten, beziehen sich neuerdings auf das Gesetz vom Januar 2021, das vorschreibt, dass öffentliche und kommerzielle Dienstleistungen in ukrainischer Sprache erbracht werden müssen, während bisher vor allem in den Massen- und sozialen Medien das Russische vorherrschte. Es handelt sich dabei um ein Gesetz zur positiven Diskriminierung, das die ukrainische Sprache, die jetzt Amtssprache ist, stärken soll. Eine solche Maßnahme wird als notwendig erachtet, nachdem die ukrainische Sprache drei Jahrhunderte lang diskriminiert und verboten war, und wegen des Drucks der Medienunternehmen, die aus dem benachbarten Russland senden.

Das Gesetz wird weitgehend befürwortet, weil es das ausdrückt, was die meisten Menschen selbst wollen. Bei der Einführung des Gesetzes wurde jedoch den Maßnahmen, die erforderlich sind, um ausschließlich russischsprachigen Menschen den Übergang zu erleichtern, zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die größten Kritiker sind Medien und Verlage, die nun ihre Dienste parallel in ukrainischer Sprache anbieten müssen, wenn sie diese weiterhin auf Russisch anbieten wollen.

Wir sollten uns anschauen, wie die Lage im Donbass tatsächlich ist. Er war der industriell am weitesten entwickelte Teil der Ukraine; die Region erstreckt sich auch über die Grenze zu Russland. Sie hatte einen sehr hohen Lebensstandard, war wirtschaftlich eng mit der Wirtschaft der Russischen Föderation verflochten und war seit jeher mit Moskau und Leningrad über die Eisenbahn und andere Verkehrswege verbunden. Ab den 1970er Jahren, insbesondere nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, als die neuen Kapitalisten das staatliche Vermögen plünderten und privatisierten, ging es mit dieser Region wirtschaftlich bergab. Die Arbeiterklasse erlebte, was auch die Arbeiter in den Rostgürteln der USA und Großbritanniens erlebt haben: Sie wurden an den Rand gedrängt, arbeitslos und waren gezwungen, auf der Suche nach Arbeit auszuwandern.

Ihre Umwelt wurde durch die industrielle Produktion vergiftet und verschmutzt. Darunter leiden sie in vielerlei Hinsicht, auch was ihre Gesundheit und ihre Perspektiven angeht.

Es gibt also diesen Unmut, der von russischen Nationalisten, den extremen Rechten im Donbass und in Russland aufgegriffen wurde. Sie argumentieren, dass die Menschen im Donbass politisch entrechtet wurden und deshalb eine eigene Regierung brauchen, oder vielmehr, dass sie sich der Russischen Föderation anschließen sollten. So hat dieser Prozess begonnen, und wenn man genau hinsieht, wurden die separatistischen Republiken 2014 von rechtsextremen russischen Nationalisten gegründet. Dies wiederum führte zu starken nationalistischen, auch rechtsextremen Reaktionen in der Ukraine. Diese beiden Nationalismen befruchteten sich gegenseitig und prägen wichtige Teile des gesamten politischen Prozesses und der militärischen Situation.

Beim Referendum im Dezember 1991 sprach sich die Mehrheit der Wähler*innen im Donbass für die ukrainische Unabhängigkeit aus. Doch die Unabhängigkeit kam ohne einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit und ohne die alte sowjetische Führungsschicht aus den öffentlichen Ämtern zu entfernen oder ihre Kontrolle über die Wirtschaft zu brechen. Wie nirgendwo sonst in der Ukraine pflegte die Führungsspitze im Donbass ein autoritäres, paternalistisches Verhältnis zur arbeitenden Bevölkerung und förderte eher deren ausgeprägte regionale Identität als eine bürgerliche und nationale Identität. Aber sie identifizieren sich trotzdem mit anderen Menschen in der Ukraine als Bürger eines Landes. Das war die Situation vor 2014, aber die Situation wurde offensichtlich durch die ausgebrochenen Konflikte polarisiert und verschärft.

Als Viktor Janukowitsch 2010 gewählt wurde, brachte er eine Gruppe von Oligarchen aus dem Donbass mit an die Regierung in Kiew. Sie stellten sich hinter ihn, weil er den Zugang zu Lizenzen für den Handel mit dem Ausland kontrollierte, z. B. für die Verarbeitung von Öl, Gas und Chemikalien in der Ukraine. Seine Minister stammten im Wesentlichen aus der Donbass-Region. Als er 2014 vom Maidan gestürzt wurde, floh er nach Russland, aber seine Partei etablierte sich als Rumpfftruppe im Donbass. Sie versuchten, von dort aus zum Gegenschlag auszuholen und weiterhin in der Ukraine ihre Strippen zu ziehen. Die Russische Föderation unter Putin schaltete sich ein und unterstützte sie militärisch. Zunächst nahm Russland im Februar 2014 die Krim ein, und dann zogen die Hintermänner dieser Operation in den Donbass und gründeten

mit den lokalen russischen nationalistischen Parteien und den Überresten von Janukowitschs Partei die Volksrepubliken Donezk und Luhansk.

Einige verweisen auf die Friedensverhandlungen nach 2014 und insbesondere auf das Minsk-II-Abkommen als Grundlage für die jetzigen Gespräche. Welche Art von Friedensvereinbarung könnte die Ukraine akzeptieren, die trotz der gegenwärtigen Erfolge gegen die Invasoren nicht nur eine Demütigung bedeuten würde?

Falls die Minsk-II-Vereinbarung jemals als Grundlage für die Lösung des Konflikts getaugt hat, hat Putin sie zerstört. Putin wollte sich nicht einmal mit Selensky treffen, sondern hat darauf bestanden, dass die Ukraine zuvor die Führer der separatistischen Republiken als Verhandlungspartner akzeptiert. Die ukrainische Regierung hat dies abgelehnt. Dies war einer der Auslöser für die russische Invasion, die jedweden Verhandlungsprozess zunichte gemacht hat. Putin hat den Verhandlungsweg blockiert, indem er einmarschiert ist, die Kapitulation der Ukraine fordert und Zivilisten in ihren Häusern, in Krankenhäusern und in sogenannten Evakuierungskorridoren bombardiert.

Die ukrainische Regierung erklärt nun, dass sie sich nicht auf umfassende Verhandlungen einlassen wird, solange sich Russland nicht vollständig zurückzieht, einschließlich von der Krim und aus dem Donbass. Sie sagt, sie könne nicht verhandeln unter dem Druck der Bomben auf die Zivilbevölkerung. Aber sie hat ihre Vertreter*innen zu den Gesprächen geschickt, die in ihren Augen dazu beitragen könnten, das Leben der Zivilbevölkerung zu schützen.

Meiner Meinung nach hat Putin erwartet, einen Blitzkrieg führen, schnell einmarschieren und die Ukraine besetzen zu können und dabei nur minimalen Schaden anzurichten, damit die ukrainische Bevölkerung eine russische Herrschaft und eine von Moskau eingesetzte Regierung eher akzeptieren würde. Das war die ursprüngliche Strategie, die Putin verfolgte und die durch den erbitterten Widerstand der Ukrainer vereitelt wurde. Vieles deutet darauf hin, dass den russischen Soldaten die Kampfmoral fehlt, in dem gewünschten Tempo vorzurücken oder sich vor Ort auf Nahkampfgefechte mit ihren Gegnern einzulassen. Insofern ist es schwierig, die Invasion wie geplant durchzuführen.

Die Westmächte haben der Einrichtung einer Flugverbotszone nicht zugestimmt, da dies einen Krieg zwischen der NATO und Russland auslösen könnte. Die Unterstüt-

zung des Westens ist jedoch beträchtlich und wird vom russischen Staat und seinen großen Wirtschaftspartnern registriert. Und zunehmend auch von der russischen Bevölkerung, die die Invasion auch nicht gerade begeistert unterstützt. Jetzt sind es also die Russen, die um Verhandlungen bitten, aber sie bitten nicht wirklich darum, sondern fordern die Kapitulation der Ukraine.

Wir befinden uns jetzt in einem ausgewachsenen Krieg. Die Russen sind dazu übergegangen, die Zivilbevölkerung zu terrorisieren und sie unter Beschuss aus ihren Häusern zu vertreiben. Ich glaube, dass uns hier ein langer Kampf bevorsteht und ich befürchte immer mehr, dass wir auf eine Situation wie in Syrien zusteuern könnten.

Wie lässt sich das vermeiden?

Im Moment versucht Russland, die ukrainische Seite zu besiegen oder das Land zumindest zu teilen. Die Ukraine steht vor nahezu unüberwindbaren Problemen, hat sich aber fest verschanzt und fordert den vollständigen Rückzug Russlands aus der gesamten Ukraine – nach dem Stand vor 2014. Teilung oder Wiedervereinigung und kein Kompromiss, anders als diejenigen im Westen, die Frieden fordern, wenn im Gegenzug die Ukraine die Bedingungen Russlands akzeptiert. Ich glaube zwar, dass diese Friedensbefürworter aufrichtig sind, aber sie haben kaum die moralische Autorität, eine solche Lösung aus ihren bequemen Häusern heraus in ihren noch friedlichen Demokratien zu propagieren. Ich denke, dass wir uns nur dann hin zu einem Waffenstillstand und ein Friedensabkommen bewegen können, wenn es in Russland und auch im Westen eine massenhafte Antikriegsbewegung gibt und wenn Putins Herrschaft ernsthaft erschüttert ist. Beides ist nicht in Sicht. Aber wenn es eine stärkere Volksbewegung gibt, die die russische Regierung auffordert, ihre Truppen aus der Ukraine abzuziehen, dann könnte sich die Situation langsam ändern.

Es bedarf einer massiven politischen Reaktion im Westen und neuer Konzepte und Strategien für einen Frieden in Europa. Als Vergleich würde ich die Zeit Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre heranziehen, als die Amerikaner Marschflugkörper in Großbritannien stationierten und die Sowjetunion mit der Stationierung von SS-19 und SS-21-Raketen in der Tschechoslowakei antwortete. Die Antwort war eine Massenbewegung, die von der Kampagne für Nukleare Abrüstung organisiert und angeführt wurde. E. P. Thompson und andere aus dem kleineren europäischen Lager der Atomwaffengegner trugen zu dieser Kampagne wichtige neue Erkenntnisse über Krieg

und mögliche Wege zum Frieden in unserem Zeitalter der Massenvernichtungswaffen bei. Das war an sich schon eine bedeutende Entwicklung, und ich glaube, dass sie einen großen Einfluss auf das Verhalten der Großmächte in der Folgezeit hatte. Aufklärung wurde betrieben und wichtige Vorschläge wurden gemacht, die Teil des Abrüstungsprozesses wurden, etwa zur Begrenzung der Reichweite von Raketen in Europa. Es folgten die Gespräche zwischen Michail Gorbatschow und europäischen und amerikanischen Politikern, die den Kalten Krieg zumindest für einige Jahre beendeten.

Wir brauchen also eine neue europäische Strategie der nuklearen Abrüstung und des Friedens, die aus der Gesellschaft heraus getragen wird. Die Regierungen sind zu langsam, und sie antworten auf Krieg mit Krieg. Sie zählen die Verluste ihrer eigenen Konzerne, die sich aus der Verflechtung zwischen dem russischen Kapital und dem westlichen Kapital durch Investitionen, Handel, Schulden, Pipelines und so weiter ergeben. Es bedarf einer klaren Botschaft seitens einer Volksbewegung sowohl in Russland als auch im Westen, die diese Regierungen zu echten Verhandlungen zwingen würde. Daran mangelt es im Moment, aber es gab einen Moment, in dem der Ernst der Lage und die strategische Bedeutung der Ukraine für den europäischen Frieden erkannt wurden.

Wir können die Botschaft der russischen Friedensbewegung verbreiten, und natürlich kann der ukrainische militärische Widerstand die Moral der russischen Truppen untergraben. Aber wie könnten wir eine Friedensbewegung aufbauen, die nicht nur auf ein neues Abkommen zwischen Washington und Moskau über die Köpfe der Menschen in der Ukraine und anderen kleineren oder schwächeren Staaten hinweg abzielt? Putins Einmarsch hat offenbar die Unterstützung für die NATO nicht nur in Osteuropa, sondern beispielsweise auch in Finnland gestärkt.

Wir können keinen dauerhaften Frieden erreichen, indem wir die Blöcke reformieren. Das Recht auf nationale Selbstbestimmung muss das Herzstück des globalen Friedens sein. Die Ansicht, dass die Krise durch eine neue Beziehung zwischen Russland und dem Westen gelöst werden kann, ist nicht die richtige Herangehensweise an das Problem. Zwischen dem Westen und Russland gibt es viele Länder. Russland hat einundzwanzig Militärstützpunkte und -einrichtungen außerhalb seiner eigenen Grenzen, achtzehn davon in unabhängigen ehemaligen

Sowjetstaaten. Diese fungieren für den Kreml als Gendarm der gesamten Region.

Die Ukraine ist gefangen zwischen zwei regionalen Militärmächten, die ihre jeweiligen regionalen Integrationsprojekte schützen. Da sind zum einen Russlands Eurasische Wirtschaftsunion und seine Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, ein Militärbündnis, das vor kurzem in Kasachstan in Aktion getreten ist. Daneben gibt es bilaterale Vereinbarungen, die Russland mit einer ganzen Reihe anderer Länder, darunter China, getroffen hat. Das von den Vereinigten Staaten geführte NATO-Bündnis garantiert die militärische Sicherheit der Europäischen Union und beteiligt sich an Kriegen östlich und südlich der Russischen Föderation. Diese beiden regionalen Integrationsprojekte sind seit langem auf dem Vormarsch, und nun kommt es zu einer Konfrontation. Die Ukraine steht dabei im Mittelpunkt dieses Konflikts, denn für russische multinationale Unternehmen und den russischen Staat führt der Weg zur Anerkennung als transnationale Akteure über die Ukraine, was Investitionen, Handel, Schulden, Verkehr, Kommunikation etc. betrifft. Russland versucht, eine enge Zusammenarbeit mit dem deutschen Kapital aufzubauen. Das schreckt die USA auf, da ihre Macht, jedenfalls in Europa, geschwunden ist und sie die Initiative verloren hat. Zwischen diesen beiden Mühlrädern der großen regionalen Integrationsprojekte wird die Ukraine zerrieben.

Ich bin kein außenpolitischer Regierungsberater, sondern möchte zeigen, dass man die Situation auch anders betrachten kann als durch die Brille der Regierungen. Dafür müssen wir uns auf die Grundprinzipien verständigen. Das bedeutet erstens, dass jedes Land das Recht hat, sich selbst zu verteidigen, aber alle seine militärischen Kräfte, die außerhalb des eigenen Landes stationiert sind, abziehen sollte. Zweitens, dass wir abrüsten und die Offensivwaffen reduzieren und vernichten müssen. Mit solchen Angriffsraketen werden gerade die Stadtzentren angegriffen. Wir müssen darüber nachdenken, wie eine Zusammenarbeit und Vernetzung der Bevölkerung geschaffen werden kann, d. h. Bürger-, Sozial- und Menschenrechtsbewegungen, Arbeitskollektive und Gewerkschaftsorganisationen über die Grenzen hinweg, um gegenseitiges Vertrauen und Unterstützung aufzubauen, anstatt uns ausschließlich auf die Regierungen zu verlassen. Wenn wir anfangen, ein solches Konzept zu entwickeln, können wir vielleicht zeigen, dass es einen anderen Weg gibt, das Problem anzugehen, als nur das Kräfteverhältnis zwischen den Staaten zu betrachten. Das soll uns freilich nicht davon abhalten, Druck auf die

Staaten auszuüben und für eine andere Regierungspolitik zu kämpfen.

Im Moment können die Ukrainer jedoch nicht an den Diskussionen über einen dauerhaften zukünftigen Frieden teilnehmen. Das muss später geschehen, nach dem Ende des Krieges. Sie fordern ein sofortiges Ende der Aggression gegen sie und bitten verzweifelt um Hilfe von denen, die angeblich auf ihrer Seite stehen. Sie sind zunehmend frustriert über die Unfähigkeit der westlichen Staaten, ihnen zu helfen, aber sie machen sich keine Illusionen über die NATO oder darüber, wessen Interessen sie letztendlich dienen wird. Sie sind sich der praktischen Hilfe, die ihnen von Bürger-, Gewerkschafts- und Menschenrechtsorganisationen sowie Wohltätigkeitsorganisationen zuteil wird, durchaus bewusst und dankbar dafür. Diese Hilfe trägt dazu bei, Leben zu retten. Unsere Aufgabe ist es, an ihrer Seite zu stehen, Verbindungen zu ihnen aufzubauen und aufrechtzuerhalten und zu fordern, dass Putins Regime die Massaker beendet. Diese Verbindungen, die wir jetzt mit ihnen knüpfen, werden die Grundlage für spätere tiefgreifende Diskussionen und Entscheidungen über den langfristigen Frieden bilden.

■ Übersetzung: MiWe

DIE EROBERUNG DER UKRAINE UND DIE GESCHICHTE DES RUSSISCHEN IMPERIALISMUS

In diesem Krieg, einem Ereignis von weltweiter Bedeutung, kämpft die ukrainische Nation für den Erhalt ihrer Unabhängigkeit, die sie nach Jahrhunderten der Fremdherrschaft und einer erbitterten Russifizierung vor dreißig Jahren erst

erlangt hat. Letztere sollte sie zu einem Ableger des „drei-einigen“ russischen Volkes [Weiß-, Klein- und Großrussen, AdR] machen, das in der Zarenzeit ausgedacht wurde und auf das heute Wladimir Putin sich beruft. Die russische herrschende Klasse kämpft für die Wiedergeburt eines im Niedergang begriffenen russischen Imperialismus, der ohne Kontrolle über die Ukraine von der historischen Bühne zu verschwinden droht. **Zbigniew Marcin Kowalewski**

Bei einem Empfang anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der Oktoberrevolution (1937) brachte Josef Stalin einen Toast aus „auf die Vernichtung aller Feinde, ihrer selbst, ihrer Sippe – bis zum Ende!“ Wie der Augenzeuge Georgi Dimitroff in seinem Tagebuch vermerkte, erklärte Stalin beim Aussprechen dieses Toasts, dass die Zaren „eine große Sache vorzuweisen haben: sie haben ein Riesenreich zusammengezimmert – bis nach Kamtschatka. Wir haben diesen Staat als Erbe erhalten. Und wir Bolschewiki haben diesen Staat gefestigt, zu einem einheitlichen, unteilbaren Staat“. „Jeder, der danach strebt, einzelne Teile und Nationalitäten von ihm abzutrennen, ist ein Feind, ein geschworener Feind des Staates, der Völker der UdSSR. Und wir werden jeden dieser Feinde vernichten, sei er auch ein alter Bolschewik, wir werden seine Sippe, seine Familie komplett vernichten.“¹

Seit jeher beruht der russische Imperialismus auf den Ideen der „Sammlung der russischen Länder“ und des Aufbaus eines „einheitlichen und unteilbaren Russlands“. Dieser Imperialismus war immer – und ist es noch – so eigenartig wie die Gesellschaftsformation Russlands selbst in den aufeinanderfolgenden historischen Phasen ihrer Entwicklung eigenartig war, beginnend mit dem *Zarentum Russland* (1547–1721). Als Wladimir Iljitsch Lenin den „modernen kapitalistischen Imperialismus“ theoretisierte, wies er darauf hin, dass dieser in Russland schwach, hingegen der „militärisch-feudale stärker“ war.² Letzteren feudal zu nennen, war eine übertriebene Vereinfachung. Zweifellos war die russische Gesellschaftsformation ab der Mitte des 16. Jahrhunderts, zur Zeit Iwans des Schrecklichen, im Wesentlichen eine Kombination aus zwei verschiedenen vorkapitalistischen Ausbeutungsformen. Die eine, die feudale, beruhte darauf, dass die Grundherren von den Bauern Mehrarbeit in Form von Renten erpressten. Die

andere, die tributäre, war nach dem Vorbild des Osmanischen Reiches, des damals mächtigsten Imperiums, geformt³ und beruhte darauf, dass die staatliche Bürokratie den Bauern eine Steuer abverlangte.

In der Sowjetunion galt das stalinistische Dogma der uni-linearen Entwicklung der Menschheit in nur fünf aufeinanderfolgenden Stadien. Die tributäre Ausbeutungsform hatte in diesem Schema keinen Platz, zumal sie (oberflächlich gesehen, aber nicht ganz unbegründet) mit der Herrschaft der stalinistischen Bürokratie in Verbindung gebracht werden konnte. Einige sowjetische Historiker haben, ohne formell gegen dieses Schema zu verstoßen, das Verbot geschickt umgangen, indem sie sie, im Unterschied zum „privaten“ und „westlichen“ Feudalismus, als „Staatsfeudalismus“ oder „orientalischen“ Feudalismus bezeichneten. Von der Mitte des 17. Jahrhunderts an und nahezu bis zur Abschaffung der Leibeigenschaft im Jahr 1861 war die dritte (und für die Bauernschaft schlimmste) Form der Ausbeutung die Sklaverei (Menschenhandel inklusive), zu der die russische Leibeigenschaft in Wirklichkeit herunterkam.

Ein minimales Mehrprodukt

Keine dieser Ausbeutungsformen stellte (entgegen der gängigen Behauptung vorgeblich marxistischer Diskurse) eine Produktionsweise dar, da sie sich weder formal noch real die Produktivkräfte unterordnen konnten und folglich deren nachhaltige und systemische Entwicklung nicht gewährleisteten. Dennoch bildete sich eben auf der Grundlage dieser Ausbeutungsformen der so besondere russische Staat heraus. Wie Ruslan Skrynnikow, einer der führenden Experten für die *Opritschnina* Iwans des Schrecklichen, der den allerersten Großen Terror in Russland auslöste und in ihm unterging, bemerkte, „enthielten einige ihrer Praktiken in embryonaler Form die gesamte spätere Entwicklung der absoluten Adels- und Bürokratenmonarchie“. ⁴ Tatsächlich nicht nur die jener, sondern die aller despotischen Regime Russlands bis ins 20. und 21. Jahrhundert hinein.

Ein anderer zeitgenössischer Historiker, Leonid Milow, vertritt sehr wichtige Thesen zu den Besonderheiten der historischen Entwicklung der russischen Gesellschaft. Ausgehend von einer Untersuchung der natürlichen und klimatischen Bedingungen der Produktion entwickelte er eine grundlegende Konzeption, die die „Geschichte Russlands als die einer Gesellschaft mit minimalem Mehrprodukt“⁵ begreift. Die Gründe dafür liegen in einer im Vergleich zu anderen Agrargesellschaften sehr kurzen, kli-

matisch bedingten Agrarsaison in Zentralrussland, die nur von Anfang Mai bis Anfang Oktober dauerte (in Westeuropa arbeiteten die Bauern nur im Dezember und Januar nicht auf den Feldern) und im Vorherrschen humusarmer Böden.

Dies hatte „bis zur Mechanisierung dieser Art von Arbeit eine geringe Fruchtbarkeit zur Folge und damit ein geringes Volumen des gesamten gesellschaftlichen Mehrprodukts“, was „in dieser Region die Bedingungen für die jahrhundertelange Existenz einer relativ primitiven Agrargesellschaft schuf“. So „war es, um ein Mindestergebnis zu erzielen, notwendig, die Arbeit so weit wie möglich auf einen relativ kurzen Zeitraum zu konzentrieren. Ein einzelner Bauernbetrieb konnte den unerlässlichen Grad der Konzentration der Arbeitsanstrengungen in den objektiv gegebenen Zeiten landwirtschaftlicher Arbeit nicht aufbringen“, so dass seine hieraus erwachsene Anfälligkeit „fast während der gesamten tausendjährigen Geschichte des russischen Staates durch die sehr große Rolle der bäuerlichen Gemeinschaft ausgeglichen wurde“.⁶

Einheit der Gegensätze

Die Mehrarbeit der Bauern konnte – in großem Umfang, wenn nicht sogar vollständig – nur auf Kosten der für ihre eigene Reproduktion notwendigen Arbeit ausgepresst werden, d. h. durch Methoden der absoluten Ausbeutung (statt relativer Ausbeutung mittels Erhöhung der Arbeitsproduktivität). Dies war nicht möglich, ohne ihnen das härtest mögliche Regime der Leibeigenschaft aufzuerlegen, zumal aufgrund der allgemeinen Produktionsbedingungen eine starke gemeinschaftliche Organisation der Arbeit erforderlich war. Es war zwingend notwendig, „den Umfang des gesamten Mehrprodukts zu optimieren“ – es im Interesse des Staatsapparats und der herrschenden Klasse zu vergrößern –, doch „auf dem Weg zu dieser ‚Optimierung‘, d. h. der objektiven Notwendigkeit, die Ausbeutung der Bauern zu intensivieren, stand eben jene Ackerbaugemeinde, die eine Bastion des dörflichen Zusammenhalts und ein Mittel des bäuerlichen Widerstands“ war.⁷

Daraus ergab sich „eine Art Einheit der Gegensätze: Was die unvermeidliche Existenz der Gemeinde aufwog, war ein Gegengewicht in Form der brutalsten und schärfsten Variante der persönlichen Abhängigkeit jedes Mitglieds dieses Organismus“. Die Unmöglichkeit, diesen Widerspruch ohne eine beträchtliche Entwicklung der Produktivkräfte zu überwinden, was die vorkapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse nicht zuließen, führte

dazu, dass die Rolle des Staates darin bestand, „eine mächtige, monolithische herrschende Klasse zu schaffen, die in der Lage war, die Agrargemeinschaft zu entwurzeln bzw. die Abwehrmechanismen, die sie gegen den Prozess der unablässigen Ausbeutung der Bauernschaft entwickelt hatte, zu neutralisieren“. Zusammenfassend meint Milow: „Die Unvermeidlichkeit der Existenz der Gemeinschaft, die sich aus ihrer produktiven und sozialen Funktion ergab, hat schließlich die härtesten und brutalsten Mechanismen zur Erpressung eines möglichst großen Mehrprodukts hervorgebracht. So entstand das Regime der Leibeigenschaft, das die Dorfgemeinde als Basis des bäuerlichen Widerstands neutralisieren konnte. Dieses Regime der Leibeigenschaft wiederum wurde erst möglich durch die Entwicklung der despotischsten Formen der Staatsmacht – das Regime der russischen Selbstherrschaft.“⁸ Das war’s, was die herrschende Klasse zusammenschweißte.

Wo die Peripherie beginnt

Gleichzeitig jedoch „führten der extrem extensive Charakter der landwirtschaftlichen Produktion und die objektive Unmöglichkeit, sie zu intensivieren, dazu, dass das historische Hauptterritorium des russischen Staates die Zunahme der Bevölkerungsdichte nicht verkraften konnte. Daraus ergab sich über Jahrhunderte hinweg die ständige Notwendigkeit für die Bevölkerung, auf der Suche nach fruchtbarerem Ackerland, günstigeren klimatischen Bedingungen für die Landwirtschaft usw. in neue Gebiete auszuwandern.“⁹ Darüberhinaus „gingen die Migrationsprozesse mit der Stärkung des absolutistischen Staates, der bereit stand, war, große Teile des Landes zu kontrollieren und zu verteidigen, einher“, und somit mit dem Aufbau einer enormen Streitmacht, obwohl „die extrem geringe Größe des gesamten Mehrprodukts objektiv äußerst ungünstige Bedingungen für die Bildung des sogenannten Überbaus über den Basiselementen schuf“.¹⁰

Diese jahrhundertelange koloniale, militärische und staatliche Expansion nach Süden, Südosten und Osten umfasste nach und nach große Gebiete, immer größere „allogene“ Territorien an der Peripherie und immer weiter entfernte Nachbarländer, die Opfer der Eroberung wurden. Diese Expansion ging einher mit einem mehrere Jahrhunderte dauernden Kampf des Zarentums Russland (1547–1721) und später des *Russischen Kaiserreichs* (1721–1917) um den Zugang zu eisfreien Häfen an den Meeren im Westen und im Osten. Daher die berechtigten Fragen, auf die korrekte Antworten so schwer zu finden sind: „Wann hat der russische Kolonialismus begonnen –

mit der Besetzung des ethnisch fremden Kasan oder der des ethnisch nahen Nowgorod?“ Die Republik Nowgorod fiel 1478 unter dem Ansturm der Moskauer Armee, das Khanat Kasan 1552. „Wo liegen die Grenzen der russischen Metropolen, wo beginnen die russischen Kolonien und wie lassen sie sich unterscheiden?“ Denn sie waren sehr veränderlich. „Die Grenzen Russlands dehnten sich sowohl vor dem Aufstieg des Zarismus als auch während der Zarenzeit mit einer solchen Geschwindigkeit aus, dass selbst die Unterscheidung zwischen ‚außen‘ und ‚innen‘ fließend und unbestimmt war.“¹¹

Militärisch-koloniale Eroberungen

Die historische Formation Russlands wurde im Prozess der militärisch-kolonialen Eroberung der russischen Länder und Bauern und der dadurch ausgelösten, eigentlich antikolonialen Bauernkriege, der internen und externen Kolonialisierung, der Eroberungen, Plünderungen und kolonialen Unterdrückung anderer Völker ausgebildet. Wie Alexander Etkind richtig sagt: „Sowohl in seinen fernen Grenzen als auch in seiner dunklen Tiefe war das Russische Reich ein riesiges Kolonialsystem.“¹² Im Gegensatz zur russischen Mythologie hat die Eroberung eines so riesigen Landes wie Sibirien nicht „das Moskauer Territorium bis zur chinesischen Grenze ausgedehnt“, sondern Sibirien zu einer typischen Kolonie gemacht. Dennoch wurde es üblich, Sibirien als untrennbaren Teil Russlands wahrzunehmen, ebenso wie später Polen, Litauen, Finnland, den Kaukasus, Buchara und Tuwa – unter anderem.

Einige russische Historiker, die damit ihren theoretischen Beitrag zur Entwicklung der vorherrschenden und, wie sich heute zeigt, zeitlosen „russischen Idee“ leisteten, haben dieses Phänomen sehr geschickt als „Selbstkolonisierung Russlands“ bezeichnet: Die Länder, die Russland nach und nach in Besitz nahm, wurden nicht zu seinen Kolonien, sondern es „kolonisierte sich selbst“¹³, denn es war grenzenlos (und ist es, wie in seiner vorherrschenden Ideologie offen oder verdeckt behauptet wird, weiter). Nachdem Russland im 17. Jahrhundert die *Linksufrige Ukraine* (östlich des Dnepr) eingenommen hatte, konnte es durch seine Teilnahme an der Teilung der *Republik der Beiden Völker* (Polen-Litauen) in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts den Großteil der *Rechtsufrigen Ukraine* einnehmen – insgesamt achtzig Prozent des ukrainischen Territoriums. Dies erwies sich als grundlegender strategischer Gewinn, der weit nach Europa hineinreichte und die Spannweite und den eurasischen Charakter des Russischen Reichs festlegte.

Wenngleich der russische Adel der herrschende Stand war, wurde das Land nie vollständig zum Privateigentum eines Adligen. Das wäre den primären Interessen dieses imperialen Staates zuwider gelaufen, bei dessen Aufbau keine soziale Klasse eine so wichtige Rolle spielte wie er selbst – seine Apparate und sein bürokratisches Personal. Es ging dabei nicht nur um den Aufbau einer riesigen Armee um den Preis fünfundzwanzigjähriger Wehrpflicht von Bauern und einer riesigen militärischen und zivilen Infrastruktur, die durch die Zwangsarbeit von Hunderttausenden anderer Bauern finanziert wurde, die sowohl dem Staat als auch den Landbesitzern gehörten, sondern auch darum, dass ganze Brigaden von Lehrmeistern zu wirklicher Zwangsarbeit in verschiedene Teilen des Landes geschickt wurden. Außerdem, so Milow, „war die Staatsmaschinerie gezwungen, den Prozess der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und vor allem die Trennung von Industrie und Landwirtschaft voranzutreiben“, und zwar gegen die vorherrschenden Ausbeutungsformen, die diesen Prozess behinderten.

Industrielle Leibeigenschaft

Dementsprechend „führte die Beteiligung des Staates am Aufbau der Industrie im Land zu einem gigantischen Sprung in der Entwicklung der Produktivkräfte, obwohl die Übernahme „westlicher Technologie“ durch die archaische Gesellschaft im 17. und 18. Jahrhundert einen monströsen sozialen Effekt hatte: Es entstand eine Masse von Arbeitern, die für immer an Fabriken und Arbeitsstätten gebunden waren (die „ewig Unterworfenen“), was das Abgleiten der Gesellschaft in die Sklaverei förderte“.¹⁴ Der riesige russische militärisch-industrielle Komplex, dessen Kern die Metallurgie im Ural war, wurde nicht auf der Grundlage der Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse aufgebaut, sondern im Rahmen feudaler und tributärer Beziehungen.¹⁵

Zwar blühte das Kapital, aber es war vorkapitalistisch und beeinträchtigte die Entwicklung des Kapitalismus – „das Handelskapital entwickelte sich nicht in die Tiefe, nicht vermittelt einer Umwandlung der Produktion, sondern in die Breite, durch Vergrößerung seines Operationsradius“, indem es „vom Zentrum zur Peripherie vorrückte, hinter den siedelnden Bauern her, die auf der Suche nach neuem Land und Befreiung von Abgabenlasten in neue Territorien vordrangen“.¹⁶ Auf nichtökonomischem Zwang beruhend, haben vorkapitalistische Ausbeutungsformen die kapitalistische Produktionsweise in Russland bis zur Revolution von 1917 dominiert, nicht nur in der

Landwirtschaft, sondern auch in der Industrie, lange noch nach der Reform von 1861.

Als die russische Sozialdemokratie sich als Partei formierte, war die Arbeit von etwa dreißig Prozent der Industriearbeiter immer noch die Arbeit von Leibeigenen und nicht die von Lohnarbeitern, was diese Sozialdemokratie, die *Iskra* inbegriffen, nicht gesehen hat, die die Industrie (d. h. Produktivkräfte, nicht Produktionsverhältnisse) mit dem Kapitalismus in Verbindung brachte. „Selbst zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren mehr als die Hälfte der Industrieunternehmen des wichtigsten industriellen Kerns (die Eisen- und Stahlindustrie) nicht kapitalistisch im engeren Sinne“, schreibt Michail Woejkow. Die noch vorherrschenden vorkapitalistischen Methoden der Extraktion des Mehrprodukts der Arbeit der direkten Produzenten „erlaubten dem nationalen Kapital die notwendige Akkumulation nicht“, weshalb „das ausländische Kapital so stark war“. ¹⁷ Da, wo in der russischen Wirtschaft das Kapital dominierte, war es praktisch sofort das Großkapital und es kam rasch zu Monopolbildungen.

Vielzahl von Revolutionen

In Russland entsteht also „der moderne kapitalistische Imperialismus“, aber er ist „sozusagen“ – schrieb Lenin kurz vor der Revolution von 1917 – „mit einem besonders dichten Netz vorkapitalistischer Verhältnisse überzogen“, einem Netz, das derart dicht ist, dass „im großen und ganzen in Russland der militärische und feudale Imperialismus überwiegt“. ¹⁸ Die Grundlage dieses Imperialismus ist „das Monopol der militärischen Macht, des unermesslichen Gebiets oder der besonders günstigen Gelegenheit, nationale Minderheiten, China usw. auszuplündern“, d. h. nichtrussische Völker innerhalb Russlands selbst und Völker in den Nachbarländern. Durch dieses Monopol, so Lenin, „wird [in Russland] das Monopol des heutigen, modernen Finanzkapitals zum Teil ergänzt, zum Teil ersetzt“. ¹⁹ Nahezu alle Exegeten von Lenins Schriften über den Imperialismus sind über diesen theoretischen Ansatz, der für das Studium der russischen Gesellschaftsformation von weitreichender Bedeutung ist, stillschweigend hinweggegangen. ²⁰

Die Auflösung dieser Verflechtung des russischen „militärischen und feudalen“ Imperialismus mit dem kapitalistischen Imperialismus war nicht das Werk einer einzigen Revolution, sondern das verschiedener Revolutionen, die konvergierten und divergierten, die Bündnisse schlossen und gewaltsam aneinander gerieten. Die Russische Revolution war eine von ihnen. Im Zentrum des Reiches war

sie eine Arbeiter- und Bauernrevolution, an der kolonialen Peripherie stützte sie sich auf die russischen und russifizierten Minderheiten in den Städten und Siedlungskolonien. Sie hatte ebenso wie die russische Räteherrschaft, die sie errichtete, einen kolonialen Charakter, wie der Bolschewik Georgi Safarow in seinem einst klassischen Werk über die „Kolonialrevolution“ in Turkestan nachwies. „Die Zugehörigkeit zum Industrieproletariat in der zaristischen Kolonie war ein nationales Privileg der Russen. Deshalb nahm hier auch die Diktatur des Proletariats von Anfang an eine typisch kolonialistische Erscheinungsform an“. ²¹

Doch unter den unterdrückten Völkern löste die Russische Revolution auch nationale Revolutionen aus. Die territorial ausgedehnteste, gewaltsamste, dynamischste und unvorhersehbarste von ihnen war die ukrainische Revolution. Ihr Ausbruch und noch mehr die Dynamik, die sie entwickelte, waren unverhofft. Eine Bauernnation ohne „ihre“ Grundbesitzer und „ihre“ Kapitalisten, mit einer winzigen Schicht von Kleinbürgern und Intelligenzlern und einer verbotenen Sprache schien nicht dazu auserkoren oder fähig, sie zu verwirklichen. Seit die russische Armee 1775 die Saporoger Sitsch, die Hochburg der freien Kosaken, vernichtet hatte, forderte das ukrainische Volk zum ersten Mal seine Unabhängigkeit. Aufgeschreckt durch die soziale Revolution, die in Petrograd und Moskau die Bolschewiki an die Macht gebracht hatte, rief die Zentralrada der kleinbürgerlichen ukrainischen Parteien in Kiew die Unabhängigkeit aus und verstrickte sich sofort in einen Krieg mit jenen.

Ukrainische nationale Revolution

Ein Teil der ukrainischen Bolschewiki (der Anteil der Ukrainer unter den Mitgliedern der bolschewistischen Partei in der Ukraine war indes unbedeutend) wünschte sich jedoch auch eine revolutionäre Ukraine, sowjetisch wie Russland, aber unabhängig. Vor allem aber wollte in der radikalen Linken die von den Bolschewiki getrennte, aus dem linken Flügel der ukrainischen Sozialrevolutionäre und einem Teil des linken Flügels der ukrainischen Sozialdemokratie hervorgegangene Ukrainische Kommunistische Partei (Borotbisten) die Unabhängigkeit. Mit den Bolschewiki verbündet, hatte diese Partei eine unvergleichlich breitere soziale Basis als jene.

Das Bündnis der Borotbisten mit den Bolschewiki war sehr schwierig. So verkündete der Chef der bolschewistischen Regierung, die 1919 nach der zweiten Besetzung Kiews durch die Rote Armee gebildet wurde, der aus Bulgarien stammende Christian Rakowski: „Die ukra-

inische Sprache zur Staatssprache zu erklären, wäre eine reaktionäre Maßnahme, die niemand braucht“, denn im Allgemeinen „sind die ukrainische Frage und die Ukraine weniger eine reale Tatsache als eine Erfindung der ukrainischen Intelligenzija“. ²² Damit stand er unter den Marxisten nicht allein. Rosa Luxemburg behauptete, der ukrainische Nationalismus sei „eine lächerliche Posse“, „nichts als eine einfache Schrulle“, „eine Fatzkerie von ein paar Dutzend kleinbürgerlichen Intelligenzlern“. ²³ Mit der Ansicht, „die Ukraine sei für Russland das, was Irland für England ist“, sie sei eine Kolonie und ihr unterdrücktes Volk müsse die Unabhängigkeit erlangen, war Lenin eine Ausnahme; öffentlich geäußert hat er diese Ansicht indes nur ein einziges Mal. ²⁴

Zur Politik der Rakowski-Regierung in der nationalen Frage kam eine ultralinke Politik in der Agrarfrage hinzu, die im Gegensatz zum bolschewistischen Dekret über den Grund und Boden nicht auf die Aufteilung des Grundbesitzes zugunsten der Bauern abzielte, sondern auf die Umwandlung dieses Grundbesitzes in Kollektivfarmen von Landarbeitern. Die Requirierung von Getreide durch den Staat und der „Kriegskommunismus“ im Allgemeinen gossen Öl ins Feuer. All dies führte 1919 zu einer starken Welle antibolschewistischer Bauernaufstände (es wurden 660 große und kleine gezählt), was die Ukraine von Ungarn abschnitt und die ukrainische Rote Armee daran hinderte, der ungarischen Räterepublik zu Hilfe zu kommen, obwohl dies deren einzige Hoffnung auf Überleben war. In der Ukraine selbst machten diese Aufstände den Weg frei für die Offensive der Truppen der Weißen Garde unter General Anton Denikin auf Moskau. ²⁵ Es ist richtig, dass Rakowski dann schnell selbst aus der katastrophalen Politik seiner Regierung Konsequenzen zog, aber das tat er erst, nachdem diese gescheitert war.

Kommunisten für die Unabhängigkeit

In weiten Teilen der Dnepr-Ukraine ruhte der Kampf gegen die Besetzung durch die russische Weiße Garde auf den Schultern von Partisanenbewegungen und Aufständen, die von den Kommunisten-Borotbisten, der stärksten Partei im Untergrund, und den Anarcho-Kommunisten um Nestor Machno angeführt wurden. Nach Denikins Niederlage sicherte die Rote Armee zum dritten Mal in Folge den Bolschewiki die Macht. Erst dann, im Februar 1920, beschlossen diese in der Ukraine, ihren doktrinären Ansatz in der Agrarfrage aufzugeben und das Land an die Bauern zu verteilen. Obwohl selbst in der Minderheit,

machten sie die auf verschiedene Weise unterworfenen Borotbisten zu ihren Juniorpartnern in einer Koalition.

Lenin hatte große Angst, dass es nach dem Ende des Bürgerkriegs und der ausländischen Intervention zu einem bewaffneten Aufstand der Borotbisten gegen die Bolschewiki kommen könnte, wenn diese sich gegen die Unabhängigkeit der Sowjetukraine aussprächen. Er forderte von seinen Genossen „größtmögliche Vorsicht in Bezug auf nationale Traditionen, strengste Achtung der Gleichberechtigung der ukrainischen Sprache und Kultur, Verpflichtung aller Beamten, Ukrainisch zu lernen“. ²⁶ Denn er wusste sehr wohl: „Kratze manch einen Kommunisten, und du wirst auf einen großrussischen Chauvinisten stoßen“. ²⁷

Er erklärte öffentlich: „Darum ist es ganz offensichtlich und allgemein anerkannt, dass nur die ukrainischen Arbeiter und Bauern selbst auf ihrem Gesamtkrainischen Sowjetkongress die Frage entscheiden können und entscheiden werden, ob die Ukraine mit Russland [zu einer einzigen Sowjetrepublik] verschmelzen oder ob sie eine selbständige und unabhängige Republik bleiben soll, und welcher Art im letzteren Fall die föderative Verbindung zwischen ihr und Russland sein soll“. Wegen dieser Fragen, so erklärte er, „dürfen wir uns nicht entzweien“. Eine Konföderation akzeptierte er nicht. Aufgrund der Tatsache, dass die ukrainische Nation historisch eine von Russland unterdrückte Nation war, erklärte er, „müssen wir großrussischen Kommunisten bei Meinungsverschiedenheiten mit den ukrainischen Kommunisten-Bolschewiki und den Borotbisten Nachsicht üben, wenn die Meinungsverschiedenheiten die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine, die Formen ihres Bündnisses mit Russland und die nationale Frage überhaupt betreffen.“ ²⁸

„Dieser Sieg ist ein paar tüchtige Schlachten wert“

Doch genau das Gegenteil trat ein. Letztere mussten Ersteren in diesen Fragen den Vortritt lassen – und das unter der Drohung der „Liquidierung“. Hinter verschlossenen Türen forderte Lenin eine „vorläufig unabhängige“ Ukraine in „enger Föderation“ mit Russland und einen „zeitweiligen Block mit den Borotbisten“ sowie eine „gleichzeitige Propaganda für die vollständige Verschmelzung“ der Ukraine und Russlands zu einem Einheitsstaat. Er fügte schnell hinzu, dass „der Kampf gegen die Losung einer möglichst engen Union“ mit Russland „den Interessen des Proletariats zuwiderläuft“, so dass in der Ukraine „die gesamte Politik systematisch und unermüdlich auf die Liquidierung der Borotbisten in naher Zukunft ausgerichtet sein muss“, und er drängte darauf, „dass die Borotbisten

nicht des Nationalismus, sondern konterrevolutionärer und kleinbürgerlicher Tendenzen angeklagt werden.“²⁹

Zur „Liquidierung“ kam es nicht, weil die Borotbisten – sei es um der Sache der internationalen sozialistischen Revolution willen oder einfach, weil sie merkten, dass man ihnen einen Revolver an die Schläfe gesetzt hatte – ihre Partei selbst auflösten.³⁰ Wie Lenin erklärte: „Statt eines Aufstands der Borotbisten, der unvermeidlich schien, ist es so gekommen, dass die besten Elemente der Borotbisten unter unserer Kontrolle und mit unserer Zustimmung in unsere Partei eintraten, während alles übrige von der politischen Bühne verschwunden ist. Dieser Sieg ist ein paar tüchtige Schlachten wert.“³¹

Im Lichte der beeindruckend konsequenten ideologischen Kämpfe, die Lenin für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einschließlich des Rechts auf staatliche Abtrennung geführt hat, und seiner tatsächlichen Politik auf diesem Gebiet bleibt die Art und Weise, wie er dieses seinem Denken inhärente Recht wirklich begriff, wenn nicht ein Geheimnis, so doch zumindest etwas vollkommen Unerforschtes. Die gesamte marxistische oder sich als solche ausgebende Literatur, die seinem Verständnis dieses Rechts gewidmet ist, hat exegetischen, apologetischen oder epigonalen Charakter. Sie steckt den Kopf in den Sand angesichts der historischen Tatsache, dass überall in den kolonialen Randgebieten Russlands, wo sich die Macht seiner Partei durchsetzte, oder genauer gesagt, wo die Rote Armee eben dafür sorgte, dieses Recht nicht verwirklicht wurde und es keine Möglichkeit gab, zu versuchen, es durchzusetzen, ohne als Konterrevolutionär angeklagt zu werden.

Widerspruch im Kern der Revolution

Die Revolution in Russland hat den russischen Imperialismus nicht zerstört. Zusammen mit dem Kapitalismus stürzte sie den „modernen kapitalistischen Imperialismus“ und beseitigte die vorkapitalistische (feudale und tributäre) Basis des militärischen Imperialismus. Aber sie beseitigte nicht die Bedingungen für die Reproduktion des russischen nicht-wirtschaftlichen Monopols, „die militärische Macht, das unermessliche Territorium oder die besonders bequemen Bedingungen für die Ausplünderung“ anderer Völker an der inneren und äußeren Peripherie Russlands. In dem Maße wie die Revolution die Peripherie erfasste und sich dort unter den unterdrückten Völkern in Form nationaler Revolutionen ausbreitete, drängte sie dieses Monopol zurück. Gleichzeitig hat sie es in dem Maße reproduziert, wie sie sich im Modus der militärischen

Eroberung vom Zentrum bis zur Peripherie ausbreitete. Dieser Widerspruch lag im Kern der Russischen Revolution, er war ihr inhärent und konnte in ihrem eigenen Rahmen nicht gelöst werden. Viel hing von nun an davon ab, welche Seite des Widerspruchs sich durchsetzen würde.

Infolge des Zusammenbruchs des Russischen Kaiserreichs lösten sich nacheinander Finnland, Estland, Litauen, Lettland und Polen von ihm los und nach der verheerenden Niederlage im Polnisch-Sowjetischen Krieg verlor Sowjetrußland 1920 einen Teil der Ukraine (und Weißrusslands). Für das Überleben des russischen Imperialismus war es entscheidend, ob sich die sowjetische Ukraine abspalten würde. Als die Sowjetunion 1922/23 als staatlicher Organismus Gestalt annahm, sprachen die ukrainischen Bolschewiki offen darüber, dass „die mit der Muttermilch aufgesogenen Großmachtvorurteile bei sehr vielen Genossen zu einem Instinkt geworden waren“, weil „in der Praxis in unserer Partei kein Kampf gegen den Großmachtchauvinismus geführt wurde“.³² Rakowski bezog damals entschieden gegen Stalin Stellung und führte diejenigen an, die die Unabhängigkeit der Ukraine und die Schaffung einer Union unabhängiger Sowjetstaaten forderten.³³ Sie verloren, aber ihre Niederlage war damals nicht total.

Die Wandlungen des russischen Imperialismus

Den Unabhängigkeitsbestrebungen setzte die zentrale Führung der bolschewistischen Partei unter Stalin eine sprachliche und kulturelle Nationalisierung der nicht-russischen Republiken entgegen. Für ihre Moskauer Befürworter unerwartet, entwickelte sich die Ukrainisierung zu einer Fortsetzung der ukrainischen nationalen Revolution, die sie wiederbelebte und auf bemerkenswerte Weise neue Kraft schöpfen ließ. Sie dauerte fast zehn Jahre, bis 1932. Die Vernichtung durch Hunger (Holodomor) und die Beendigung der Ukrainisierung durch Terror³⁴ waren sowohl ein konstituierender Akt der stalinistischen Bürokratie, die sich von der bis dahin herrschenden thermidorianischen Bürokratie trennte (und diese bald vernichtete), als auch ein Akt der Wiedergeburt – diesmal des militärisch-bürokratischen russischen Imperialismus.³⁵

Dieser wurde durch die Vereinigung des ukrainischen (und weißrussischen) Territoriums infolge der Teilung Polens durch Hitler und Stalin sowie durch die 1939 vollzogene und 1944 bestätigte Annexion der baltischen Staaten im Zuge des siegreichen Krieges gegen den deutschen Imperialismus konsolidiert. Die gigantische Plünderung des industriellen Potenzials der sowjetischen Besatzungs-

zone Deutschlands sowie die Herrschaft über die osteuropäischen Staaten, die durch die ständige Drohung einer militärischen Intervention politisch in Schach gehalten wurden, festigten diese Renaissance des russischen Imperialismus.³⁶

Der plötzliche, völlig unerwartete Zusammenbruch der UdSSR 1991 enthüllte die Natur dieses Staates, der auf der Basis von Stalins Großem Terror geschaffen worden war. Was die Ukraine beim Zusammenbruch des Russischen Kaiserreiches nicht erreicht hatte, konnte sie beim Zusammenbruch der Sowjetunion erreichen. Es gelang ihr, sich abzuspalten, wie vierzehn andere der größten nicht-russischen Nationen. Mit der Erklärung ihrer Unabhängigkeit versetzte sie dem russischen militärisch-bürokratischen Imperialismus einen entscheidenden Schlag.

Der auf den Trümmern der UdSSR wiedererrichtete russische Kapitalismus ist nach wie vor von demselben nicht-wirtschaftlichen Monopol abhängig, dem die früheren Ausbeutungsformen unterlagen, und wie diese wird er durch diese Abhängigkeit denaturiert. Der russische Staat schützt das kapitalistische Privateigentum, aber gleichzeitig schränkt er es ein, weil es seinem Zwang ausgesetzt ist, so wie die Verschmelzung seines Apparats mit dem Großkapital den kapitalistischen Wettbewerb einschränkt und verfälscht. So haben unter dem Gewicht dieses Monopols in Russland der oligarchische Staatskapitalismus und der militärisch-oligarchische Imperialismus Gestalt angenommen.

Der Imperativ der Rückeroberung

Dieses Monopol selbst hat jedoch eine enorme, wenn auch äußerst ungleiche Abschwächung erfahren. Russland hat sein „Monopol der militärischen Macht“ insofern beibehalten, als es nach dem Zusammenbruch der UdSSR die größte Atommacht der Welt mit einer riesigen Armee blieb. Hingegen ist sein Monopol „des unermesslichen Gebiets oder der besonders günstigen Gelegenheit“, andere Völker „auszuplündern“ sehr viel schwächer geworden. Wie Zbigniew Brzezinski nach dem Zusammenbruch der UdSSR feststellte, waren „die Grenzen Rußlands dorthin zurückverlegt worden, wo sie im Kaukasus um 1800, in Zentralasien um 1850 und – viel ärgerlicher und einschneidender – im Westen um 1600, kurz nach der Regierungszeit Iwans des Schrecklichen verlaufen waren“. Das Schlimmste von allem: „Ohne die Ukraine ist Rußland kein eurasisches Reich mehr. Es kann trotzdem nach einem imperialen Status streben, würde aber dann ein vorwiegend asiatisches Reich werden, das aller Wahr-

scheinlichkeit nach in lähmende Konflikte hineingezogen würde.“ Zurecht schrieb Brzezinski: „Wenn Moskau allerdings die Herrschaft über die Ukraine mit ihren 52 Millionen Menschen, bedeutenden Bodenschätzen und dem Zugang zum Schwarzen Meer wiedergewinnen sollte, erlangte Rußland automatisch die Mittel, ein mächtiges Europa und Asien umspannendes Reich zu werden.“³⁷

Darum hat sich der russische Imperialismus auf die Rückeroberung der Ukraine gestürzt; sein Schicksal steht dort auf dem Spiel.

1. März 2022

Zbigniew Marcin Kowalewski ist Pole und forscht zur Geschichte revolutionärer Bewegungen, zur Arbeiterbewegung, zur nationalen Frage und zu bürokratischen Herrschaftssystemen. 1981 war er Mitglied des Präsidiums der Regionalleitung der Gewerkschaft Solidarność in Łódź, Delegierter auf dem ersten nationalen Kongress der Gewerkschaft und Führer der Bewegung für Arbeiterselbstverwaltung. Der hier vorliegende Beitrag wurde in der polnischen Ausgabe von *Le Monde diplomatique* Nr. 2 (174) vom März/April 2022 veröffentlicht und von Jan Malewski ins Französische übersetzt.

■ Übersetzung aus dem Französischen: Horst Lauscher.

- 1 Georgi Dimitroff, *Tagebücher 1933-1943*, hrsg. v. B. H. Bayerlein, Berlin: Aufbau-Verlag 2000, S. 162.
- 2 „In Russland ist der kapitalistische Imperialismus schwächer, dafür aber der militärisch-feudale stärker.“ Lenin, „Der Zusammenbruch der II. Internationale“, *Werke [LW]* Bd. 21, S. 223.
- 3 С.А. Нефедов, „Реформы Ивана III и Ивана IV: османское влияние“ [„Die Reformen von Iwan III und Iwan IV: Der osmanische Einfluss“], *Вопросы истории* Nr. 11, 2002, S. 30–53.
- 4 Р.Г. Скрынников, *Царство террора [Herrschaft des Terrors]*, St. Petersburg: Наука 1992, S. 512.
- 5 Л.В. Милов, *Великорусский пахарь и особенности российского исторического процесса [Der großrussische Ackerbauer und die Besonderheiten des russischen Geschichtsprozesses]*, Moskau: РОССПЭН 2001, S. 7.
- 6 Ibid., S. 554–556.
- 7 Ibid., S. 556.
- 8 Ibid., S. 481–482, 556.
- 9 Ibid., S. 566.
- 10 Л.В. Милов, „Особенности исторического процесса в России“ [„Besonderheiten des historischen Prozesses in Russland“], *Вестник Российской Академии наук*, Bd 73 Nr. 9, 2003, S. 777.
- 11 А. Эткинд, Д. Уффельманн, И. Кукулин, „Внутренняя колонизация России: Между практикой и воображением“, [„Die innere Kolonisierung Russlands: Zwischen Praxis und Vorstellung“], in: А. Эткинд, Д. Уффельманн, И. Кукулин (red.), *Там, внутри. Практики внутренней колонизации в культурной*

- истори России, [Dort unten, im Innern. Praktiken der internen Kolonisierung in der Kulturgeschichte Russlands], Moskau: Новое литературное обозрение 2012, S. 10, 12.
- 12** A. Etkind, *Internal Colonization. Russian Imperial Experience*, Cambridge-Malden: Polity 2011, S. 26.
- 13** Ibidem, S. 61–71; A. Etkind, „How Russia „Colonized Itself“. Internal Colonization in Classical Russian Historiography“, *International Journal for History, Culture and Modernity* t. 3, Nr. 2, 2015, S. 159–172.
- 14** Л.В. Милов, а. а. О., S. 777.
- 15** В.В. Алексеев, „Протоиндустриализация на Урале“ [„Proto-Industrialisierung im Ural“], in: *Экономическая история России XVII–XX вв. : Динамика и институционально-социокультурная среда [Wirtschaftsgeschichte Russlands im 17. bis 19. Jahrhundert: Dynamik und institutionelles und soziokulturelles Umfeld]*, Ekaterinburg: УрО РАН 2008, S. 63–94.
- 16** Trotzki, „Die nationale Frage“, in: *Geschichte der russischen Revolution. Oktoberrevolution*, Berlin: S. Fischer 1932, S. 355–382, hier S. 356. (Auch Frankfurt: Fischer Taschenbuch Vlg. 1973, S. 721.)
- 17** М. Воейков, „Великая реформа и судьбы капитализма в России (к 150-летию отмены крепостного права)“ [„Die Große Reformation und das Schicksal des Kapitalismus in Russland (anlässlich des 150. Jahrestags der Aufhebung der Leibeigenschaft)“], in: *Вопросы экономики* Nr. 4, 2011, S. 135, 123, 136.
- 18** Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, LW 22, S. 189–309, hier S. 306. „Sozialismus und Krieg“, LW 21, S. 295–341, hier S. 306.
- 19** Lenin, „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“, LW 23, S. 102–118, hier S. 113.
- 20** Vgl. Z.M. Kowalewski, „Impérialisme russe“, in: *Inprecor* Nr. 609/610, Oktober-Dezember 2014, S. 7–9.
- 21** Г. Сафаров, *Колониальная революция (Опыт Туркестана) [Koloniales Revolution (Die Erfahrung von Turkestan)]*, Moskau: Госиздат 1921, S. 72. Dieses für die Entwicklung des antikolonialen Denkens grundlegende Werk, das von Stalin verboten und zu ewigem Vergessenwerden verurteilt wurde, wurde erst 1996 in Kasachstan wieder aufgelegt. Im Ausland ist es bis heute fast völlig unbekannt.
- 22** П. Христюк, *Замітки і матеріали до історії української революції 1917-1920 рр.*, t. IV [Notizen und Materialien für die Geschichte der ukrainischen Revolution 1917-1920, Bd. 4], Wien: Український соціологічний інститут 1922, S. 173.
- 23** R. Luxemburg, „Zur russischen Revolution“, *Gesammelte Werke* Bd. 4, S. 332–365, hier S. 351.
- 24** Zitiert nach П. Кравчук, „Під проводом благородних ідей (6)“ [„Unter der Führung edler Ideen (6)“], *Торонто: Життя і Слово* Nr. 26 (183), 1969, S. 18. Der Text dieser Rede ging verloren und ist nur aus zeitgenössischen Presseberichten bekannt. Vgl. R. Serbyn, „Lénine et la question ukrainienne en 1914. Le discours ‚séparatiste‘ de Zurich“, *Pluriel-débat* n° 25, 1981, S. 83–84.
- 25** Vgl. Z.M. Kowalewski, „L’indépendance de l’Ukraine: préhistoire d’un mot d’ordre de Trotsky“, *Quatrième Internationale* Nr. 32/33, Mai-Juli 1989, S. 81–99.
- 26** В.И. Ленин, *Неизвестные документы. 1891–1922 гг. [Unbekannte Dokumente. 1891–1922]*, Moskau: РОССПЭН 2000, S. 306.
- 27** Lenin, „VIII. Parteitag der KPR(B). Schlusswort zum Bericht über das Parteiprogramm, 19. März [1919]“, LW 29, S. 181.
- 28** Lenin, „Brief an die Arbeiter und Bauern der Ukraine anlässlich der Siege über Denikin“, LW 30, S. 282, 285 u. 286. (Erstveröffentlichung: *Pravda* 4.1.1920)
- 29** В.И. Ленин, *Неизвестные документы*, S. 306; В.И. Ленин, „Проект резолюции об украинской партии боротбистов“ und „Замечания к резолюции исполнительного комитета коммунистического Интернационала по вопросу о боротбистах“ [„Entwurf einer Resolution über die ukrainische borotbistische Partei“ und „Bemerkungen zur Resolution des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale über die Borotbisten“], *Полное собрание сочинений т. 40 [Vollständige Werke Bd. 40]*, Moskau: Политиздат 1974, S. 122, 152.
- 30** Die Umstände und der Ablauf der Selbstauflösung der borotbistischen Ukrainischen Kommunistischen Partei wurden von Д.В Стаценко untersucht, „Самоліквідація осередків Української комуністичної партії (боротбистів) у 1920-му році (на прикладі Полтавщини)“ [„Selbstliquidation der Ukrainischen Kommunistischen Partei (Borotbisten) im Jahr 1920 (am Beispiel des Gebiets Poltawa)“], *Історична пам’ять. Науковий збірник* t. 29, 2013, S. 58–70.
- 31** Lenin, „IX. Parteitag der KPR(B). Schlusswort zum Bericht des Zentralkomitees, 30. März [1920]“, LW 30, S. 463.
- 32** Dies sind die Worte von Mykola Skrypnyk, einem der wichtigsten Führer der ukrainischen Bolschewiki. *Дванадцятий съезд РКП(б). 17-25 апреля 1923 года. Стенографический отчет [Zwölfter Parteitag der KPR(b). 17.–25. April 1923. Wortprotokoll]*, Moskau: Политиздат 1968, S. 571–572.
- 33** Г. Чернявский, М. Станчев, М. Тортика (Лобанова), *Жизненный путь Христиана Раковского. 1873–1941. Европензм и большевизм: неоконченная дуэль [Der Lebensweg von Christian Rakowski. 1873–1941. Europäismus und Bolschewismus: ein un abgeschlossenes Duell]*, Moskau: Центрполиграф 2014, S. 165–191.
- 34** Die genaueste Analyse dieses Ereignisses lieferte A. Graziosi, „Les famines soviétiques de 1931–1933 et le Holodomor ukrainien. Une nouvelle interprétation est-elle possible et quelles en seraient les conséquences?“, *Cahiers du monde russe* Jg. 46, Nr. 3, 2005, S. 453–472.
- 35** Vgl. Z.M. Kowalewski, „Ouvriers et bureaucrates. Comment les rapports d’exploitation se sont formés et ont fonctionné dans le bloc soviétique“, *Inprecor* Nr. 685/686, Mai-Juni 2021, S. 35–61.
- 36** Vgl. D. Logan [d. i. Jean van Heijenoort], „L’explosion de l’impérialisme bureaucratique“, *Quatrième Internationale* Februar 1946, S. 5–10.
- 37** Z. Brzezinski, *The Grand Chessboard. American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*, New York: Basic Books 1997, S. 88, 82. [Dt.: *Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, Weinheim/Berlin: Beltz Quadriga 1997, S. 132, 74, 75.]

EIN SOZIAL- DEMOKRATISCHES DILEMMA

Im Mai dieses Jahres hat die schwedische Regierung zusammen mit Finnland einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NATO gestellt. Ist dies nun das Ende der seit 200 Jahren dauernden Neutralität Schwedens? Oder ist es vielmehr die natürliche Folge einer immer engeren Zusammenarbeit, die sich seit mehr als einem halben Jahrhundert entwickelt hat? **Kjell Östberg**

Seit den 1950er Jahren pflegt Schweden engen Kontakt mit der NATO. Während des Kalten Kriegs stand die sozialdemokratische Regierung ideologisch auf der Seite des Westens, aber es gab auch eine intensive militärische Zusammenarbeit. Flughäfen wurden so umgebaut, dass auch amerikanische Bomber sie nutzen konnten, und Schweden führte gemeinsam mit der NATO eine umfassende elektronische Überwachung der Sowjetunion durch. Sowohl für Washington als auch für Moskau war Schweden das (heimliche) 17. NATO-Mitglied. Nach dem Fall der Mauer hat sich die Zusammenarbeit vertieft und gestaltet sich heute recht unverblümt. Schweden beteiligt sich regelmäßig an NATO-Manövern, die auch in Schweden durchgeführt werden und schwedische Soldaten haben unter NATO-Kommando in Afghanistan gekämpft.

Gleichzeitig war es ein wesentlicher Bestandteil des sozialdemokratischen Selbstverständnisses, dass Schweden ein Land außerhalb von Militärbündnissen bleiben und als Friedensvermittler und Brückenbauer zwischen internationalen Blöcken fungieren soll. Ein formeller Beitritt zur NATO wurde entschlossen abgelehnt. „Während meiner Amtszeit als Verteidigungsminister wird es dazu nicht kommen“, erklärte der zuständige Minister noch auf dem Parteitag im Herbst vergangenen Jahres.

Auch mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine hat sich die Haltung der Sozialdemokraten zunächst nicht geändert. Noch zwei Wochen nach dem russischen Angriff lehnte es Ministerpräsidentin Magdalena Andersson ab,

das Thema zu diskutieren. Ein schwedischer Beitritt könne das sicherheitspolitische Gleichgewicht in Nordeuropa destabilisieren, sagte sie. Zwei Monate später hatten die Sozialdemokrat*innen ihre Meinung ins Gegenteil verkehrt.

Was war geschehen?

Wie in vielen anderen Ländern bekam mit dem Krieg in der Ukraine die Forderung nach mehr Rüstung gewaltigen Auftrieb. In Schweden einigten sich alle Parteien – von links bis rechts – darauf, die Militärausgaben rasch auf zwei Prozent des BIP zu erhöhen, d. h. auf das Niveau, das die NATO von ihren Mitgliedsländern verlangt. Schweden lieferte auch Waffen an die Ukraine.

Gleichzeitig starteten die bürgerlichen Parteien eine intensive Kampagne für einen schwedischen NATO-Beitritt. Es gibt eine Reihe von Indizien dafür, dass dies der unmittelbare Grund für die sozialdemokratische Regierung war, ihre Position zu überdenken. Im September finden in Schweden Parlamentswahlen statt. Die Sozialdemokraten haben sich, nicht ohne Erfolg, dafür entschieden, ihre Politik in mehreren wichtigen Fragen den Positionen der rechten Parteien anzupassen. Dies gilt zum Beispiel für eine härtere Politik der Inneren Sicherheit und eine strengere Politik gegenüber Einwanderungen. Um zu vermeiden, dass die NATO-Frage in der aufgebrachtten Stimmung den Wahlsieg gefährdet, hat sich die Parteiführung auch hier für eine Anpassung an die Politik der Rechten entschieden.

Gibt es eine Grundlage für eine solche Schlussfolgerung?

Das große demokratische Problem ist, dass wir es nicht wissen. Der ganze dramatische Prozess, bei dem „wir eine Ära verlassen und in eine andere kommen“, um die Ministerpräsidentin zu zitieren, hat stattgefunden, ohne dass die Parteimitglieder, geschweige denn die Bürger*innen, eine Vorstellung davon hatten, wie diese Positionsänderung ablief.

Die öffentliche Debatte war äußerst dürftig. Die sozialdemokratische Führung hat sich mehr als einen Monat lang geweigert, ihre Position darzulegen, obwohl es allerlei Hinweise dafür gab, dass sie sich bereits entschieden hatte.

Ein parlamentarischer Ausschuss wurde eingesetzt, um eine Entscheidungsgrundlage zu erarbeiten. In kürzester Zeit legte dieser einen dünnen 42-seitigen Bericht vor, der im Wesentlichen nur die Argumente für einen NATO-Beitritt hervorhob und es vermied, die Probleme

me zu erörtern, die sich aus einer solchen Entscheidung ergeben könnten – etwa die Folgen einer Zusammenarbeit mit demokratisch zweifelhaften Ländern wie der Türkei oder Ungarn. Dies sollte sich nur wenige Wochen später als unheilvoll erweisen.

Für die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei gab es keine wirkliche Gelegenheit, die drastisch veränderte Haltung zur NATO zu diskutieren, die Parteiführung beriet sich nur mit den Landesvorständen. Der Beschluss des Parteivorstandes war nicht einstimmig, der Jugendverband, die Union der Studierenden und die Frauenunion stimmten dagegen.

Die vier bürgerlichen Parteien waren alle seit jeher Befürworter der NATO. Die rechtsnationalistischen und populistischen Schwedendemokraten änderten wie die Sozialdemokraten im Frühjahr ihre Position und unterstützen jetzt ebenfalls den NATO-Beitritt.

Die Grünen und die Linkspartei blieben bei ihrer Ablehnung, wobei ein Hauptargument der Grünen war, dass die Entscheidung zu schnell getroffen wurde. Die Linkspartei forderte ein Referendum.

Es ist festzuhalten, dass die Linkspartei ohne Einwände die Entscheidung für eine starke militärische Aufrüstung unterstützt hat. In Sachen Rüstungshilfe für die Ukraine beschloss die Mehrheit des Parteivorstandes zunächst, das abzulehnen. Diese Entscheidung wurde allerdings von der Parteivorsitzenden und der Gruppe um sie herum sabotiert: Sie zwangen den Vorstand unter versteckten Rücktrittsdrohungen, die Entscheidung zu überdenken.

Traditionell gab es in der schwedischen Bevölkerung nie eine Mehrheit für einen NATO-Beitritt. Bei den Sozialdemokraten war die Opposition bisher immer groß. Unter dem Druck des Krieges und einer weitgehend geeinten politischen Elite, die von den Massenmedien unterstützt wird, stieg die Unterstützung. Mitte Mai zeigten Meinungsumfragen, dass etwa 55 Prozent der Bevölkerung für den Beitritt waren. So wie es aussieht, lag bei den Sozialdemokrat*innen der Anteil der Befürworter*innen immer noch unter 50 Prozent.

Schweden und Finnland haben bei ihren Anträgen eng zusammengearbeitet und große Anstrengungen unternommen, um die Entscheidung bei der NATO-Spitze und den wichtigsten NATO-Ländern zu verankern. Ihnen wurde daraufhin ein schnelles Verfahren versprochen.

Diese Hoffnungen wurden allerdings umgehend von der Türkei torpediert, die eine Reihe von Forderungen an Schweden und Finnland stellte, die im Wesentlichen mit der Kurdenfrage in Verbindung stehen. Insbesondere

Schweden wird beschuldigt, den „kurdischen Terrorismus“ zu unterstützen, und Erdoğan fordert, dass Schweden seine Unterstützung für Gruppen wie die YPG/YPJ einstellt und Kurd*innen ausliefert, die in Schweden Asyl gefunden haben. Außerdem geht es um ein Waffenembargo, das Schweden gegen die Türkei verhängt hat.

Die schwedische Regierung unternimmt große Anstrengungen, um Erdoğan zu besänftigen, und versichert ihm, Schweden freue sich auf eine enge Zusammenarbeit mit der Türkei. So ist anzunehmen, dass die Waffenexporte wieder aufgenommen werden. Das Übergehen des Schutzrechts von Kurd*innen in Schweden können wir ausschließen. Gleichzeitig allerdings ist festzustellen, dass Beamte der schwedischen Sicherheitspolizei die Regierungsdelegation nach Ankara begleitet haben, was auf eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der türkischen Polizei hindeutet.

Die Frage der schwedischen Unterstützung für kurdische Befreiungsorganisationen hat in der ersten Juniwoche an Aktualität gewonnen. Die sozialdemokratische Einparteiregierung wird im Parlament von der Linkspartei, den Grünen und der bürgerlichen Zentrumsparterie unterstützt. Die Opposition besteht aus der konservativen Moderaten Sammlungspartei, den Christdemokraten, den Liberalen und den rechtspopulistischen Schwedendemokraten, die ihre Wurzeln in rassistischen und nazistischen Organisationen haben. Beide Blöcke verfügen über jeweils 174 Sitze. Als die derzeitige Regierung im November 2021 ihr Amt antrat, war die Unterstützung einer iranischen Kurdin, Amineh Kakabavehs, entscheidend.

Kakabaveh wurde für die Linkspartei ins Parlament gewählt, hat aber inzwischen [2019] mit ihrer Parteigruppe gebrochen. Um ihre Stimme einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten zu geben, wurde ihr versprochen, dass die Regierung ihre Zusammenarbeit mit kurdischen Organisationen wie der PYD und der YPG/YPJ in Syrien vertiefen werde. Auch bekundete die Regierung die Unterstützung für die türkische HDP und forderte die Freilassung des Parteivorsitzenden Selahattin Demirtaş.

Die Befürchtung, dass die schwedische Regierung den Forderungen Erdoğan's nachgibt, die Zusammenarbeit mit kurdischen Organisationen abubrechen, um einen NATO-Beitritt nicht zu gefährden, war groß.

Als die rechte Opposition kürzlich ein Misstrauensvotum gegen den Justizminister forderte, was den Rücktritt der Regierung zur Folge gehabt hätte, sah Kakabaveh ihre Chance, die ihr gegebene Zusage zu erneuern. Um die Regierung nicht zu stürzen, verlangte sie, dass die Regierung erklärt, dass sie sich an die Vereinbarung zur weiteren

Zusammenarbeit mit den kurdischen Organisationen in Syrien hält. Nach einem ausgedehnten politischen Gezerre wurden ihre Forderungen erfüllt.

Welche Folgen dies für die Fortsetzung der schwedischen NATO-Verhandlungen haben wird, ist heute noch nicht abzusehen. Für Erdoğan wird es natürlich eine weitere Gelegenheit sein, die schwedischen Kontakte zu „kurdischen Terroristen“ und sogar die Abhängigkeit von einer kurdischen sozialistischen Aktivistin aufzuzeigen. Gleichzeitig erhöht sich für die NATO-kritische schwedische Öffentlichkeit die Chance, aufzuzeigen, dass eine schwedische NATO-Mitgliedschaft eine Anpassung an autoritäre Regime bedeutet, was insbesondere für die sozialdemokratische Partei, deren Unterstützung für den Antrag eh schon fragil war, problematisch sein dürfte.

■ **Kjell Östberg** ist Professor am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Södertörn und Mitglied von „Socialistisk Politik“ (schwedische Sektion der Vierten Internationale)

■ *Übersetzung: Jakob S.*

ALTERNATIVE ZUR INTERVENTION DER NATO IN DER UKRAINE

Die Hoffnung liegt auf den von der NATO unabhängigen Anti-Kriegsbewegungen in Russland und im Westen sowie auf dem ukrainischen Widerstand. **Charlie Kimber**

„Wenn du nicht willst, dass die NATO ihre Macht und ihre Waffen benutzt, wie willst du dann die Russen stoppen? Du lässt die Mörder gewinnen.“ Mit dieser Frage dürfte jeder, der gegen eine westliche Eskalation in der Ukraine ist, bereits mehr als einmal konfrontiert worden sein. Dabei handelt es sich um ein echtes Problem angesichts der

blutigen Realität russischer Angriffe auf Kiew, Charkiw, Mariupol und andere Orte.

Die erste und wichtigste Antwort ist, dass auch dieser unbestreitbare, von Wladimir Putins Invasion ausgelöste Horror kein Grund ist, die Situation in einen noch entsetzlicheren Krieg zu eskalieren. Immer aggressiver werdende Forderungen der NATO sowie ihre Waffenlieferungen drohen den Weg zu einem noch größeren Konflikt zu bereiten, in dem dann möglicherweise auch Atomwaffen zum Einsatz kämen.

Im Juli 1939, kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, sagte der russische Revolutionär Leo Trotzki: „Die Programme der aktuellen Regierungen wirken wie das Spiel von Kindern am steilen Hang eines Vulkans, der in Kürze ausbrechen wird.“ Dieser Ausspruch hallt jetzt durch Europa und die ganze Welt. Täglich gibt es Hinweise darauf, wie durch den Krieg noch mehr Grauen ausgelöst werden kann.

Jens Stoltenberg, Generalsekretär der NATO, warnte Russland, dass Angriffe auf in die Ukraine führende Versorgungslinien des Westens eine Eskalation bedeuten würden. „Putin will weniger NATO, jetzt bekommt er mehr NATO!“, fügte Stoltenberg hinzu. Putins Sprecher Dimitri Peskow verlautbarte, (noch in der Überlegung befindliche) Pläne, die Ukraine mit polnischen MiG-Kampfflugzeugen zu beliefern, würden ein „sehr unerwünschtes und potenziell gefährliches Szenario darstellen“.

Doch das Argument, die Sache nicht noch zu verschlimmern, ist nicht die ganze Antwort. Wir wollen natürlich, dass Putin scheitert und gestürzt wird, aber dabei kommt es auf die Art und Weise an, wie dies geschieht.

Es ist kein Sieg, wenn damit nur die Macht des amerikanischen Imperialismus noch weiter zementiert wird, der eine solch mörderische Kraft war – und immer noch ist. Wir wollen kein Ergebnis, das noch mehr Blutbäder nach sich zieht, wie es bei den amerikanischen Kriegen in Afghanistan und im Irak der Fall war. Die Unterstützung der Ukraine durch US-amerikanischen Imperialismus wird die Unabhängigkeit dieses Landes nicht verteidigen. Die amerikanische Unterstützung der kurdischen Streitkräfte in Syrien zum Beispiel hat keine Befreiung gebracht. Der Grund dafür ist, dass das Hauptaugenmerk der USA darauf liegt, die eigenen imperialistischen Interessen, und nicht die Freiheit zu fördern. Dafür unterstützen sie lokale Streitkräfte nur, um sie später einfach wieder fallen zu lassen.

Eine zentrale Bedeutung für einen positiven Ausgang kommt der russischen Anti-Kriegsbewegung zu, die wachen und den Hass auf den Krieg mit allen anderen Berei-

chen der Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse kombinieren muss. Trotz schwerster Unterdrückungsmaßnahmen sind Zehntausende von Menschen auf die Straße gegangen, um Putins Krieg zu verurteilen. Wie hoch der Mobilisierungsgrad ist, zeigen die 14 000 Verhaftungen, die bis Freitagnachmittag vorgenommen wurden.

Wie sich die Demonstrationen genau entwickeln werden, ist unmöglich vorherzusagen. Sozialist*innen in Russland haben mit Nachdruck über die Notwendigkeit geschrieben, „in die Proteste revolutionäre Parolen und Forderungen“ hineinzutragen. Außerdem müsse darauf hingearbeitet werden, dass „die Unzufriedenen den Krieg nicht nur stoppen, sondern aus dem imperialistischen Krieg einen Klassenkrieg machen“. Irgendwann könne dann der Moment kommen, an dem die Angst die Seiten wechselt, wenn nämlich Polizisten und Richter plötzlich genau die fürchten, die von ihnen bisher verprügelt und ins Gefängnis gesteckt wurden. Die gegen den Krieg Protestierenden lassen sich definitiv nicht länger einschüchtern.

So wie einer der Demonstranten in St. Petersburg vor kurzem schrieb: „Trotz all der Einschüchterungsmaßnahmen sind heute viele Menschen auf die Straßen gegangen! Das hatte ich, ehrlich gesagt, wirklich nicht erwartet. Als ich die Fotos und Videos der Demonstranten in Isakia und auf dem Newski-Prospekt sah, konnte ich gar nicht mehr aufhören zu lächeln. Ich konnte leichter atmen! All die Versuche der Staatspropaganda, uns Angst einzujagen, wirkten einfach lächerlich klein im Vergleich zu den reinen Herzen und der Furchtlosigkeit der Demonstranten.“ Würden Millionen protestieren, wäre das das Ende von Putins Kriegstreiberei. Und auch wenn Proteste noch keine Kriege beendet haben, so können sie sie zumindest eindämmen.

Nun mag der Westen zwar behaupten, Aufstände gegen Putin wären für ihn ein Grund zum Feiern, in Wirklichkeit sind diese Revolten jedoch auch für den Westen eine Herausforderung, da mit ihnen generell die Ablehnung wächst, imperialistische Metzeleien zu unterstützen. Auf dieselbe Weise wurden 1917 die russischen Proteste gegen den ersten Weltkrieg von deutschen Generälen voller Schadenfreude verfolgt. Doch dann befeuerte die Anti-Kriegsstimmung auch in ihrem eigenen Land eine Revolution.

Und es ist nicht einfach nur Anti-Kriegsagitiation, die Putin schaden kann. Letzte Woche konnte man ein leuchtendes Beispiel für das Potenzial sehen, das Arbeitskämpfe in einem Betrieb entfalten können. Einige Arbeiter der großen Gemont-Fabrik in Nischnekamsk streikten. Diese Arbeiter sind in der Mehrzahl türkische Migranten, deren Löhne an den Wechselkurs von Dollar und Rubel gebun-

den sind. Infolge des Absturzes des Rubels brachen auch ihre Löhne ein, also beschlossen sie zu streiken.

Laut der russischen Zeitung *Business Gazeta* (BUSINESS Gasete) machten die Bosse dort dem Streik dann nicht etwa mit Gewalt ein Ende, sondern erklärten sich umgehend bereit, die Arbeiter*innen wenigstens zum Teil für ihre Verluste zu entschädigen. Das könnte auf ein gewisses Widerstreben hindeuten, sich in einer Zeit, in der sich bereits Unzufriedenheit aufgrund des Krieges breitmacht, auf Klassenkämpfe einzulassen.

Es gibt Mut machende historische Beispiele für das, was geschieht, wenn russische Machthaber Kriege verlieren. Die Niederlage im russisch-japanischen Krieg führte zur Revolution von 1905. Die niederschmetternden Rückschläge im ersten Weltkrieg befeuerten die Februar-Revolution 1917. Die Niederlage in Afghanistan in den 1980er-Jahren war eine der Ursachen, die zur Schwächung der Sowjetunion und zur Ermutigung zu den Aufständen im Jahr 1989 gegen die osteuropäischen Diktaturen beitrugen.

Ein wichtiger Faktor in all diesen Beispielen war Unzufriedenheit in den Streitkräften, die sich auch bis zur Meuterei steigern konnte. Natürlich sollte man den bruchstückhaften Meldungen während eines Krieges nicht unbesehen Glauben schenken, allerdings wird immer wieder von russischen Soldaten, vor allem von Wehrpflichtigen berichtet, die in der Ukraine nicht mehr weiterkämpfen wollen, ihre eigenen Fahrzeuge sabotieren und ihren Familien von dem Grauen erzählen, das sie dort erleben.

In derselben Weise, in der sich das amerikanische Militär im Vietnamkrieg einer Rebellion erwehren musste, kann eine wachsende Unzufriedenheit fatale Auswirkungen auf die russische Invasion in der Ukraine haben. Das würde Putin zutiefst erschüttern, aber keine Verbindung mit irgendwelchen NATO-Manövern nahelegen.

Und was geschieht in der Ukraine selbst? Wir heben die Art der Proteste hervor, die wir in Cherson und anderen besetzten Gebieten gesehen haben. Hier stellen sich Massen ganz gewöhnlicher Menschen den russischen Soldaten, diskutieren mit ihnen und verbrüdern sich auch mit ihnen, alles mit dem Ziel, diese Soldaten gegen den Krieg zu beeinflussen.

Solch eine Opposition, gänzlich außerhalb der Kontrolle durch die NATO und unabhängig von NATO-Waffen, wird auf längere Sicht entscheidend sein, selbst wenn Russland eine wie auch immer geartete militärische Eroberung gelingen sollte. Während der US-amerikanische Imperialismus keine wirkliche Unabhängigkeit bringen kann, kann die Befreiung von unten hingegen gelingen.

Aufgeblasener Imperialismus hat seine üble Macht häufig genutzt, um schwächere Gegner zu besiegen. Doch dann sah er sich genauso häufig jahrelangem Widerstand auf niedriger Stufe gegenüber, der ihm demütigende Verluste zufügte. Genau das passierte Frankreich in Algerien von 1954–62, den USA und Großbritannien im Irak nach der Invasion von 2003 und Russland in Afghanistan.

Werfen wir zum Schluss noch einen Blick auf die Rolle der Anti-Kriegsbewegung in den NATO-Ländern. Jeder Demonstrationmarsch und jede Protestveranstaltung, jede Verbindung mit einem Klassenkampf auf breiterer Ebene machen es den USA schwerer, ihre Kontrolle auszubauen und die Ukraine zu einem Vasallenstaat zu machen. Dies wiederum erlegt uns eine Verantwortung auf, für solch einen Aufstand zu agitieren und uns zu organisieren.

Diese vier Faktoren – Russlands Anti-Kriegsbewegung, Meuterei im Militär, ukrainischer Widerstand von unten, Anti-Kriegsagitation in den NATO-Ländern – sind unsere positive Alternative zu einer Involvierung der NATO. Und in dieser Kombination könnte der Krieg als Vorläufer für eine Revolte gegen all die herrschenden Klassen, die jetzt die Kämpfe intensivieren, genutzt werden.

Der aus Trinidad stammende Marxist CLR James war ein überzeugter Anti-Imperialist, der Italiens Invasion in Äthiopien im Jahr 1935 verurteilte. Aber er machte sehr klar, dass das nicht bedeutete, sich auf die Seite anderer Imperialisten zu schlagen, nur um die Italiener zurückzutreiben. James schrieb: „Lasst uns nicht nur gegen den italienischen Imperialismus kämpfen, sondern auch gegen die anderen Räuber und Unterdrücker, gegen den französischen und den britischen Imperialismus. Lasst euch nicht von ihnen vereinnahmen. In den Dunstkreis imperialistischer Politik zu geraten, bedeutet, von dessen Gestank krank zu werden, in einem Morast aus Lügen und Heuchelei zu ersticken.“

Arbeiter*innen von Großbritannien, Bauern, Bäuerinnen und Arbeiter*innen von Afrika, haltet euch fern von den Imperialisten und ihren Bündnissen, Abkommen und Sanktionen. Seid nicht der Fliegenköder in ihrem Spinnennetz.

Lasst uns jetzt wie schon immer für unabhängige Organisation und unabhängige Aktion kämpfen.“

Diese Geisteshaltung sollte uns auch heute inspirieren.

Aus: *Socialist Worker* 13.03.2022

■ Übersetzung: A. H.

„DER KAMPF GEGEN IMPERIALISMUS UND KRIEG“

Redaktionelle Vorbemerkung: Internationale Sozialistinnen und Sozialisten sind, wie Ernest Mandel zu sagen pflegte, „ganz bescheidene Leute mit ganz bescheidenen Zielen“.

„Von den tausend Problemen, mit denen sich die Menschen seit ihrem Bestehen konfrontiert sehen“, wollen sie laut Mandel „kaum ein halbes Dutzend lösen:

Hunger, Elend, Mangel an lebenswichtigen Gütern weltweit aufheben;

Warenproduktion und Geldwirtschaft durch eine auf unmittelbare Bedürfnisbefriedigung aufgebaute Wirtschaft ersetzen;

Krieg und massenhafte Anwendung von Gewalt unmöglich machen;

jegliche Form von Ausbeutung, Unterdrückung, Knechtung, Vergewaltigung des Menschen durch den Menschen beseitigen;

die Trennung der Gesellschaft in Klassen, und damit auch ihre Trennung in Produzenten und Verwalter, das Privateigentum, das auf private Bereicherung ausgerichtete Konkurrenzstreben, und die ihnen entsprechende Aufspaltung der Menschheit in einander bekämpfende Nationalstaaten aufheben in einem System weltweiter gesamt menschlicher Kooperation und Solidarität; jeder Frau, jedem Mann, jedem Kind die materiellen und gesellschaftlichen Voraussetzungen

für die volle Verwirklichung ihrer menschlichen Möglichkeiten sichern [und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen durchsetzen].”

Dies sind knapp zusammengefasst die grundlegenden Positionen unserer weltweiten Organisation, der IV. Internationale. Sie wurde formell am 5. September 1938 in Périgny bei Paris gegründet.

Die anwesenden Delegierten befürworteten damals auch die Annahme eines im Wesentlichen von Leo Trotzki verfassten „Übergangsprogramms“. Es beruht auf dem durch vielfältige soziale und politische Erfahrungen beruhenden Wissen, dass nur konsequent handelnde Massenbewegungen grundlegende Veränderungen durchsetzen können.

In dem folgenden Auszug aus dem „Übergangsprogramm“ wird der „Kampf gegen Imperialismus und Krieg“ thematisiert.

[...] Wir sind [...] überzeugt davon, dass uns die Kenntnis dieses grundsätzlichen Textes und die kritische Auseinandersetzung mit ihm bei der Suche nach aktuellen Antworten auf den Ukraine-Krieg und die Kriegstreiber in Ost und West weiterhilft.

W. A., 24. April 2022

Aus: Theoriebeilage zu *Avanti*², Nr. 93 von Mai 2022.

DER KAMPF GEGEN IMPERIALISMUS UND KRIEG

Aus dem Übergangsprogramm der IV. Internationale

Die gesamte Weltlage und demzufolge auch das innere politische Leben der einzelnen Länder stehen unter der Drohung des Weltkriegs. Die bevorstehende Katastrophe erfüllt schon den allergrößten Teil der Menschheit mit Angst.

Die II. Internationale wiederholt ihre verräterische Politik von 1914 mit umso größerer Dreistigkeit, als jetzt die Komintern [die „Kommunistische“ Internationale] die erste Geige des Chauvinismus spielt. Kaum hatte die Kriegsgefahr eine konkrete Gestalt angenommen, machten sich die Stalinisten zu den eifrigsten Verfechtern der sogenannten „nationalen Verteidigung“ und ließen dabei die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Pazifisten weit hinter sich. Von dieser Politik nehmen sie nur die faschistischen Länder aus, d. h. diejenigen Länder, wo sie selbst überhaupt keine Rolle spielen. Der revolutionäre Kampf gegen den Krieg ruht somit alleine auf den Schultern der IV. Internationale.

Die Politik der Bolschewiki-Leninisten in dieser Frage, die in den programmatischen Thesen des Internationalen Sekretariats formuliert worden ist, besitzen noch heute ihre volle Gültigkeit (*Die 4. Internationale und der Krieg*, Brüssel 1934). Der Erfolg einer revolutionären Partei wird in der nächsten Periode vor allem von ihrer Politik in der Kriegsfrage abhängen. Eine korrekte Politik umfaßt zwei Elemente: eine unversöhnliche Haltung gegenüber dem Imperialismus und seinen Kriegen und die Fähigkeit, sich auf die Erfahrung der Massen selbst zu stützen.

Die Bourgeoisie und ihre Agenten benutzen die Kriegsfrage mehr als jedes andere Problem, um das Volk mit Hilfe von Abstraktionen, allgemeinen Formeln und pathetischen Phrasen zu betrügen: „Neutralität“, „kollektive Sicherheit“, „Kampf gegen den Faschismus“ usw. Alle diese Formeln laufen darauf hinaus, daß letztlich die

Entscheidung über Krieg und Frieden, d. h. das Schicksal der Völker, in den Händen der Imperialisten bleibt, ihrer Regierungen, ihrer Diplomatie, ihrer Generäle mit all ihren Intrigen und Geheimplänen gegen die Völker.

Die IV. Internationale weist mit Abscheu all diese Abstraktionen zurück, die im demokratischen Lager die gleiche Rolle spielen wie „Ehre“, „Blut“, „Rasse“ im faschistischen. Aber Abscheu genügt nicht. Mit Hilfe eindeutiger Kriterien, Parolen und Übergangsforderungen muß den Massen geholfen werden, den konkreten Kern dieser betrügerischen Abstraktionen zu erkennen.

„*Abrüstung*“? Aber alles dreht sich um die Frage, wer wen abrüstet. Die einzige Form der Abrüstung, die den Krieg verhindern oder beenden kann, ist die Entwaffnung der Bourgeoisie durch die Arbeiter. Aber um die Bourgeoisie zu entwaffnen, müssen sich die Arbeiter selbst bewaffnen.

„*Neutralität*“? Aber das Proletariat ist auf keinen Fall neutral in einem Krieg zwischen Japan und China oder zwischen Deutschland und der UdSSR. Bedeutet das die Verteidigung Chinas und der UdSSR? Selbstverständlich! Aber nicht durch die Vermittlung der Imperialisten, die sowohl China als auch die UdSSR erdrosseln würden.

„*Verteidigung des Vaterlandes*“? Aber unter dieser Abstraktion versteht die Bourgeoisie die Verteidigung ihrer Profite und Plünderungen. Wir sind dazu bereit, das Vaterland gegen die ausländischen Kapitalisten zu verteidigen, wenn wir zuvor unseren eigenen Kapitalisten die Hände gebunden haben und sie daran hindern, das Vaterland anderer anzugreifen; wenn die Arbeiter und Bauern unseres Landes seine wirklichen Herren werden; wenn die Reichtümer des Landes aus den Händen einer verschwindenden Minderheit in die Hände des Volkes übergehen; wenn die Armee statt einer Waffe der Ausbeuter zu einer Waffe der Ausgebeuteten wird.

Man muß diese Grundideen in einzelne konkretere und detailliertere Gedanken übersetzen, je nach dem Verlauf der Ereignisse sowie der Bewußtseinsentwicklung der Massen. Außerdem muß man streng unterscheiden zwischen dem Pazifismus eines Diplomaten, Professors oder Journalisten und dem Pazifismus eines Zimmermanns, Landarbeiters oder einer Putzfrau. Im ersten Fall ist der Pazifismus nichts anderes als eine Tarnung des Imperialismus; im zweiten der unklare Ausdruck des Mißtrauens gegenüber dem Imperialismus. Wenn ein Kleinbauer oder Arbeiter von der Verteidigung des Vaterlandes spricht, denkt er dabei an die Verteidigung seines Hauses, seiner Familie und anderer ähnlicher Familien gegen Invasion, Bomben

und Giftgas. Der Kapitalist und sein Journalist verstehen unter Verteidigung des Vaterlandes die Eroberung von Kolonien und Märkten, die räuberische Vergrößerung des „nationalen“ Anteils am Welteinkommen. Bürgerlicher Pazifismus und Patriotismus sind reiner Betrug. Im Pazifismus und selbst im Patriotismus der Unterdrückten sind Elemente enthalten, die einerseits den Haß gegen den zerstörerischen Krieg und andererseits ein Festhalten an dem vermeintlichen eigenen Wohl ausdrücken, Elemente, die man verstehen können muß, um daraus die notwendigen revolutionären Konsequenzen zu ziehen. Man muß diese beiden Formen des Pazifismus und des Patriotismus einander gegenüber stellen.

Ausgehend von diesen Überlegungen unterstützt die IV. Internationale jede, selbst eine unzureichende Forderung, wenn sie geeignet ist, in einem bestimmten Maß die Massen in aktive Politik einzubeziehen, ihre Kritik zu wecken und ihre Kontrolle über die Machenschaften der Bourgeoisie zu stärken.

In diesem Sinne unterstützt unsere amerikanische Sektion zum Beispiel kritisch den Vorschlag, einen Volksentscheid über die Frage der Kriegserklärung durchzuführen. Keine demokratische Reform an sich kann selbstverständlich die Herrschenden daran hindern, einen Krieg vom Zaun zu brechen, wann immer sie wollen. Davor muß man offen warnen. Aber welche Illusionen auch die Massen bezüglich des Volksentscheids haben mögen, diese Forderung spiegelt das Mißtrauen der Arbeiter und der Bauern gegenüber der bürgerlichen Regierung und dem Kongreß wider. Ohne diese Illusionen zu unterstützen oder über sie hinwegzusehen, muß man mit allen Kräften das wachsende Mißtrauen der Unterdrückten gegen die Unterdrücker stärken. Je mächtiger sich die Bewegung für den Volksentscheid entwickelt, umso schneller werden sich von ihr die bürgerlichen Pazifisten trennen, um so eindeutiger werden sich die Verräter der Komintern bloßgestellt sehen und umso stärker wird das Mißtrauen gegen die Imperialisten sein.

Vom gleichen Gesichtspunkt aus muß die Forderung nach dem Wahlrecht für Männer und Frauen ab 18 Jahren erhoben werden. Wen man morgen dazu ruft, für das „Vaterland“ zu sterben, der muß heute das Recht haben, seine Stimme abzugeben. Der Kampf gegen den Krieg muß zu allererst mit der *revolutionären Mobilisierung der Jugend* beginnen.

Man muß das Problem des Krieges von allen Seiten beleuchten, dabei aber immer den Aspekt herausstellen, mit dem sich die Massen jeweils konfrontiert sehen.

Der Krieg ist ein gigantisches kommerzielles Unternehmen, vor allem für die Rüstungsindustrie. Deshalb sind die „60 Familien“ die hervorragendsten Patrioten und die Hauptkriegstreiber. Die *Arbeiterkontrolle über die Kriegsindustrie* ist der erste Schritt im Kampf gegen die „Fabrikanten“ des Krieges.

Der Losung der Reformisten nach Besteuerung der Kriegsgewinne setzten wir die Losung entgegen: *Beschlagnahme der Kriegsgewinne* und *Enteignung der Rüstungsindustrie*. Wo die Rüstungsindustrie – wie in Frankreich – bereits „nationalisiert“ ist, behält die Losung der Arbeiterkontrolle ihre volle Geltung. Das Proletariat vertraut dem bürgerlichen Staat der Bourgeoisie ebensowenig wie dem einzelnen Kapitalisten.

- Keinen Mann und keinen Groschen für die bürgerliche Regierung!
- Kein Aufrüstungsprogramm, sondern ein Programm gemeinnütziger öffentlicher Arbeiten!
- Vollkommene Unabhängigkeit der Arbeiterorganisationen von militärischer und polizeilicher Kontrolle!
- Die Entscheidung über das Schicksal der Völker muß ein für alle Mal den Händen der raubgierigen und unerbittlichen imperialistischen Cliquen entrissen werden, die hinter dem Rücken der Völker ihre Pläne schmieden.

In Übereinstimmung damit fordern wir:

- Vollständige Abschaffung der Geheimdiplomatie; alle Verträge und Übereinkünfte müssen jedem Arbeiter und Bauern zugänglich sein.
- Militärische Ausbildung und Bewaffnung der Arbeiter und Bauern unter der unmittelbaren Kontrolle der Arbeiter- und Bauernkomitees.
- Schaffung von Militärschulen für die Ausbildung von Offizieren aus den Reihen der Werktätigen, die von den Arbeiterorganisationen gewählt werden.
- Ersetzung des stehenden Heeres durch eine untrennbar mit den Betrieben, Bergwerken, Bauernhöfen usw. verbundenen *Volksmiliz*.

Der imperialistische Krieg ist die Fortsetzung und Verschärfung der Raubpolitik der Bourgeoisie. Der Kampf des Proletariats gegen den Krieg ist die Fortsetzung und Verschärfung seines Klassenkampfes. Der Kriegsausbruch verändert die Umstände und zum Teil die Methoden des Kampfes zwischen den Klassen, nicht aber dessen Ziele oder dessen Grundrichtung.

Die imperialistische Bourgeoisie beherrscht die Welt. Deshalb wird der kommende Krieg wesentlich ein imperialistischer Krieg sein. Der fundamentale Inhalt der Politik

des internationalen Proletariats wird folglich der Kampf gegen den Imperialismus und dessen Krieg sein. Das Grundprinzip dieses Kampfes lautet: „*Der Hauptfeind steht im eigenen Land.*“ Oder: „*Die Niederlage der eigenen (imperialistischen) Regierung ist das kleinere Übel.*“

Aber nicht alle Länder der Welt sind imperialistisch. Im Gegenteil, die meisten sind Opfer des Imperialismus. Bestimmte koloniale oder halbkoloniale Länder werden ohne Zweifel versuchen, den Krieg auszunutzen, um das Joch abzuwerfen. Für sie wird der Krieg kein imperialistischer, sondern ein Befreiungskrieg sein. Es wird die Pflicht des internationalen Proletariats sein, unterdrückten Ländern im Krieg gegen die Unterdrücker zu helfen. Dieselbe Pflicht besteht auch gegenüber der Sowjetunion oder jedem anderen Arbeiterstaat, der vor oder während des Krieges entstehen mag. Die Niederlage *jeder* imperialistischen Regierung im Kampf gegen einen Arbeiterstaat oder ein Kolonialland ist das kleinere Übel.

Die Arbeiter eines imperialistischen Landes können jedoch einem antiimperialistischen Land nicht mittels ihrer eigenen Regierung helfen, unabhängig davon, welche diplomatischen und militärischen Beziehungen beide Länder gerade unterhalten. Wenn die Regierungen ein zeitweiliges und der Natur der Sache nach unsicheres Bündnis geschlossen haben, bleibt das Proletariat des imperialistischen Landes in Klassenopposition gegenüber seiner Regierung und unterstützt den nicht-imperialistischen „Verbündeten“ durch *seine eigenen Methoden*, d. h. durch die Methoden des internationalen Klassenkampfes (Agitation nicht nur gegen die verräterischen Verbündeten, sondern auch für einen Arbeiterstaat in dem Kolonialland; Boykott und Streik in bestimmten Fällen, Verzicht auf Streik und Boykott in anderen usw.).

Wenn das Proletariat ein Kolonialland oder die UdSSR im Krieg unterstützt, solidarisiert es sich nicht im geringsten mit der bürgerlichen Regierung des Koloniallandes oder der thermidorianischen Bürokratie in der Sowjetunion. Im Gegenteil, es bewahrt beiden gegenüber seine völlige politische Unabhängigkeit. Indem das revolutionäre Proletariat einen gerechten und fortschrittlichen Krieg unterstützt, erobert es sich die Sympathien der Werktätigen in den Kolonien und in der UdSSR, festigt dort die Autorität und den Einfluß der IV. Internationale und kann umso besser den Sturz der bürgerlichen Regierung im Kolonialland und der reaktionären Bürokratie in der UdSSR fördern.

Am Anfang des Krieges werden die Sektionen der IV. Internationale unvermeidlich isoliert sein: Jeder Krieg

überrascht die Volksmassen und drängt sie an die Seite des Regierungsapparates. Die Internationalisten werden gegen den Strom schwimmen müssen. Doch werden die Verwüstungen und Leiden des neuen Krieges, die schon in den ersten Monaten die blutigen Schrecken von 1914 bis 1918 weit hinter sich lassen werden, die Massen bald ernüchert haben. Die Unzufriedenheit der Massen und ihr Aufruhr wird sprunghaft wachsen. Die Sektionen der IV. Internationale werden an der Spitze der revolutionären Strömung zu finden sein. Das Programm der Übergangsforderungen wird brandaktuell sein. Das Problem der Machteroberung durch das Proletariat wird in seiner ganzen Bedeutung sichtbar werden.

Bevor der Kapitalismus die Menschheit völlig erschöpft oder in Blut ertränkt, wird er die Weltatmosphäre mit den giftigen Dämpfen des Völker- und Rassenhasses verseuchen. Der *Antisemitismus* ist heute eine der bösartigsten Zuckungen im Todeskampf des Kapitalismus.

Die unerbittliche Enthüllung der Wurzeln von Rassenvorurteilen und aller Formen und Schattierungen nationaler Überheblichkeit und des Chauvinismus, insbesondere des Antisemitismus, muß als wichtigster Bestandteil des Kampfes gegen Imperialismus und Krieg in die Tagesarbeit aller Sektionen der IV. Internationale eingehen. Unsere Hauptlosung bleibt: „*Proletarier aller Länder, vereinigt euch!*“

Aus: „Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale (Das Übergangsprogramm)“, in: Wolfgang Alles (Hg.), *Die kommunistische Alternative*, Texte der Linken Opposition und IV. Internationale 1932–1985, Frankfurt a. M. 1989, S. 77 ff.

Wir geben den Text gemäß der damaligen Rechtschreibung und ohne die dortigen Anmerkungen wieder.



Jakob Schäfer


Die Warengesellschaft und die Herausforderung der multiplen Krise



Neuerscheinung

Einband: Paperback
Umfang: 156 Seiten
Format: 15,5 x 22,5
Auflage: 1, NAP 2022
ISBN: 978-3-7003-2247-4
EUR: 17.50

Die Warengesellschaft und die Herausforderung der multiplen Krise

Wenn es noch einer Bestätigung bedurfte, dann hat die Klimakonferenz 2021 (COP 26) erneut belegt, dass sich die bürgerliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung (vulgo: der Kapitalismus) in einer tiefen Krise befindet. Die daraus sich ergebende Herausforderung ist sicher in puncto Klimawandel die größte und drängendste, aber längst nicht die einzige.

Somit stellt sich – nicht nur, aber vor allem den Aktiven in der Klimabewegung – die Frage nach einer Systemalternative.

INFLATION – WELCHE GEGENWEHR?

In den Texten dieses Dossiers geht es zentral um die „Gleitende Lohnskala“ als strategische Orientierung im Kampf gegen die Folgen der Teuerung.

Dabei erläutern wir, was unter der Gleitenden Lohnskala zu verstehen ist und welche Logik damit verknüpft ist. Am Beispiel Italiens wird deutlich, wie sehr die Gleitende Lohnskala den Herrschenden ein Dorn im Auge ist und die Angriffe von Regierenden und Unternehmen Ausdruck klassenpolitischer Kräfteverhältnisse sind.

Ein Text aus Luxemburg zeigt, was die Luxemburger Gewerkschaften zu verteidigen haben und was gleichzeitig für uns eine Orientierung sein sollte. In einer aufschlussreichen Darstellung der Lohnindexierung in Belgien wird deutlich, dass Gleitende Lohnskala nicht gleich Gleitende Lohnskala ist. Auf die konkreten Umsetzungsmechanismen kommt es an, wenn es – vor allem bei hohen Inflationsraten – keine Einkommensverluste geben soll.

Abschließend fassen wir zusammen, was im Kampf gegen die Folgen der Teuerung außer dem Ziel einer Gleitenden Lohnskala sonst noch im Focus stehen sollte.

Ein Dossier mit 6 Beiträgen

Zur Aktualität der „gleitenden Lohnskala“
SEITE 42

„Gleitende Lohnskala und gleitende Skala der Arbeitszeit“
SEITE 43

Die *scala mobile* als Gradmesser der Klassenkämpfe
SEITE 44

Ein erneuter Angriff auf den „Lohnindex“ in Luxemburg
SEITE 45

Lohnindexierung in Belgien
SEITE 47

Was tun gegen die Teuerung?
SEITE 52

ZUR AKTUALITÄT DER „GLEITEN- DEN LOHNSKALA“

Zum besseren Verständnis des nachfolgenden Auszugs aus dem *Übergangsprogramm* hier einige Erläuterungen. **Heinrich Neuhaus**

Derzeit erleben wir eine in dieser Höhe seit Jahrzehnten nicht mehr gekannte Inflation. Als Inflation gilt eine fortgesetzte und allgemeine Erhöhung der Verbraucherpreise. Wie sollten wir uns dagegen wehren? Inflation kann als das Ergebnis eines Verteilungskonflikts definiert werden, bei dem es um die Aufteilung der produzierten Reichtümer geht. Die Kapitalseite nutzt sie immer wieder zur Aufrechterhaltung ihrer Profitraten.

Was können wir dagegen tun?

Eine interessante Antwort auf diese Frage kann der nachfolgende Auszug aus dem „Übergangsprogramm“ der IV. Internationale geben (siehe hierzu auch die Theoriebeilagen zu *Avanti!*², Nr. 75 von November 2020 und Nr. 93 von Mai 2022). Er befasst sich mit der Frage der „gleitenden Lohnskala“.

Die „gleitende Lohnskala“ wird in diesem wegen seines methodischen Ansatzes nach wie vor grundlegenden Text als Kampflosung gegen die Teuerung propagiert und wie folgt erklärt: „Tarifverträge [müssen] eine automatische Erhöhung der Löhne parallel zu den Preissteigerungen der Verbrauchsgüter garantieren“.

Kapitalistische Ausbeutung und imperialistische Unterdrückung führen zwar immer wieder zu Massenkämpfen. Spontan werden dabei in der Regel jedoch nur unmittelbare Forderungen formuliert. Zum Beispiel die Verteidigung oder Erhöhung der Reallöhne oder die Verteidigung oder Durchsetzung gewisser demokratischer Rechte.

Die Herrschenden sind erfahren genug, um die Brisanz von großen außerparlamentarischen Bewegungen zu verstehen. Deshalb versuchen sie, diese zu verhindern und – wenn das nicht gelingt – zu integrieren oder notfalls zu unterdrücken. Mit den Methoden von „Zuckerbrot und Peitsche“, „Brot und Spielen“, „Teilen und Herrschen“, „Mediation und Konsultation“, „Ruhe

und Ordnung“ und dergleichen mehr ist das auch immer wieder möglich.

Gelingt es dem Kapital, der Staatsmacht und den systemkonformen Medien aber nicht, solche Massenkämpfe zu verhindern oder niederzuhalten, kann die kapitalistische Klasse – und ihr politisches Personal – Zugeständnisse machen. Das wird umso eher geschehen, je mehr sie über Instrumente verfügt, um Konzessionen auszuhöhlen oder ganz zurückzunehmen.

So können etwa Lohnsteigerungen seitens der Firmenleitungen durch Preiserhöhungen von Waren oder durch „Kostensenkungen“ in der Produktion zugunsten des Profits kompensiert werden. Wenn Bewegungen der arbeitenden Klasse soziale Verbesserungen durchsetzen, können zum Beispiel bestimmte Steuern erhöht werden. Letztlich zahlt dann doch die große Mehrheit für die Zugeständnisse des Staates.

Übergangsforderungen

Dieser Teufelskreis ist nur zu durchbrechen, wenn sich Massenbewegungen Übergangsforderungen zu eigen machen. Deren Besonderheit ist, dass ihre Durchsetzung das normale Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft und des bürgerlichen Staates grundsätzlich infrage stellt. Übergangsforderungen sind so zu formulieren, dass sie für eine große Öffentlichkeit verständlich sind. Sie müssen an aktuellen Problemen und an den jeweiligen Bedingungen anknüpfen. Nur dann können sie populär werden.

Ihr Inhalt und die Tiefe der zu ihrer Durchsetzung erforderlichen Klassenauseinandersetzungen können dann zum einen die Logik des kapitalistischen Systems im Denken und im Handeln der Kämpfenden infrage stellen. Zum anderen können sie die Bildung von Formen selbstorganisierter demokratischer Gegenmacht der Massen befördern (Komitees, Räte ...). (Vgl. hierzu Ernest Mandel, *Einführung in den Marxismus*, Frankfurt am Main 1979, S. 146 f.).

Um das Klassenbewusstsein der abhängig Beschäftigten entwickeln zu können, braucht es also vor allem die Ermöglichung von Kampferfahrungen und eine „Strategie der Übergangsforderungen“. Letztere wird nur durch eine organisierte politische Verbindung mit den aktivsten und fortschrittlichsten Sektoren der arbeitenden Klasse entwickelt und vermittelt werden können.

Die „gleitende Lohnskala“ ist keine aus Computerspielen kopierte verrückte Idee. Es ist aber kaum verwunderlich, dass angesichts der politischen und medialen Verhältnisse hierzulande weitestgehende Ahnungslosigkeit über dieses hochaktuelle Thema vorherrscht. Versuchen wir

also mit unseren bescheidenen Mitteln, diesem Missstand ein klein wenig abzuhefen.

Vor allem in Frankreich (von 1952 bis 1982) und Italien (von 1945 bis 1992) war die „gleitende Lohnskala“ jahrzehntelang in unterschiedlicher Form Realität, – bis sie von jeweils sozialdemokratisch geführten Regierungen abgeschafft wurde.

Auch heute noch werden sowohl in Belgien (seit 1919/20) als auch in Luxemburg (seit 1921) Löhne, Gehälter und sonstige Bezüge wie Renten automatisch an die Preissteigerungen angepasst – sehr zum Ärger der Europäischen Kommission, des Internationalen Währungsfonds, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Ratingagenturen und der dortigen prokapitalistischen Regierungen und ihrer Auftraggeber.

In Belgien und in Luxemburg ersetzt allerdings die „gleitende Lohnskala“ nicht das gewerkschaftliche Aushandeln und Durchsetzen von Entgelt-Tarifverträgen.

Jedoch erfordert – wie eingangs angemerkt – eine umfassende „gleitende Lohnskala“ im Sinne des „Übergangsprogramms“ unter anderem auch „Tarifverträge [die] eine automatische Erhöhung der Löhne parallel zu den Preissteigerungen der Verbrauchsgüter garantieren“.

Von großer Bedeutung ist es aber, sich nicht auf die (Noch-)Beschäftigten zu beschränken, sondern immer die Einheit der gesamten arbeitenden Klasse im Auge zu behalten. Das kann insbesondere durch die Verknüpfung mit der Losung der „gleitenden Skala der Arbeitszeit“ geschehen, die die Interessen der Erwerbslosen und der prekär Arbeitenden mit in den Blick nimmt.

30. Mai 2022.

Aus: Theoriebeilage zu *Avanti*², Nr. 94 von Juni 2022. Der dort abgedruckte Text war die redaktionelle Vorbemerkung zum auch hier folgenden Auszug aus dem Übergangsprogramm und wurde für die vorliegende Veröffentlichung leicht gekürzt und an wenigen Stellen überarbeitet.

„GLEITENDE LOHNSKALA UND GLEITENDE SKALA DER ARBEITSZEIT“

Ein Auszug aus dem „Übergangsprogramm“

Unter den Bedingungen des sich zersetzenden Kapitalismus führen die Massen weiter das düstere Leben von Unterdrückten, die jetzt mehr denn je von der Gefahr bedroht sind, in den Abgrund der Verelendung geworfen zu werden. Sie sind gezwungen, ihr bißchen Brot zu verteidigen, wenn sie es schon nicht vergrößern oder verbessern können. Es besteht weder die Möglichkeit noch die Notwendigkeit, hier all die verschiedenen Teilforderungen aufzuzählen, die jeweils aus den konkreten nationalen, lokalen oder gewerkschaftlichen Bedingungen hervorgehen. Aber zwei wirtschaftliche Grundübel, in denen sich die wachsende Sinnlosigkeit des kapitalistischen Systems zusammenfaßt, nämlich die Erwerbslosigkeit und die Teuerung, erfordern verallgemeinerte Losungen und Kampfmethoden.

Die IV. Internationale erklärt der Politik der Kapitalisten einen unversöhnlichen Krieg, einer Politik, die zu einem beträchtlichen Teil – genauso wie die Politik ihrer Agenten, der Reformisten – darauf abzielt, auf die Arbeiterschaft die ganze Last des Militarismus, der Krise, der Zerrüttung der Geldsysteme und anderer Übel des kapitalistischen Niedergangs abzuwälzen. Die IV. Internationale fordert Arbeit und eine würdige Existenz für alle.

Weder Geldinflation der Währung noch Stabilisierung können dem Proletariat als Losungen dienen, denn das sind nur die zwei Seiten ein und derselben Medaille. Gegen die Teuerung, die mit dem Herannahen des Krieges einen immer zügelloseren Charakter annehmen wird, kann man nur kämpfen mit der Losung der gleitenden Lohnskala. Das heißt, daß Tarifverträge eine automatische Erhöhung der Löhne parallel zu den Preissteigerungen der Verbrauchsgüter garantieren müssen.

Will sich das Proletariat nicht selbst dem Untergang ausliefern, dann darf es nicht dulden, daß ein wachsender Teil

der Arbeiterschaft zu chronisch erwerbslosen Armen gemacht wird, der von den Brosamen einer sich zersetzenden Gesellschaft leben muß. Das Recht auf Arbeit ist das einzig ernsthafte Recht, das der Arbeiter in einer auf Ausbeutung begründeten Gesellschaft besitzt. Jedoch wird ihm dieses Recht in jedem Augenblick genommen. Es ist an der Zeit, sowohl gegen die „strukturelle“ wie die „konjunkturelle“ Erwerbslosigkeit neben der Forderung nach öffentlichen Arbeiten die Losung der gleitenden Skala der Arbeitszeit zu propagieren. Die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen müssen diejenigen, die Arbeit haben, und diejenigen, die keine haben, durch die gegenseitige Verpflichtung zur Solidarität verbinden. Auf dieser Grundlage muß die verfügbare Arbeit unter alle verfügbaren Arbeitskräfte aufgeteilt und so die Dauer der Arbeitswoche bestimmt werden. Der Durchschnittslohn jedes Arbeiters bleibt der gleiche wie bei der bisherigen Arbeitswoche. Der Lohn, mit einem fest garantierten Minimum, folgt der Bewegung der Preise. Kein anderes Programm ist für die jetzige Periode der Katastrophen annehmbar.

Die Besitzenden und ihre Anwälte werden die „Unmöglichkeit“ darlegen, diese Forderungen zu verwirklichen. Die kleineren Kapitalisten, insbesondere diejenigen, die dem Ruin entgehen, werden außerdem auf ihre Buchführung verweisen. Die Arbeiter werden kategorisch solche Argumente und Empfehlungen zurückweisen. Es handelt sich nicht um den „normalen“ Zusammenstoß entgegengesetzter materieller Interessen. Es geht darum, das Proletariat vor Verfall, Demoralisierung und Ruin zu bewahren. Es geht um Leben und Tod der einzig schöpferischen und fortschrittlichen Klasse und damit um die Zukunft der Menschheit selbst. Wenn der Kapitalismus unfähig ist, die Forderungen zu befriedigen, die unausweichlich aus den Übeln hervorgehen, die er selbst erzeugt hat, dann soll er untergehen! Die „Möglichkeit“ oder „Unmöglichkeit“, diese Forderungen zu verwirklichen, ist hierbei eine Frage des Kräfteverhältnisses, die nur durch den Kampf gelöst werden kann. Durch diesen Kampf – was auch immer seine unmittelbaren praktischen Erfolge sein mögen – werden die Arbeiter am besten die Notwendigkeit begreifen, die kapitalistische Sklaverei zu beseitigen.

Dieser Text ist ein Auszug aus „Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale (Das Übergangsprogramm)“, in: Wolfgang Alles (Hg.), *Die kommunistische Alternative, Texte der Linken Opposition und IV. Internationale 1932 - 1985*, Frankfurt a. M. 1989, S. 66 f.

DIE SCALA MOBILE ALS GRADMESSER DER KLASSENKÄMPFE

Die gleitende Lohnskala (*scala mobile*) in Italien wurde 1945 zwischen dem Unternehmerverband Confindustria und den großen Gewerkschaftsverbänden vereinbart, um eine Anpassung der Löhne an die steigenden Lebenshaltungskosten zu gewährleisten. **Michael Weis**

Galt die Vereinbarung zunächst nur für den Norden Italiens, wurde sie im Folgejahr auf den Rest des Landes ausgeweitet. Zugrunde lag die zweimonatlich (später dreimonatlich) vorgenommene Berechnung eines Korbes von Waren und Dienstleistungen, der den Verbrauch einer typischen Familie mit zwei Ehepartnern und zwei Kindern abbildete und von einer paritätisch besetzten Kommission ermittelt wurde. Entlang dieses Index wurde eine vierteljährliche Anpassung in Form einer Zulage für unvorhergesehene Ausgaben vorgenommen, die somit ein zusätzliches Element zum Grundgehalt darstellte und ein variabler Bestandteil des Gesamtgehalts in Abhängigkeit von der Entwicklung der Lebenshaltungskosten war. Die Ermittlung dieses Warenkorbs durch diese Kommission sorgte für eine weitgehend realistische Abbildung der Lebenshaltungskosten, anders als die mittlerweile üblichen Statistiken, die allzu offensichtlich interessengeleitet sind.

Dadurch war es den italienischen Gewerkschaften gelungen, im Gegensatz zum Gros der anderen europäischen Länder in den 1970er Jahren das Reallohniveau zu halten, das statistisch zu den höchsten in Europa zählte. Dies war aus Sicht der italienischen Bourgeoisie und ihrer politischen Vertretungen nicht länger hinnehmbar, da dadurch die Profite der Konzerne systematisch geschmälert wurden. Also wurde mithilfe der Massenmedien, der Wirtschaftswissenschaftler*innen, der Politik und selbst eines Teils der Gewerkschaften eine systematische Infragestellung des Arbeitsrechts ins Visier genommen, um die

Voraussetzungen für dessen Aufweichung und Abschaffung zu bereiten.

Ein zentrales Argument dabei war, dass die gleitende Lohnskala eine Lohn-Preis-Spirale in Gang setze und die Inflation anheize, die von durchschnittlich 9,9 % in der ersten auf 16,5 % in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre gestiegen war. Um die Inflation einzudämmen, erließ die Regierung 1976 ein Gesetzesdekret, mit dem die Lohnanpassung für 19 Monate eingefroren wurde und 1977 stimmten die Gewerkschaften einer Änderung der Berechnungsweise des Warenkorb zu. Paradoxierteilte die traditionelle Linke diese vorherrschende Diagnose, die die Inflation auf den Lohndruck und nicht etwa auf die permanente Abwertung der Währung zurückführte, und machte schließlich der Gegenseite das Zugeständnis, dass eine andere Einkommenspolitik notwendig sei. Der CGIL-Führer Lama hielt es in einem Interview 1978 für „selbstmörderische Politik, den Betrieben überflüssige Arbeitskräfte aufzuzwingen“.

Der entscheidende Schritt auf dem Weg zum Sozialabbau war das Dekret der Regierung Craxi vom Februar 1984. Damit wurde eine Vereinbarung zur Kürzung der Lohnanpassung in Gesetzesform gegossen, die zwischen einem Teil der Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden zuvor getroffen worden war. Das Referendum gegen dieses Dekret, das auf Initiative des PCI lanciert und von den Gewerkschaften nur halbherzig unterstützt wurde, ging verloren, wobei die Hochburgen des PCI im Norden ausschlaggebend waren. Bereits ein Jahr zuvor war ein erster Sozialpakt mit den drei Gewerkschaftsverbänden unterzeichnet worden, in dem die Lohnanpassung weiter gekürzt, obligatorische Überstunden zugestanden und die Prekarisierung des Arbeitsverhältnisses eingeleitet wurden und damit eine entscheidende Bresche in die Mauer der *scala mobile* geschlagen wurde.

In den Folgejahren kam es zu weiteren Einschnitten: Die Anpassung erfolgte nur noch auf halbjährlicher Basis, statt vierteljährlich; Differenzierung entlang der Lohnstufen statt gleicher Punktwert für alle Beschäftigten; Anpassung der Löhne und Gehälter nicht mehr durch Punktwerte, sondern prozentual; Anpassung nur noch eines Teils der Löhne und Gehälter an die gestiegenen Lebenshaltungskosten.

Im Juli 1992 kam dann unter der Regierung Amato das endgültige Aus der *scala mobile*. Als Ausgleich, so versprach Amato, werde es einen Preisstopp, der die Inflationsrate bei 3,5 Prozent einfrieren soll (derzeit rund 6 Prozent) sowie eine Lohnerhöhung von 20 000 Lire

(rund 26 DM) geben. Die Gewerkschaftsbesse erklärten, dass man mit dem Kompromiss leben könne, zumal die Sicherheit des Lebensstandards durch die Preisstabilität nun endlich gefestigt werde. 1995 wurden auch die letzten Reste zu Grabe getragen und an die Stelle der Lohnindexierung ein zweistufiges Lohnfindungssystem gesetzt und Rahmenverträge eingeführt.

Damit wurde der Weg frei gemacht für die Eingliederung in die neoliberale Verfasstheit der EU. Nach ihrer Zustimmung in die Abschaffung der *scala mobile* bekundeten die Gewerkschaften ihre Einsicht auch in weitere „unumgängliche“ strukturelle Maßnahmen wie die Revision des Rentensystems und weitere Senkungen der Sozialausgaben. So wurde aus einem Land, das noch zwei Jahrzehnte zuvor Schauplatz heftigster Klassenkämpfe gewesen war, nunmehr ein auch nördlich der Alpen bewunderter Musterknabe der Anpassung an die Konvergenzkriterien von Maastricht. Kein Wunder, dass die Arbeiterbewegung nunmehr ein Schattendasein führt.

EIN ERNEUTER ANGRIFF AUF DEN „LOHNINDEX“ IN LUXEMBURG

Kapital und Regierung lassen nicht locker in ihren Bemühungen, den gesicherten Inflationsausgleich abzuschaffen. **Alain Sertic**

Das Großherzogtum ist neben Belgien einer der wenigen Staaten in Europa, die noch über einen gesetzlich garantierten oder wenigstens teilweisen Inflationsausgleich verfügen. Die Industriegewerkschaften erlebten ihren realen Durchbruch in Luxemburg erst während des Ersten Weltkrieges, wo Rationierungen und Inflation die Arbeiterschaft an den Rand einer Hungerrevolte geführt hatten. Die Anpassung der Gehälter an die Preisentwicklung gehörte deshalb von Beginn an zu den zentralen

Forderungen der ersten gewerkschaftlichen Massenaktionen.

Seit jeher ein zentrales Anliegen

Trotz der Niederlage des März-Streiks von 1921 wurde in demselben Jahr erstmals eine Indexierung der Löhne und Gehälter für die Eisenbahner und Staatsbeamten per Kollektivvertrag festgehalten. 1927 folgte der kommunale Sektor. Im Zuge der erneuten Erstarkung der Gewerkschaften nach 1936, konnte der garantierte Inflationsausgleich endlich auch in den Kollektivverträgen der Stahlindustrie festgeschrieben werden. Der damalige Preisindex basierte auf einem Warenkorb von 19 Produkten (heute sind es deren 40 000). Nach dem zweiten Weltkrieg ging die Entwicklung zuerst eher zaghaft voran. Gewerkschaftliche Ausgrenzungen im Kontext des „kalten Krieges“ blockierten einen schnellen Durchbruch, trotzdem wurde das System langsam ausgedehnt. Seit 1965 ist eine automatische Anpassung der Gehälter an die Preisentwicklung in jedem Kollektivvertrag Pflicht. Ab 1972 finden die Index-Anpassungen automatisch bei einer durchschnittlichen Preissteigerung ab 2,5 % statt. Der offensive Warnstreik vom 9. Oktober 1973 läutet einen sozialen Wechsel ein und 1975 weitet die neue sozial-liberale Regierungskoalition, bestehend aus Liberalen und Sozialdemokratie unter Gaston Thorn, die Lohnindexierung auf alle Löhne, Renten und Zuwendungen aus, unabhängig vom Wirtschaftssektor oder dem Statut des „Arbeitnehmers“.

Der Index ist einen Generalstreik wert!¹

Die Gewerkschaften feiern diesen Erfolg als historische Errungenschaft und die sozial-liberale Regierung hatte damit ihren Zenit erreicht. Einige Monate später begann mit der Rezession im Stahlsektor und dem „friedlichen Abbau“ der Montanindustrie – und parallel dazu dem Aufbau des „Finanzplatzes“ – ein anderes neues Kapitel in der Geschichte Luxemburgs.

Der friedliche Abbau mittels der „konzertierten Aktion“, einer Dreier-Verhandlungsrunde zwischen Vertreter*innen des Kapitals, der Regierung und der Gewerkschaftsführungen – in Luxemburg kurz „Tripartite“ genannt – wurde zum Inbegriff des sozialpartnerschaftlichen Luxemburger Modells. Eine kritische Hinterfragung dieser Politik wurde ab dato von den Führungen von LSAP² und den Gewerkschaften quasi mit Hochverrat gleichgestellt und gebrandmarkt. Die Belegschaften erhielten die Zusagen, dass der Stellenabbau nicht zu Entlassungen führen würde, sondern dass die davon Betroffenen

durch staatlich finanzierte „Notstandsarbeiten“ weiter mit Lohngarantie beschäftigt würden. Der Preis dafür war allerdings die Entsolidarisierung der Luxemburger Stahlarbeiter während der massiven Streiks und Betriebsbesetzungen der Stahlbelegschaften im nahen Grenzland, so 1977 in Athus (Belgien) und 1979–87 in Longwy (Frankreich). Die hiesige kommunistische Partei – sowohl der stalinistische Flügel als auch die Eurokommunisten –, obwohl damals stark in den Betriebsräten und ebenfalls im Parlament vertreten, akzeptierten dieses Spielchen und gingen in der Folgezeit daran zugrunde.

Die politischen Auswirkungen dieser Entwicklung leiteten den Übergang zum Neoliberalismus in Luxemburg ein, und schon Anfang der 80er Jahre fühlte sich das Patronat stark genug, um die Lohnindexierung erneut anzugreifen. Die Sozialdemokratie war in dieser Frage noch gespalten und stark verunsichert. Der Gewerkschaftsflügel zauderte. Da preschte der damalige Vorsitzende der linken Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes u. Eisenbahner Jeannot Schneider vor und verkündete einen eintägigen Warnstreik für den 5. April 1982. Die Wirkung war derart groß, dass der Warnstreik in gewerkschaftlicher Einheitsfront stattfand und de facto zu einem Generalstreik der Lohnabhängigen für den Erhalt des Inflationsausgleiches wurde. Die liberal-konservative Regierung zog ihr Projekt zwar durch, es hatte aber derartige Auswirkung auf die Parlamentswahlen von 1984, dass anschließend mit der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten die allgemeine „Indexierung“ erneut in Kraft gesetzt wurde.

Immer eine Sache der Kräfteverhältnisse

Diese historische Auseinandersetzung bewies, dass der automatische Inflationsausgleich von den Lohnabhängigen Luxemburgs als wichtigste Errungenschaft für den Erhalt ihrer Kaufkraft angesehen wurde. Es ist und bleibt „ein roter Faden“, der die Klassengrenze in der Sozialpolitik Luxemburgs markiert. Allerdings blieb das mittlerweile zum Steuerparadies mutierte Land nicht von einer Verschlechterung der politischen Kräfteverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital verschont. Die vorherigen Bastionen, wie in der Stahlindustrie wurden marginal, die Eisenbahn schrumpfte im Verhältnis dazu, dagegen wuchs der Dienstleistungssektor enorm. Die Ausländer*innen besetzen mehrheitlich die Industriearbeitsplätze und die Grenzpendler*innen haben den 200 000-Limit klar überschritten. Das alles ergibt eine in diesem Ausmaß wohl einzigartige soziale, kulturelle, ethnische und nationale

Spaltung und Differenzierung in der Arbeiterklasse eines Kleinstaates von derzeit 634 000 Einwohnern.

„Der sichere Weg“ – die Jean-Claude Juncker-Jahre 2006–2013

Vor diesem Hintergrund und mit der Erfahrung, dass ein Generalangriff auf die Indexierung sehr schnell in einen das politische Klima verändernden Generalstreik umschlagen kann, ging der damalige Premierminister Juncker mit Fingerspitzengefühl vor. Die Ziele waren zwar klar: Es waren das Überspringen einer Indextranche, die Idee der Herausnahme der Erdölprodukte aus dem Warenkorb und ein nach oben „gedeckelter Index“. Außer einer zeitlichen Verzögerung beim Erfallen von Indextranchen, konnte das Wesentliche verteidigt werden. Allerdings war die Inflationsrate in diesen Zeiten von Fiskalpakt, Schuldenbremse und extremen Niedrigzinsen ebenfalls gering und der Finanzplatz Luxemburg erwies sich nach der Finanzkrise von 2008/09 sehr schnell wieder als ergiebige Goldmine.

Diese Stabilitätsprognosen haben sich nun allerdings seit den 2020er Jahren klar geändert. Krisen, Covid-19, Klimaveränderungen, neue Aufrüstung und Verschuldungen werden die Inflation anheizen. Die Unternehmerverbände und ihre Regierung sind nicht mehr bereit, die Geldentwertung aufzufangen. Eine Index-Runde kostet sie einen Lohnausgleich von 2,5 %, bei einer Jahresinflation von 8 % würde dies eine automatische Lohnanpassung von 7,5 % in diesem Zeitraum ausmachen.

Nun wieder eine Attacke gegen den Inflationsausgleich

Die Lohnindexierung war nie als ein Instrument der Sozialpolitik gedacht, zur sozialen Umverteilung oder für mehr Lohngerechtigkeit konzipiert, sondern sie ist einfach nur ein gesetzlicher Mechanismus der automatischen, retroaktiven Anpassung der Löhne und Renten an die Preisentwicklung des Marktes. Sie verhindert also einen spürbaren Reallohnverlust. Eine gerechtere Beteiligung an Gewinnen in Spitzenbranchen der Wirtschaft oder mehr Gleichheit innerhalb der Lohnabhängigen haben damit nichts zu tun. Dies gehört in den Bereich von Kollektivvertragsverhandlungen.

Die Blau-Grün-Rote Regierung hat nun Anfang 2022 die „Dreier Runde“ Tripartite erneut instrumentalisiert, um gerade den Automatismus der Indexierung außer Kraft zu setzen. Die korporatistische Staatsbeamtenvertretung CGFP und der christlich-soziale LCGB haben dem zugestimmt, während der linke OGB-L dies vehement ablehnte.

Die Regierung hat dabei Folgendes beschlossen: Nach einer ersten Indextranche, die am 1. April ausbezahlt wurde, wird die nächste, die eigentlich schon im Juli 2022 fällig würde, erst am kommenden 1. April 2023 ausbezahlt. Es wird bis auf Weiteres nur noch jährlich eine Indextranche von 2,5 % ausbezahlt.

Natürlich wird durch diese Manipulation der ursprüngliche Zweck sowie der Mechanismus als Inflationsausgleich infrage gestellt, verfälscht und entsprechend der Dauer und Intensität der Inflation werden die Verluste für die Lohnabhängigen immer größer. Diese Manipulation wird letztlich zu einer weiteren realen Umverteilung von Unten nach Oben, aus den Taschen der Schaffenden in jene der Kapitaleigner, führen.

Durch seine Ablehnung und mittels einer kämpferischen 1.-Mai-Demonstration gegen diesen sozialen Angriff hat der OGB-L nun klar Farbe bekannt und Frontstellung bezogen. Wie sich dies nun entwickeln wird, steht noch nicht fest. Allerdings sind nun weitere Mobilisierungen und letztlich ein Warnstreik in der Debatte. Die kommenden 2 Jahre sind in Luxemburg jeweils Wahljahre und die soziale Problematik steht nun im Zentrum der Wahl-Agenda. Der Kampf gegen die Inflation und für den Erhalt der Kaufkraft war, ist und bleibt ein Thema des konkreten Klassenkampfes.

Luxemburg 20.05.2022

1 Ausspruch eines luxemburgischen Gewerkschaftsfunktionärs Ende der 70er Jahre.

2 LSAP: Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei = Sozialdemokratie

LOHN- INDEXIERUNG IN BELGIEN

Auch in Belgien ist die Gleitende Lohnskala unter Beschuss. Vor allem der Anwendungsmechanismus entscheidet, ob und wie viel Geld die Lohnabhängigen trotz Indexierung verlieren. **Johan Seynaeve**

Die Lohnindexierung und der damit verbundene nationale Verbraucherpreisindex (NICP) wurden in Belgien 1920 eingeführt.¹

Einführung der Lohnindexierung in einer international revolutionären klassenpolitischen Lage kurz nach dem Ersten Weltkrieg

Der verheerende imperialistische Weltkrieg, der Zerfall der Vorkriegsreiche Deutschlands, Russlands, Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reichs und die erfolgreiche sozialistische Revolution in Russland hatten nach Kriegsende ein geopolitisches Klima sozialer Umwälzungen mit (vor-)revolutionären Situationen in Deutschland, Österreich und Ungarn sowie nationalistischen und anti-kolonialen Aufständen in Irland, Indien, Ägypten, Sudan, Irak, Algerien und Indochina geschaffen. In anderen Industrieländern gab es massive Streikbewegungen und Widerstand gegen die Folgen der Wirtschaftskrise und den Rückgang der Kaufkraft.

In Belgien war die Lage der Arbeiter*innenklasse extrem schlecht: Im Juli 1920 waren die belgischen Preise im Vergleich zu 1914 (dem Bezugsjahr des ersten NICP) um 236 % gestiegen; mehr als die Hälfte des Einkommens wurde für Lebensmittel ausgegeben; viele Familien hatten einen oder mehrere Erwerbstätige im Krieg verloren, usw. Unmittelbar nach dem Waffenstillstand kam es zu spontanen Streiks in den Kohlebergwerken und Metallbetrieben, sie sind die wichtigsten Industriezweige. Allein in den ersten sieben Monaten des Jahres 1919 meldete die Arbeitsinspektion 733 Streiks. Die wichtigsten Forderungen waren eine Lohnerhöhung um 100 %, eine Verkürzung

der Arbeitszeit (8-Stunden-Tag), ein Mindestlohn und die Anerkennung der Gewerkschaften.

Zur Sicherung ihrer Position als herrschende Klasse musste die Bourgeoisie einen Teil der Forderungen erfüllen.

Verschiedene Indexierungsmechanismen

Im gleichen Zeitraum wurden mehrere „paritätische Ausschüsse“ – Konsultationsgremien zwischen Gewerkschaften und nach Branchen organisierten Unternehmerverbänden – eingerichtet. In diesen Ausschüssen wurde festgelegt, wie die Löhne an die Inflation angepasst werden mussten. Dies führte zur Einrichtung unterschiedlicher Systeme je nach paritätischem Ausschuss. Dabei gibt es zwei Hauptgruppen:

- Das eine System sieht eine Erhöhung der Löhne um 2 % vor, wenn der Referenzpreisindex um mindestens 2 % gestiegen ist. Dieses System wird für die Lohnindexierung von 50 % der Beschäftigten in der Privatwirtschaft und für die automatische Indexierung von Renten, Sozialleistungen und Gehältern der Beschäftigten des öffentlichen Sektors verwendet.
- Für die andere Hälfte der Beschäftigten in der Privatwirtschaft findet die Indexierung zu festen Zeitpunkten statt. In den meisten Fällen (etwa 40 % der Beschäftigten) einmal im Jahr, seltener nach 6, 4, 3 oder 2 Monaten. Nur bei 1 % der Angestellten werden die Entgelte monatlich an den Index angepasst. Dies betrifft vor allem Beschäftigte, die in multinationalen Unternehmen arbeiten (z. B. die Grundlöhne in der Ölindustrie).

ABBILDUNG 1: DER REFERENZINDEX STEIGT JEDES JAHR UM 1 %.

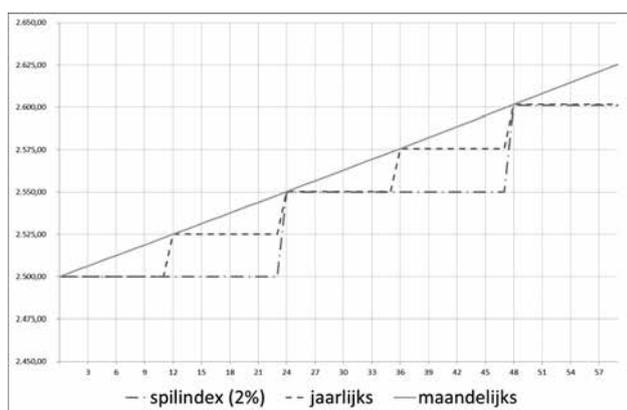
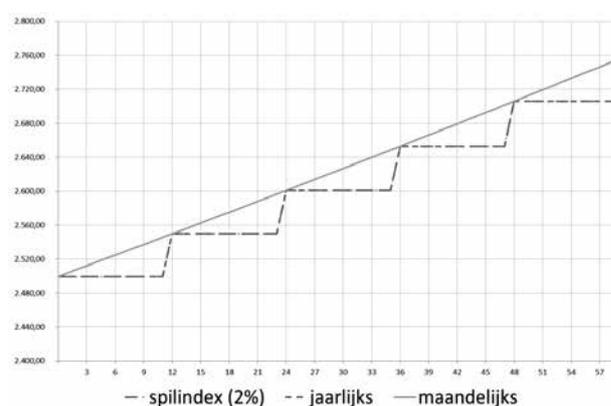


ABBILDUNG 2: DER REFERENZINDEX STEIGT JÄHRLICH UM 2 %



In einigen paritätischen Ausschüssen sind nur die Mindestlöhne an den Index angebunden. Ansonsten kann für jedes Unternehmen ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) abgeschlossen werden, in dem die automatische Lohnindexierung auf Löhne angewendet wird, die über dem Mindestlohn liegen. Bislang sehen einige paritätische Arbeitsausschüsse kein Indexierungssystem vor: Die Bezüge von etwa 8 % der abhängig Beschäftigten sind überhaupt nicht an den Index angebunden.

Wir wollen auch darauf hinweisen, dass die Lohnanpassung immer hinter der Verbraucherpreisinflation zurückbleiben wird, wenn die Löhne nicht monatlich an die Inflation angepasst werden. Zur Veranschaulichung werden in den folgenden Schaubildern drei Systeme der Lohnindexierung dargestellt:

- System 1 („maandelijks“): Monatliche Lohnanpassung an den Referenzindex (durchgezogene Linie)
- System 2 („jaarlijks“): Jährliche Anpassung der Löhne an den Referenzindex (kurz gestrichelte Linie)
- System 3 („spilindex 2%“): 2 % Lohnerhöhung, wenn der Referenzindex um mindestens 2 % gestiegen ist (lang gestrichelte Linie).

Horizontal die Anzahl der Monate (die Diagramme decken einen Zeitraum von 5 Jahren ab), vertikal die Monatslöhne. Der monatliche Ausgangslohn beträgt immer 2 500 €. (Abbildung 1)

Eine monatliche Lohnanpassung folgt vollständig dem Referenzindex.

Die jährliche Anpassung führt zu einem Lohnrückstand gegenüber dem Referenzindex im Verlauf von

5 Jahren zu einem kumulativen Kaufkraftverlust von 700 €.

Da der Referenzindex (System 3) in diesem Beispiel erst nach 2 Jahren um 2 % gestiegen ist, bleiben die Löhne länger unverändert als bei einer jährlichen Anpassung. Der Kaufkraftverlust ist daher größer: 1 318,28 € im Verlauf von 5 Jahren. (Abbildung 2)

Im Falle einer monatlichen Lohnanpassung wird der Referenzindex wiederum vollständig eingehalten.

Die jährliche Anpassung führt zu einer Verzögerung der Lohnanpassung im Vergleich zum Referenzindex. In diesem Fall beträgt der Kaufkraftverlust über 5 Jahre 1.425,99 €.

Der Referenzindex steigt mit 2% genau nach einem Jahr. Die Löhne folgen dem gleichen Verlauf wie in System 2. Der Kaufkraftverlust ist also derselbe: 1.425,99 € über 5 Jahre. (Abbildung 3)

Die monatliche Entgelthanpassung folgt wieder vollständig dem Referenzindex.

Die Entgelthanpassung im Vergleich zum Referenzindex bei jährlicher Anpassung ist jetzt viel langsamer, da der Index in einem Jahr um 5 % gestiegen ist, während die Löhne das ganze Jahr über unverändert blieben. In diesem Fall ergibt sich über 5 Jahre ein Kaufkraftverlust von 3.765,41 €.

Der kumulierte Einkommensverlust in System 3 ist nun deutlich geringer als in dem System mit jährlicher Anpassung, hat aber immer noch ein Kaufkraftdefizit in 5 Jahren von 1.584,33 € zur Folge. (Abbildung 4:)

ABBILDUNG 3: DER REFERENZINDEX STEIGT JEDES JAHR UM 5 %.

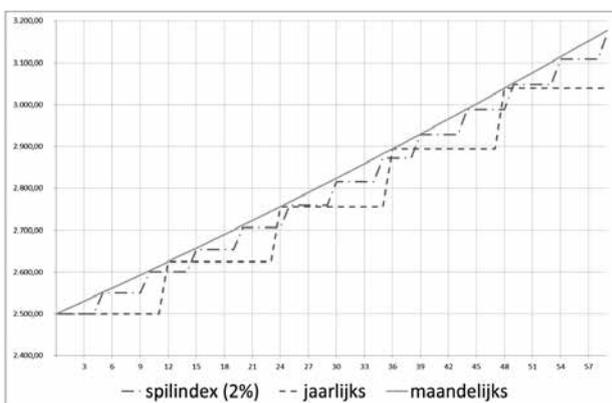
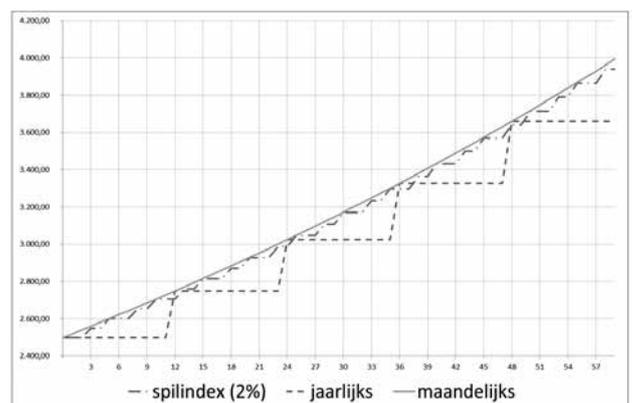


ABBILDUNG 4: DER REFERENZINDEX STEIGT JÄHRLICH UM 10 %



Die 40 % der abhängig Beschäftigten in Belgien, die in Branchen arbeiten, in denen nur eine jährliche Anpassung der Entgelte an den Referenzindex erfolgt, erleiden bei diesem Beispiel einen erheblichen Kaufkraftverlust. Trotz der automatischen Lohnindexierung ergibt sich bei einem bescheidenen Bruttomonatsgehalt (2 500 € zu Beginn) ein Kaufkraftverlust von 8 250,08 € über 5 Jahre!

Im System 3 folgen die Löhne stärker dem Referenzindex, aber es gibt immer noch einen Kaufkraftverlust von 1 642,94 € über 5 Jahre, d.h. fast 350 € pro Jahr.

Der Indexlohn seit den 1970er Jahren unter Druck

Vor dem Hintergrund günstiger ökonomischer Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg konnten kräftige Lohnerhöhungen durchgesetzt werden. Bis Anfang der 1970er Jahre wurde die auf Befriedung ausgerichtete Unternehmenspolitik nicht grundlegend infrage gestellt. Doch mit Rückgang der Profitraten nahm die herrschende Klasse einen anderen Standpunkt ein: Im Zug umfangreicher Umstrukturierungen der Wirtschaft wurden die Gewerkschaften geschwächt, vor allem aufgrund des sprunghaften Anstiegs der Arbeitslosigkeit. In Europa wurde nicht zuletzt die automatische Anpassung der Löhne und Gehälter ausgehöhlt.² In anderen Ländern wird die Lohnindexierung in der Privatwirtschaft nach wie vor nur durch Tarifverträge festgelegt.

Nur in Belgien, Zypern, Malta und Luxemburg gibt es noch eine Art automatischer Lohnindexierung für einen erheblichen Teil der Beschäftigten im privaten Sektor. Sie betrifft jedoch nur 3 % der Gesamtbeschäftigtenzahl im Privatsektor der Euro-Länder. Auch in Belgien ist es der Bourgeoisie gelungen, das System der automatischen Indexierung zu schwächen.

Überblick über die Eingriffe in die Lohnindexierung seit den frühen 1980er Jahren

■ Einführung der pauschalen Indexierung („forfaitaire indexering“) zwischen 1982 und August 1983: Der Teil des Gehalts, der das garantierte Monatseinkommen übersteigt, wird nicht mehr indexiert.

■ Einführung des „geglätteten“ NICP („afgevlakte NICP“) im August 1983: Der Referenzindex ist nicht mehr der NICP selbst, sondern der Durchschnitt desselben Indexes der letzten vier Monate. Dies führt zu einer Verzögerung bei der Anpassung der Löhne an die Verbraucherpreisinflation und erhöht somit den Kaufkraftverlust.

■ Die drei Indexsprünge: Am 1. April 1984, am 1. Januar 1985 und am 1. Januar 1987 wurden die bestehenden

sektoralen Systeme der Lohnkopplung an den geglätteten NICP um jeweils 2 % „neutralisiert“. Die Unternehmen mussten die Differenz der Arbeitskosten an die Sozialversicherung abführen.

■ Einführung des Gesundheitsindex (1994): Die Preisentwicklungen für Tabak, alkoholische Getränke, Benzin und Diesel wurden aus dem Index entfernt. Den neue Referenzindex bildete nun der geglättete Gesundheitsindex (anstelle des geglätteten NICP). Dieser Vorgang entsprach einem neuen Indexsprung von 1,2 %. Die dadurch erzielte Lohneinsparung wurde jedoch nicht an die Sozialversicherung weitergegeben. Der Kaufkraftverlust der Arbeiter*innenklasse bedeutete für das Kapital einen entsprechenden Anstieg der Gewinne. Es versteht sich von selbst, dass auch heute, gerade angesichts des besonders großen Anstiegs der Energiepreise, die Kopplung der Löhne an den abgeflachten Gesundheitsindex einen erheblichen Kaufkraftverlust verursacht.

■ Aufnahme von „All-in-Klauseln“ in Tarifverträge ab 2007–2008: Im Jahr 1996 wurde eine maximale Marge für Lohnerhöhungen gesetzlich festgelegt. Die All-in-Klauseln mussten verhindern, dass die Löhne aufgrund der automatischen Lohnindexierung über die maximale Marge hinaus steigen. Für 25 % der Beschäftigten in der Privatwirtschaft wurden Tarifverträge mit „All-in-Klauseln“ abgeschlossen.

■ 2015 folgte ein neuer „Indexsprung“ von 2 %. Wie bei den vorherigen Indexsprüngen sind die Auswirkungen des Lohnstopps von 2 % dauerhaft. Anders als im Zeitraum 1984–87 wurde die erzielte Differenz bei den Arbeitskosten nicht an die Sozialversicherung abgeführt. Sie erhöhte lediglich die Gewinne.

Das Gesetz zur Lohnnorm („loonnormwet“)

Trotz der automatischen Lohnindexierung wurde die Kaufkraft der Beschäftigten in Belgien durch die Einführung des „Gesetzes zur Förderung der Beschäftigung und zur präventiven Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit“, auch „Loonnormwet“ (Lohnnormgesetz) genannt, 1996 stark geschwächt. Dieses Gesetz (initiiert von der damaligen Regierung, einer Koalition aus Christ- und Sozialdemokraten) gibt der Kapitalistenklasse die Garantie, dass die Löhne in Belgien nicht schneller steigen als in den Nachbarländern.

2017 wurde der Mechanismus weiter verschlechtert. Die zuvor indikative Lohnspanne wurde zu einem gesetzlichen Höchstwert. Außerdem wird die Senkung der Unternehmerbeiträge zur Sozialversicherung ab 2016 (die

„Steuerverschiebung“, die eine Gesamtsenkung der Arbeitskosten in der Privatwirtschaft um ca. 3 Mrd. € jährlich bedeutet) bei der Ermittlung der belgischen Arbeitskosten im Vergleich zu den Arbeitskosten in den Nachbarländern nicht berücksichtigt.

Die Lohnkosten in Abhängigkeit von anderen Ländern zu vergleichen und zu begrenzen, bedeutet, die Lohnbildung aus dem Blickwinkel der Kapitalistenklasse zu betrachten, d.h. zu verhindern, dass die Konkurrenz mit anderen, ausländischen Kapitalen auf Kosten des Profits geht. Das Interesse der Mehrheit der Gesellschaft, die Kaufkraft zu erhalten (und mit steigender Produktivität zu erhöhen), muss dem geopfert werden.

Dies bestätigt die marxistische These, dass der Staat keine über den Klasseninteressen stehende Instanz ist, sondern ein Instrument in den Händen der herrschenden Klasse. Die Existenz der automatischen Lohnindexierung in Belgien hat nicht verhindern können, dass die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung im Laufe der letzten Jahrzehnte durch verschiedene staatliche Eingriffe gemindert wurde.

International anziehende Inflation

Die automatische Anpassung der Löhne an den Index, wie sie derzeit in Belgien vorgenommen wird, reicht nicht aus, um den starken Anstieg der Verbraucherpreise zu kompensieren. Dies gilt insbesondere für die 40 % der Beschäftigten, die nur eine jährliche Anpassung erhalten und daher bis zum nächsten Jahr warten müssen, bis ihr Lohn an den Referenzindex angepasst wird.

Auf der anderen Seite veranlasst die steigende Inflation die Unternehmer dazu, ihr Wehklagen über steigende Lohnkosten zu verstärken. Um die Kaufkraft wirklich wiederherzustellen, muss es eine monatliche Anpassung der Löhne an den monatlich berechneten NICP geben. Darüber hinaus müssen nicht nur die Arbeitsentgelte und Sozialleistungen an den NICP angepasst werden, sondern auch die Grenzsteuersätze, Steuerbefreiungen, Abzüge und Ermäßigungen.

Wenn wir dem Gespenst der Inflation und ihren negativen Auswirkungen auf die Kaufkraft der Arbeiterklasse ein für alle Mal ein Ende setzen wollen, gibt es keinen anderen Weg als den Kampf für eine vollständige Anpassung der Löhne an die Verbraucherpreise:

„Die Verantwortung der großen kapitalistischen Unternehmen, der Banken und des bürgerlichen Staates für die systematische Organisation von Preiserhöhungen muss konkret benannt und angeprangert werden. Die Kontrol-

le der abhängig Beschäftigten über die Berechnung der Selbstkosten in den Produktionsbetrieben, die Kontrolle der Beschäftigten über die Zwischenhändler zwischen den Produktionszentren und dem Verkauf an den Endverbraucher muss es ermöglichen, die Gewinnspannen und das Schmarotzertum sowie die Spekulationen, die die Quellen der Inflation sind, aufzudecken.

Die Forderung nach einer Verstaatlichung der großen Konzerne und Finanzintermediäre, die für die Inflation verantwortlich sind, ohne Entschädigung oder Aufkauf und ihre Verwaltung unter Arbeiterkontrolle werden dann zur Hauptantwort der Arbeiterbewegung gegen die Inflation als Ganzes.“³

Es versteht sich, dass dies eine offensive Einstellung der Arbeiter*innenbewegung und eine langfristige Mobilisierung der gesamten Arbeiter*innenklasse erfordert.

■ **Johan Seynaeve** ist Wirtschaftswissenschaftler und betrieblicher Gewerkschaftsvertreter der Sozialistischen Gewerkschaft (einer der drei Richtungsgewerkschaften in Belgien).

■ *Kürzung und Übers.:* Jakob S.

1 Für eine ausführliche Diskussion über die belgische Arbeiterbewegung in dieser Zeit siehe: Brepoels, J. (2016). *Wat zoudt gij zonder ,t werkvolk zijn? De geschiedenis van de Belgische arbeidersbeweging 1830–2015*, S.212 ff. Der Autor stellt fest, dass in der Zeit von 1918 bis 1921 einige Forderungen, für die die Arbeiter*innen jahrzehntelang gekämpft hatten, erfüllt wurden. Dazu gehörten die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer ab 21 Jahren (in Belgien erhielten Frauen erst 1948 das Wahlrecht auf allen Ebenen), die Einführung der gesetzlichen Rente mit 65 Jahren, der Achtstundentag (sechs Tage pro Woche), ein gesetzlicher Mindestlohn und die Abschaffung des Streikverbots.

2 Dies gilt vor allem für Dänemark, Frankreich, Italien, die Niederlande und Spanien. Siehe dazu: „Wage indexation in the European Union“; European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, 2010; https://www.eurofound.europa.eu/sites/default/files/ef_publication/field_ef_document/ef1022en.pdf

3 Ernest Mandel: „La défense du pouvoir d’achat des travailleurs contre l’inflation et la vie chère“ (1974)

WAS TUN GEGEN DIE TEUERUNG?

Um die Gefahr einer breiten Protestbewegung zu bannen, sah sich die Regierung gezwungen, eine Reihe von *vorübergehenden* Entlastungsmaßnahmen zu beschließen.*

Ein paar weitere dieser Art werden wohl noch kommen, aber sie können bei weitem nicht die Reallohnverluste ausgleichen und erst recht nicht die Einbußen im Lebensstandard der Rentner*innen, der Studierenden oder der Empfänger*innen von Transferzahlungen.

Angesichts des anhaltenden Preisauftriebs sind hier in erster Linie die Gewerkschaften gefordert. Ihre Tarifpolitik muss völlig neu ausgerichtet werden:

1 Bislang konnten die Gewerkschaften mit ihrem generellen Kurs der weitgehenden Konfliktvermeidung Tarifverträge abschließen, die mit 2 bis 4 Prozent und einer Laufzeit von mindestens zwei Jahren nur wenig (bisweilen auch gar nicht) unter der Inflationsmarke lagen. Derartige Abschlüsse sind bei Inflationsraten von sieben, acht oder noch mehr Prozent nicht vermittelbar, erst recht angesichts der Tatsache, dass es vor dem Hintergrund der Pandemie in einigen Bereichen seit mehreren Jahren keine tabellenwirksamen Tarifierhöhungen mehr gab (in der Metall- und Elektroindustrie seit über 4 Jahren).

Die dringlichste Aufgabe ist nun, alles daran zu setzen, dass kein Tarifvertrag mehr abgeschlossen wird, der zu einem Reallohnverlust führt. Gleichzeitig haben wir jetzt noch mehr Argumente als bisher dafür, dass die Laufzeit nicht länger als 12 Monate beträgt (lange Laufzeiten wurden in der Vergangenheit immer dazu benutzt, das Ergebnis schönzurechnen).

2 Da niemand die Entwicklung der Inflationsrate vorhersehen kann, gibt es jetzt die besten Argumente dafür, den Kampf für eine *automatische Anpassung der Entgelte an die Preissteigerungen* aufzunehmen und sich an Luxemburg ein Beispiel nehmen. Dort werden die Entgelte, Renten usw. immer dann angepasst, wenn die kumulierte Inflation 2,5 % des Lebenshaltungskostenindex (Verbraucherpreisindex) erreicht. *In Belgien werden die Entgelte jeweils nach einem festen Zeitraum gemäß der Preissteigerungsrate angepasst.*

Da der Kampf für eine umfassende gesetzliche Regelung (die dann auch die Nicht-Tarifgebundenen erfassen würde)

viel schwerer zu führen ist, muss man sich in den Gewerkschaften erst mal für den Kampf um entsprechende Tarifverträge einsetzen. Sind die durchgesetzt, kann für eine Ausdehnung auf alle Bereiche (nicht Tarifgebundene, Rentner*innen usw.) gekämpft werden. Orientiert man dagegen am Anfang schon auf die gesetzliche Regelung, dann sind die Gewerkschaften ganz schnell aus ihrer Verantwortung entlassen (nicht zuletzt, weil sie dann auf die Wahlen orientieren).

Auf diesem Weg der gewerkschaftlichen Überzeugungsarbeit kann beispielsweise auf die Beschlussfassung der ver.di-Betriebsgruppe der FU Berlin hingewiesen werden, mit der ver.di aufgefordert wird, sich für die *Gleitende Lohnskala* einzusetzen.¹

3 Parallel dazu müssen sich die Gewerkschaften mit Sozialverbänden und vergleichbaren Organisationen zusammentun, um in einer breiten Bewegung für folgende (oder ähnliche) Forderungen zu mobilisieren:

- Kostenloses Grundkontingent an Strom für alle Haushalte, verbunden mit einer stark steigenden Progression für Großverbraucher.
- Preisstopp für Heizöl, Gas und Sprit für private Haushalte, verbunden mit einer starken Progression für Großverbraucher. Vergesellschaftung der Energiekonzerne unter Kontrolle der dort Beschäftigten sowie Ausbau der erneuerbaren Energiequellen.
- Preisstopp für Grundnahrungsmittel und eine öffentliche Kontrolle der Preise.
- Entlastung für alle – auch für Rentner, Studierende oder Erwerbslose. Die Grundsicherung muss deutlich angehoben werden.
- Sofortiger Stopp der Mieterhöhungen für Privathaushalte. Einführung einer Kostenmiete und entschädigungslose Enteignung der Immobilienkonzernen unter demokratischer Kontrolle.

Um die Gewerkschaften einzubinden setzt die Regierung auf die Konzertierte Aktion. Hiergegen müssen alle Anstrengungen kritischer und klassenkämpferischer Gewerkschafter*innen gerichtet sein. Wir brauchen gewerkschaftliche Aktionskonferenzen und wirksame Mobilisierungen bis hin zu gewerkschaftsübergreifenden Streiks.

* Aus dem Vorbereitungsmaterial für die kommende Bundeskonferenz der ISO im September 2022

1 <https://www.verdi-fu.de/wordpress/author/bg-vorstand/>

DAS VOLK ORGANISIERT SICH, UM SEIN EXISTENZRECHT ZU VERTEIDIGEN

Erfahrungen der Widerstandskomitees und der revolutionären Bewegung im Sudan.

■ **Muzan Alneel**

Die Berichte über die sudanesische Revolution in den regionalen Medien und Schlagzeilen sind derzeit voller Formulierungen wie „Perspektivlosigkeit“, „untaugliche Lösungen“ oder „politische Krise“ und widerspiegeln damit die Sicht der Machthaber und der Eliten auf die Ereignisse. Die herrschende Klasse des Sudans besteht aus der Armeeführung und den bürgerlichen, bestenfalls reformistischen Parteien, die Komplizen der Unterdrückung sind, sowie aus ihren internen und externen Verbündeten. Sie alle befinden sich in einer unsicheren Lage und sind mit einer neuen Situation konfrontiert, die es ihnen nicht erlaubt, auf ihre üblichen Methoden und Manöver zurückzugreifen.

Auch mehr als vier Monate nach dem Staatsstreich vom 25. Oktober 2021 ist die Putschführung nicht in der Lage, eine Regierung zu bilden oder die anhaltenden Proteste auf den Straßen des Sudan zu stoppen. Mit dem gestürzten Premierminister, der sich später dem Putsch anschloss, wurde ein Abkommen unterzeichnet, das sich als Fehlschlag erwies. Es zeigte keinerlei Auswirkungen auf die Straßenproteste, außer dass der Slogan „Rücktritt oder nicht – der Zeitplan gilt“ auftauchte, eine Losung, die sich auf den Demonstrationskalender bezieht, den die Koordinationen der lokalen Widerstandskomitees ausgearbeitet haben.

Während die totalitären Machthaber die Situation als Krise betrachten, haben die freiheitshungrigen Menschen einen anderen Blick auf die Dinge. In ihren Augen unter-

nimmt der Sudan einen noch nie dagewesenen Schritt in Richtung Revolution. Der Organisationsgrad der Bewegung ist hoch und begünstigt weitere Proteste. Er ermöglicht sogar, dass die Widerstands- und Organisationsformen sowie die Ausrichtung und die Ziele weiterentwickelt werden. All dies ist eine direkte Folge der Ereignisse, die der Bewegung ab 2018 Auftrieb verliehen haben, um dann in ein revolutionäres Fest zu münden. Dessen Protagonistin ist eine Bevölkerung, die sich organisiert, um ihr Existenzrecht zu verteidigen.

Widerstandskomitees: Entstehung und Zusammensetzung

Die Demonstrationen in den Städten und Dörfern des Sudans laufen nach Plänen ab, die von den örtlichen Widerstandskomitees beschlossen werden. Letztere wurden während der revolutionären Welle im Dezember 2018 mit dem Ziel gegründet, dezentrale Proteste zu organisieren. Die Komitees bestanden jeweils aus Bewohnerinnen und Bewohnern, die im selben Stadtbezirk wohnten und sich für den Sturz des Regimes von al-Baschir einsetzten.

Die Idee dazu stammt aus den Protesten von 2013. Sie wurde damals allerdings nur in begrenztem Umfang verwirklicht und war keineswegs mit dem Aufschwung Anfang 2019 vergleichbar, als der Ruf nach dezentralen, gleichzeitigen Protesten gegen die Repressalien des Regimes immer lauter wurde. Die Gründung der Komitees in zahlreichen Stadtvierteln in allen Bundesstaaten des Lan-

des erfolgte vor allem durch Jugendliche unter 20 Jahren. Sie organisierten in ihren Stadtbezirken Demonstrationen, beobachteten die Sicherheitskräfte der Regierung und richteten auf dem Land Gesundheitszentren ein. Außerdem planten und schützten sie Demonstrationen, lokale Sitzblockaden, politische Versammlungen und andere Widerstandsaktionen.

Die offiziellen Facebook-Seiten der Komitees vervielfachten sich. Die Menschen folgten ihnen ab Dezember [2018] oder den folgenden Monaten, um die Routen zu erfahren und sich über die Proteste, die Verletzten und andere Neuigkeiten aus dem Widerstand zu informieren. Dank ihrem direkten Kontakt zu den Stadtteilen und ihrer Unterstützung für die Revolution gewannen die Komitees an Popularität und Legitimität. Bis im April 2019 organisierten sie den Widerstand in ihren Gebieten mit der Abhaltung von „Kommando-Sitzblockaden“, die rund um das Hauptquartier der Armee in 14 Städten des Sudans stattfanden. Die größte Blockade war jene vor dem Generalkommando des Militärs in Khartum, wo die Komitees auch die Aufgabe übernahmen, die Demonstrationzüge zusammenfließen zu lassen und die Sitzblockade zu organisieren und zu schützen.

Die zweite Änderung in den Aufgaben der Komitees erfolgte nach dem Massaker vom 3. Juni 2019, als die Sicherheitskräfte der Regierung an einem einzigen Tag Sitzblockaden angriffen und Hunderte von Menschen töteten, vergewaltigten und sogar ertränkten. Dem Massaker folgte ein Monat mit gewalttätigen Übergriffen der Regierungskräfte auf den Straßen und der vollständigen Abschaltung des Internets im ganzen Land. Mit dieser Gewalt versuchte die Führung des Militärrats den Widerstand zu brechen und in die Knie zu zwingen. Doch die Komitees wurden dadurch eher angespornt, ihre Aktivitäten vor Ort zu intensivieren und sich zu vernetzen, um den Widerstand fortzusetzen, zivilen Ungehorsam zu leisten und die Bevölkerung zu schützen und zu versorgen. Weniger als einen Monat nach dem Massaker bei der Auflösung der Sitzblockaden vor dem Generalkommando kündigten die Widerstandskomitees den „Marsch der Millionen“ von Juni gegen das Militärregime an. Dabei überwandern sie die Internetsperre, indem sie Mauern beschrifteten, Flugblätter verteilten, Reden auf Märkten hielten und andere innovative Mittel einsetzten. Den Höhepunkt bildete der 30. Juni 2019, an dem Millionen von Demonstrierenden in verschiedenen Städten des Sudans „zivil“ skandierten und damit ihrer Ablehnung der Militärregierung Ausdruck verliehen.

Im Gegensatz zum Widerstand, der standhaft blieb, haben die politischen Führungskräfte kapituliert. Sie folgten dem „Marsch der Millionen“ am 30. Juni 2019, nur um sich dann doch auf Verhandlungen mit dem Militärrat einzulassen. Das Ergebnis war ein schlechtes Dokument, das eine Partnerschaft zwischen den politischen Führern der Opposition von 2018 und dem Militärrat als Übergangsregierung vorsah. Dieser politische Führungsstab und seine Anhänger versuchten sich zu rechtfertigen und scheuten weder Zeit noch Mühe, um die sudanesishe Bevölkerung, insbesondere die Demonstrierenden, davon zu überzeugen, dass man durch diese Partnerschaft Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit – die Slogans der sudanesischen Revolution – erreichen könne. Sie behaupteten, es gehe um „Politik“ und es sei notwendig, mit der Armee zu verhandeln. Das Ganze wurde als Erfolg dargestellt, obwohl die sudanesishe Revolution noch nicht obsiegt hatte. Aber sie nahm einen neuen Anfang.

Politische Entwicklungen

Im Zuge dieser starken Veränderung der politischen Lage machten die Komitees Erfahrungen, die ihnen ermöglichen, über die neue Situation nachzudenken. Zu Beginn der Übergangszeit wurden die Komitees häufig als Schutzschild der halbzivilen Regierung angesehen. Die politischen Führungsstäbe erklärten, die Aufrechterhaltung der Partnerschaft sei Aufgabe der Widerstandskomitees und es gehe darum, einen möglichen Militärputsch zu verhindern.

Die Widerstandskomitees gerieten dadurch in eine schwierige Lage: Sie waren hin- und hergerissen zwischen der Verteidigung der revolutionären Ziele und dem Ausbalancieren ihrer Beziehung zur halbzivilen Regierung. Es wurde befürchtet, dass jeglicher Widerstand gegen die halbzivile Regierung als Vorwand für einen Militärputsch dienen könnte. Diese heikle Beziehung wurde mehrfach gestört, unter anderem durch Demonstrationen, die Widerstandskomitees in Talodi (im Bundesstaat Südkurdan) weniger als zwei Monate nach der Ernennung der Übergangsregierung organisierten. Die Proteste richteten sich gegen die Fortsetzung des umweltschädlichen Bergbaus in diesem Gebiet. Der Abbau der Bodenschätze wird durch Gesellschaften betrieben, die den offiziellen Milizen und den staatlichen Sicherheitsapparaten angehören. Die Komitees entrollten Transparente, die sich direkt an den zivilen Premierminister richteten und auf denen stand: „Unsere Lebe ist mehr wert als Gold, Hamdok!“ Die Demonstrierenden mussten sich dabei den bewaffneten Sicherheitskräften der Unternehmen entgegensetzen. Noch

am selben Abend reagierte die Regierung auf den Protest mit einer Erklärung, in der sie den Angriff auf den Firmensitz und das Eigentum der Unternehmen verurteilte.

Es gab noch eine Reihe ähnlicher Ereignisse, bei denen Widerstandskomitees aktiv wurden, um die Ziele der Revolution und die Forderungen der lokalen Bevölkerung zu verteidigen. Jedes Mal wandte sich die Regierung gegen diese Anliegen, im Interesse der Investoren, der Armee, ihrer Milizen oder der regionalen und internationalen Verbündeten.

Die Übergangszeit war also eine Phase des intensiven Ringens um die Festlegung der politischen Position der Komitees, zwischen der oben erwähnten Verteidigung der revolutionären Ziele und dem Schutz der zivilen Regierungshälfte, die sich allerdings bald von diesen Zielen entfernte. Natürlich war die politische Ausrichtung der Komitees nicht immer einheitlich. Die nach geografischen Gesichtspunkten gebildeten Gruppen widerspiegeln in hohem Maße die Interessen, Wünsche und Positionen der Menschen in den jeweiligen Regionen, mit ihren klassenspezifischen und historischen Unterschieden, ihren unterschiedlichen Einkommensquellen, Prioritäten, sozialen Problemen usw. Dennoch war klar, dass die große Mehrheit der Komitees geschlossen hinter der Forderung nach Gerechtigkeit für die Opfer der Revolution stand. Diese Forderung verband die meisten großen Demonstrationen der Komitees und wurde später um die Forderung nach einem Parlament ergänzt – das aber bis zum Staatsstreich am 25. Oktober 2021 immer noch nicht existierte. Die Komitees glaubten, das Parlament könne für die Bevölkerung ein Mittel sein, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Die Forderung nach Gerechtigkeit für die Opfer, insbesondere des Massakers vom 3. Juni 2019, wurde in der revolutionären Situation zum „Ausgangspunkt“ für Verhandlungen. Da der Militär, dessen Einsatzkräfte das Massaker verübt hatten, Teil der Regierung ist, konnte sich diese nicht selbst vor Gericht stellen. Andererseits wurde der Ruf nach einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Anfang 2020 immer lauter, sodass ein weiterer „Ausgangspunkt“ entstand. Denn die Regierung ist von den Interessen internationaler und regionaler Akteure abhängig, einschließlich der Fortsetzung der wirtschaftlichen Sparpolitik, die zur Revolution gegen das Regime von Baschir geführt hatte.

Die Übergangsregierung versuchte, die Widerstandskomitees zu Hilfskräften des Staates zu machen, indem sie sie zu „Komitees für Dienstleistungen und Wandel“ ernannte. Sie sollten unter oder in Koordination mit den lokalen

Behörden helfen, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Die Widerstandskomitees beschlossen darauf, den Widerstand nicht aufzugeben, aber parallel dazu gewisse Aufgaben in den Stadtbezirken zu übernehmen. Einige Komitees bildeten Büros für Wandel und Dienstleistungen, entweder innerhalb ihrer Strukturen oder parallel dazu. Sie kontrollierten die Verteilung von Mehrlationen an die Bäckereien und von Benzin an die Tankstellen und organisierten sogar mit eigenen Kräften den Unterhalt von Schulen und anderen Einrichtungen, während sie weiterhin Demonstrationen veranstalteten und revolutionäre Forderungen stellten. Die letzten zentralen, von den Widerstandskomitees noch vor dem Staatsstreich angekündigten Kundgebungen fanden am 21. Oktober 2021 statt, also vier Tage vor dem Putsch des Militärs. Die Protestierenden forderten dabei ein Parlament und Gerechtigkeit für die Opfer. Viele Komitees skandierten sogar den Slogan „Lasst die Blutpartnerschaft fallen“, um ihr Missfallen gegen die Partnerschaft mit dem Militär auszudrücken.

Komitees im Vordergrund

Nach dem Staatsstreich vom 25. Oktober rückten die Komitees definitiv in den Vordergrund. Von ihnen stammt auch der dreifache Slogan gegen den Putschrat: „Keine Verhandlungen, keine Partnerschaft, keine Legitimität“. Die Komitees veröffentlichten Monats- und Wochenkalender für Kundgebungen und Widerstand und stellten sich gegen alle Versuche, den Putsch zu legitimieren. So verfügt der Staat bis heute weder über eine Regierung noch über einen Premierminister.

Dank der Organisation der Sudanesinnen und Sudanesen in den Widerstandskomitees konnten die Aktionen gegen den Staatsstreich vervielfacht werden. Die Komitees nutzten ihre in der Übergangsphase gesammelten Erfahrungen in der Selbstorganisation, der Veranstaltung von Demonstrationen und Nachbarschaftsdebatten sowie der Koordination zwischen den Komitees auf regionaler und städtischer Ebene. In dieser Zeit entstanden „Koordinatoren der Widerstandskomitees“, die andere Aufgaben hatten. Sie sollten eine umfassendere Organisation als nur auf der Ebene eines Stadtbezirks ermöglichen und entstanden aus dem Bedürfnis nach einer neuen Führung resp. einem Abbruch der Beziehung zur politischen Führung, die sich auf Verhandlungen eingelassen hatte.

Hier muss darauf hingewiesen werden, dass die Regierungseliten und ihre Wortführer im In- und Ausland auch in der Zeit nach dem Staatsstreich Lügenmärchen über die aktuelle Lage erzählten und weiterhin so taten, als wüssten

sie nichts von der Existenz dieser Bürgerinitiativen. Die Nachrichtensender beispielsweise berichteten den ganzen November und Dezember über immer wieder, die anhaltenden Proteste seien vom sudanesischen Berufsverband oder vom Bündnis „Kräfte für Freiheit und Wandel“ – dem zivilen Flügel der Übergangszeit – organisiert worden. Tatsächlich hatten diese Gruppen auf der Straße aber kein Gewicht. Es waren die Komitees, die zu den Demonstrationen aufriefen.

Der revolutionäre Aufschwung nach dem Staatsstreich wirkte sich auf die politische Situation und die Zusammensetzung der Komitees aus. Die Stärke der regionalen Koordinationen nahm zu und viele Komitees erneuerten ihre internen Strukturen, um der veränderten Situation und den damit verbundenen Aufgaben gerecht zu werden. Komitees, deren Zusammenhalt sich gelockert hatte, wurden wiederbelebt, und in Gebieten, in denen die Bevölkerung eine aktive Rolle im Kampf gegen den Staatsstreich spielen wollte, wurden neue Komitees gegründet. Die Mehrheit der Mitglieder war damals jung und männlich. Doch aufgrund der beachtlichen Beteiligung der Frauen am Widerstand auf der Straße und der Erinnerung an die Lektion von 2019 – die Präsenz der Frauen auf der Straße hatte keine Auswirkung auf die Zusammensetzung der Übergangsregierung oder auf deren Eintreten für die Interessen der Frauen – wurde die Kampagne „#Tritt dem Komitee bei“ lanciert. Sie rief die Frauen dazu auf, in den Komitees mitzuarbeiten, um sicherzustellen, dass ihre Forderungen und Interessen gehört würden. Die Frauen wehrten sich gegen die Verhaltensweisen und Strukturen, die einer Mitgliedschaft im Wege stehen, wie etwa nächtliche Sitzungen, an denen junge Frauen wegen sozialer Hindernisse nur schwer teilnehmen können. Verschiedene Gesellschaftsgruppen bemühten sich in dieser Zeit darum, von den Widerstandskomitees vertreten zu werden.

In den folgenden Monaten konnten die Organisationsinstrumente und Grundideen der Widerstandskomitees von anderen Massenorganisationen genutzt werden, die angesichts der steigenden Zahl an Konfliktfronten mit dem Militärputsch und an Angriffen auf verschiedene Teile der Bevölkerung aus der Not heraus gegründet worden waren. Auch die Landwirte im Nordstaat [Bundesland im Norden] griffen auf das Instrument der Komitees zurück. Sie nutzten dieses schon seit Langem, um ihre Kundgebungen zu planen und sich selbst zu organisieren, nachdem die aus dem Putsch hervorgegangene Regierung eine Erhöhung der Strompreise angekündigt hatte. Diese Verteuerung war für die Bauern und Bäuerinnen fatal, weil ihre Landwirtschaft auf elekt-

rische Pumpen angewiesen ist. Sie protestierten gegen die Preiserhöhung und leisteten im ganzen Norden Widerstand, indem sie die Straße nach Ägypten, die durch ihre Städte und Dörfer führt, an über 25 Stellen sperrten. Sie richteten Blockadekomitees ein, um die Sperren zu schützen, ihre Stellungnahmen zu verfeinern und unter den Bauern und Bäuerinnen Diskussionen über die politischen Positionen und die wirtschaftlichen Forderungen zu organisieren. Die Blockadekomitees vernetzten sich untereinander und bündelten ihre Kräfte auch in Kämpfen, die umfassende, über den Strompreis hinausgehende Probleme betrafen. Unter anderem ging es dabei um die Auswirkungen des Bergbaus auf ihre Region und um die Forderung nach einem Anteil an dem Gold, das auf ihrem Land abgebaut wird. Zudem forderten sie Gesundheitseinrichtungen und mehr Straßenunterhalt, um die Zahl der vielen tödlichen Unfälle in ihrem Bundesstaat zu reduzieren. Trotz des Zugeständnisses der Putschregierung, die Preiserhöhung einzufrieren, gingen die Blockaden im Norden weiter, wobei die Protestierenden eine vollständige Streichung der Erhöhung forderten. Einige Komitees erklärten, dass sie keinerlei Erhöhungen oder Streichungen seitens der Putschregierung anerkennen würden, und bekräftigten stattdessen ihre Grundforderung nach einer zivilen Regierung.

Die Blockadekomitees im Norden unterschieden sich in ihrer Zusammensetzung deutlich von den Widerstandskomitees in den Stadtteilen, einschließlich jener im Nordstaat. An den Blockadekomitees beteiligten sich vor allem Männer über 30, hauptsächlich Landarbeiter. Dieser Unterschied macht deutlich, dass die Strukturen des Widerstands aus den Gruppen hervorgehen, die am stärksten von der Politik betroffen sind, gegen die sie kämpfen. Die sudanesischen Revolution war keine Revolution der Jugend, sondern eine Revolution gegen eine Politik, die Jugendliche und Frauen besonders hart trifft. Deshalb waren im Widerstand mehrheitlich Frauen und eine wachsende Zahl an jungen Menschen vertreten. Im Norden waren die Männer über 30 am stärksten von den steigenden Kosten für landwirtschaftliche Produktionsmittel betroffen. Deshalb engagierten sie sich auch in den vordersten Reihen der Blockadekomitees, um die Aneignung der auf ihrem Land gewonnenen Rohstoffe zu stoppen. Die blockierte Straße führt durch ihr Land und der Ertrag aus dessen Bodenschätzen fließt an eine Regierung, die die Bevölkerung durch ihre feindliche Wirtschaftspolitik verarmen lässt.

Wir erlebten den Rückgriff auf die Organisationsform des Komitees auch beim Sitzstreik von Studentinnen im Studentenwohnheim Hajjar, wo es zu einer Vergewaltigung

gekommen war. Da die Verwaltung den Mantel des Schweigens über dieses Verbrechen breiten wollte, kündigten die Studentinnen eine Sitzblockade an und bauten ab dem 25. Januar 2022 ein Komitee im Wohnheim Hajjar auf. Sie forderten eine faire und transparente Untersuchung, pochten auf ihr Recht auf Grundversorgung und verlangten die Einrichtung eines neuen Wohn- und Versorgungssystems, das für alle Studierenden im Sudan zugänglich ist und ihr Grundrecht auf Zugang zu Bildung gewährleistet. Diese erfolgreiche Organisationsform hat sich mittlerweile in Teilen der sudanesischen Bevölkerung verbreitet und wird je nach Bedarf und Anliegen auf innovative Weise eingesetzt.

Politische Manöver ... und neue Bündnisse

Gleichzeitig mit den Organisationsformen entwickelten sich auch die politischen Positionen. Die Widerstandskomitees sind seit dem Putsch hin- und hergerissen zwischen ihrer Weigerung, mit dem Putsch zusammenzuarbeiten oder zu verhandeln, und der Position der Eliten im In- und Ausland, die neue Verhandlungen mit dem Militär suchen. Zu den Manövern der herrschenden Eliten gehörte eine Vereinbarung zwischen dem Militär und dem Premierminister der gestürzten Regierung. Trotz internationaler Unterstützung konnten die Proteste gegen die Militärherrschaft und für eine vollständig zivile Regierung mit diesem Abkommen nicht gestoppt werden. Weniger als zwei Monate später wurde es für null und nichtig erklärt, als der Premierminister zurücktrat und es noch immer keine Regierung gab.

Es gab auch zahlreiche Manöver konterrevolutionärer Parteien auf regionaler oder internationaler Ebene, darunter die Mission der Vereinten Nationen im Sudan, die den Komitees nahelegt, einen Prozess des Dialogs mit der Armee einzuleiten. Die UN-Mission rief zu Treffen und Konsultationen auf. Die meisten dieser Appelle wurden zurückgewiesen oder weckten Zweifel oder es kam die Forderung, diese Treffen live zu übertragen. Die Mission lehnte dies jedoch entschieden ab und zeigte damit, dass sie Transparenz ablehnt und Manöver hinter verschlossenen Türen unterstützt. Diese verschiedenen Pressionsversuche führten zu umfassenden Diskussionen in der Öffentlichkeit über eine neue politische Charta und einen neuen Fahrplan, der die Forderungen und Strukturen des Widerstands umreißen würde. Die Komitees begannen, politische Chartas zu entwerfen. In den letzten Monaten wurden dazu mehrere Vorschläge von Widerstandskomitees in mehreren Staaten veröffentlicht. Die Mayerno-Widerstandskomitees im südöstlichen Bundesstaat Sannar veröffentlichten im Dezember 2021 den Vorschlag für einen Fahrplan, der die Bildung

lokaler Räte von Widerstandskomitees und Gewerkschaften vorsieht, gefolgt von Staatsräten und dann dem Nationalrat, der einen Ministerpräsidenten wählt. Auf diesen Vorschlag folgte im selben Monat der Vorschlag des Al-Saliha-Quartierkomitees in der Hauptstadt, das eine politische Charta entwarf und zur öffentlichen Diskussion und Abänderung vorlegte.

Im Januar 2022 veröffentlichten die Madani-Widerstandskomitees im Zentralstaat al-Dschazira einen detaillierteren Vorschlag für eine politische Charta. Diese enthielt eine Analyse der wirtschaftlichen und historischen Probleme des Sudans, die sich aus den kolonialen renditeorientierten Wirtschaftsstrukturen ergeben haben, und betonte die Notwendigkeit eines revolutionären Entwicklungsprogramms, um wirtschaftliche Gerechtigkeit erreichen und die Macht des Volkes und sein Recht auf realen Wohlstand umsetzen zu können. Der Vorschlag der Madani-Widerstandskomitees wurde geschätzt und für seine Analyse gelobt, die die Realität und die wirtschaftlichen Prioritäten der Massen widerspiegeln, er wurde aber auch dafür kritisiert, Begriffe zu verwenden, die „an die Sprache der Kommunisten erinnern“.

Den Madani-Widerstandskomitees wurde öffentlich vorgeworfen, ihr Vorschlag sei von der sudanesischen Kommunistischen Partei ausgearbeitet worden. Die Komitees wiesen diese Herabwürdigung ihrer Fähigkeiten und den Vorwurf, sie seien „Muskeln eines kopflosen Widerstands“, zurück. Dieser Vorwurf gegen die Komitees zielt eigentlich auf die Vergangenheit und den gegenwärtigen Zustand der sudanesischen Kommunistischen Partei, die gar nicht radikal genug ist, um einen solchen Vorschlag vorlegen zu können. Sie hat in der jüngeren und älteren Vergangenheit ein Modell der Bündnisse mit der herrschenden Bourgeoisie oder dem „nationalen Kapitalismus“ vertreten, anstatt daran zu arbeiten, die alternative Macht der Massen zu festigen. Diese Linie hat die sudanesisch-kommunistische Partei immer noch nicht überwunden, selbst nachdem sie sich im ersten Jahr mit der Übergangsregierung und der Regierungskoalition überworfen und diese verlassen hatte, und sogar noch nach dem Putsch. Die neue Position der Kommunistischen Partei gegenüber den bürgerlichen Eliten besteht unseres Erachtens darin, sich zwar zu weigern, sie als Bündnisse oder Blöcke anzuerkennen, aber dennoch getrennten Verhandlungen mit diesen zuzustimmen. Dies zeigt, dass die Kommunistische Partei zwar aus der Übergangsperiode neue Verhandlungstaktiken gelernt hat, aber noch weit davon entfernt ist, ihre prinzipielle Position zu überdenken. Diese besteht darin,

Forderungen der Massen und der Umstrukturierung des Staates im Interesse der Massen auf später hinauszuschieben, um die Führung des „nationalen Kapitalismus“ beizubehalten. Der Vorwurf, die Madani-Komitees hätten ihren Vorschlag von der Kommunistischen Partei ausarbeiten lassen, ist für letzere eine unverdiente Ehre.

Der Vorschlag des Madani-Komitees wurde von Widerstandskomitees in mehreren Staaten akzeptiert. Anfang Februar kündigten sie einen Vorschlag mit dem Titel „Revolutionäre Charta der Volksmacht“ an, der sich auf den Vorschlag der Madani-Komitees, die Mayerno-Roadmap und einen Entwurf eines Ehrenkodex der Komitees im Staat Kurdufan stützte. Die geänderte Charta wurde von den Koordinationen der Widerstandskomitees von sieben Staaten unterzeichnet.

Die Widerstandskomitees in Khartum veröffentlichten Ende Februar 2022 auch einen Vorschlag für eine politische Erklärung mit dem Titel „Charta für die Gründung der Volksmacht“. Viele Mitglieder der Widerstandskomitees der Hauptstadt erachten die Erfahrungen, die mit der Vorbereitung dieses Vorschlags gemacht wurden, als wichtig und zentral für die Schulung der über 800 Komitees der Hauptstadt in Diskussionen und der Koordination untereinander. Mehr als ein Viertel der Bevölkerung des Landes lebt in Khartum. Der Charakter der Hauptstadt, ihre hohe Bevölkerungsdichte, ihre Nähe zur Zentralregierung und die Heterogenität der wirtschaftlichen Interessen nach Bevölkerungsgruppen spiegelten sich in den Schwächen der Erklärung wider. Ihre Lösungen waren weniger kohärent, angesichts der strukturellen Probleme weniger radikal und ihr fehlte im Vergleich zum Vorschlag der Revolutionären Charta eine integrierte Analyse der Lage im Sudan. Das gilt insbesondere für die wirtschaftliche Analyse und die Ernennung der Regierung von oben nach unten, beginnend beim Ministerpräsidenten.

Dies unterstreicht einmal mehr die Frage nach der geografischen Ausrichtung der Komitees, die ihre Fähigkeit einschränkt, revolutionäre Positionen einzunehmen, die über ihr Wohngebiet, ihre Bevölkerung und ihr Umfeld hinausgehen. Nichtsdestotrotz arbeiten die Komitees in Khartum daran, diese Schwächen zu überwinden, indem sie sich für Diskussionen und Änderungsanträge über ihre Vorschläge und auch über ihre Vorentwürfe öffnen und zu öffentlichen Diskussionen und Stellungnahmen von Fachleuten einladen, um breitere Kreise in die Kritik und Ausformulierung einzubinden. In diesen Diskussionen zeigt sich auch, wie wichtig die vielen Vorschläge sind, damit sich der revolutionäre Horizont der Massen erweitert und damit sie ihre Fähigkeit

vertiefen können, die Auswirkungen von Regierungsformen auf ihr Leben zu erkennen und über Alternativen nachzudenken, die der Verwirklichung des Prinzips „Alle Macht und aller Reichtum für das Volk“ besser entsprechen.

Die Diskussionen über die Vorschläge für politische Chartas werden fortgesetzt, parallel zu den Diskussionen darüber, wie das Feuer der anhaltenden Proteste aufrechterhalten werden kann, etwa die wöchentlichen Proteste vor dem Palast der Republik und den Staatssekretariaten. Es kommt dabei zu Zusammenstößen mit den Repressionskräften, zu Toten, Verwundeten und Verhafteten, ohne dass die Revolution dadurch gestoppt wird. Daneben gibt es die Streiks der sudanesischen Arbeiter*innen und Massen und ihre Sitzblockaden gegen die repressive Militärherrschaft, niedrige Löhne und eine Wirtschaftspolitik, die zur Verarmung führt. Dazu gehören: die Mobilisierungen der Arbeiter*innen des Generalinspektorats für das ägyptische Bewässerungssystem, die eine Erhöhung ihrer Gehälter fordern, der LehrerInnenstreik im Bundesstaat Kassala, die Weigerung der Angestellten des Ibrahim-Malik-Krankenhauses in der Hauptstadt, die von der Putschregierung angekündigten Erhöhungen der Pflgetarife umzusetzen, die Weigerung des Widerstandskomitees des Bezirks Al Taif in Karthum, die von den Behörden verordnete Schließung des Stadtteilmarkts durchzusetzen und seine Verteidigung der informellen ArbeiterInnen und ihres Rechts auf Arbeit und ein menschenwürdiges Leben, aber auch andere organisierte Widerstandsfronten, die immer häufiger entstehen, je repressiver und ungerechter die Politik wird.

Die grundlegende gemeinsame Lehre, die die sudanesische Revolution jetzt zu ziehen versucht, antwortet auf zwei Fragen: Was ist unsere Charta, d. h. unser revolutionärer politischer Weg? Und wie setzen wir den friedlichen Widerstand gegen den bewaffneten Putsch fort? Die Antwort auf diese beiden Fragen liegt in der Stärkung der Organisationen in den Wohnvierteln und Arbeitsorten aller Regionen und Sektoren des sudanesischen Staates. Was erreicht werden kann, wenn Vorschläge für Chartas diskutiert werden, die sich nicht auf eigene Erfahrungen und Experimente stützen, ist begrenzt. Wir müssen die Vorschläge dem Praxistest unterziehen, mit der Umsetzung ihrer Grundsätze beginnen, sie ändern und auf der Grundlage der Erfahrungen weiterentwickeln. Die Organisation in den Wohnvierteln und Arbeitsorten öffnet das Feld für verschiedene Formen des Widerstands, und zwar durch die Ausübung der Volksmacht vor Ort und die Umwandlung des Widerstands von einem Druckmittel auf die Mächtigen zu einem Mittel, die Macht im Interesse des Volkes zu ergreifen.

Wenn die sudanesische Revolution diesen Weg beschreitet – erfreulicherweise bewegt sie sich in diese Richtung –, wäre sie nicht nur in der Lage, den Staatsstreich zu besiegen, sondern auch ein elitäres renditeorientiertes System zu Fall zu bringen, das seit der anglo-ägyptischen Kolonialisierung besteht und unter mehreren Regierungen aufrechterhalten wurde. Sie könnte neue Formen der Organisation des Lebens im Interesse der Massen etablieren, wo die Waffen der Soldaten unnütz sind und allein der revolutionäre Pazifismus der Bevölkerung triumphiert.

Dies erfordert zweifellos den Aufbau einer revolutionären Organisation, die sich auf die Methode einer revolutionären Analyse der Realität stützt. Neben den Organisationsformen an den Wohnorten und Arbeitsplätzen ist sie eine zweite unverzichtbare Säule des Widerstands, um revolutionäre Positionen voranzutreiben und von der Entwicklung der Massenorganisationen zu profitieren sowie Lösungen anzubieten, die nicht durch geografische Loyalitäten oder Gruppenzugehörigkeiten beschränkt sind. Diese symbiotische Beziehung, der heute ein Element fehlt,

ist für die Stärkung der sudanesischen Revolution von entscheidender Bedeutung. Angesichts der Entwicklung des Selbstorganisationsprozesses und der politischen Stellungen denken wir, dass diese revolutionäre Organisation unweigerlich entstehen wird.

■ **Muzan Alneel** ist Mitbegründerin des sudanesischen Think Tanks Innovation, Science and Technology for People-Centered Development (ITSinaD) und nicht ortsansässige Forscherin am Tahrir Institute for Middle East Policy (TIMEP), das einen Wirtschaftsansatz verfolgt, der den Fokus auf Bevölkerung, Industrie und Umwelt im Sudan legt.

Dieser Artikel erschien zuerst auf der Website *Medien für die Revolution* der Revolutionären Sozialist*innen Ägyptens: <https://revsoc.me/arab-and-international/44759/>. Er wurde von Luiza Toscano aus dem Arabischen ins Französische übersetzt.

9. März 2022

■ *Übersetzung aus dem Französischen: Alena Wehrli und Birgit Althaler*

WEBSEITEN DER VIERTEN INTERNATIONALE

Die Vierten Internationale hat eine dreisprachige Webseite, auf der Texte parallel auf Englisch, Französisch und „Kastilisch“ (Spanisch) veröffentlicht werden:

<https://fourth.international/en>

<https://fourth.international/>

<https://fourth.international/es>.

Ein Kollektiv von Genoss*innen aus Belgien, Frankreich und dem Spanischen Staat und Übersetzer*innen aus weiteren Ländern arbeitet für diese Seite. Auf dieser Webseite werden u. a. aktuelle Verlautbarungen von Leitungsgremien der Vierten Internationale veröffentlicht, darunter Resolutionen und Erklärungen der Weltkongresse, des Internationalen Komitees, das in der Regel einmal im Jahr tagt, und des Büros der Internationale.

Hier ist unter anderem eine nach Kontinenten gegliederte Liste der Organisationen zu finden, die entweder der Vierten Internationale als Sektionen oder sympathisierende Organisationen angehören oder ihr nahestehen und solidarisch verbunden sind (beispielweise „Socialist Alternative“ in Australien oder neben der pakistanischen Sektion die Organisation

„The Struggle) oder aber in denen Mitglieder der Vierten Internationale mitarbeiten, ohne dass die Parteien oder Organisationen als Ganze der Vierten angehören würden (was beispielsweise in Frankreich sowohl bei der Neuen Antikapitalistischen Partei NPA als auch bei Ensemble! der Fall ist).

<https://fourth.international/en/organisations>

Außer der englischsprachigen Nachrichten-Webseiten *International Viewpoint* und der gedruckten französischsprachigen Zeitschrift *Inprecor* gibt die Vierte Internationale seit April auch die Seite *Punto de vista internacional* auf Kastilisch heraus

<https://internationalviewpoint.org/>

<http://www.inprecor.fr>

<https://puntodevistainternacional.org/>

Ergänzt werden die Webseiten der Internationale und von *International Viewpoint* durch Facebookseiten auf Englisch, Französisch, Kastilisch (darunter <https://www.facebook.com/FourthInternational/>).

„WIR HABEN IMMER WERT AUF EINHEITS-INITIATIVEN GELEGT“

Die Gruppe „Sosyalist Demokrasi için Yeniyol“ (dt.: Neuer Kurs für eine sozialistische Demokratie), die türkische Sektion der Vierten Internationale, hat beschlossen, der „Türkiye İşçi Partisi“ (TIP, Arbeiterpartei der Türkei) beizutreten. Im Folgenden dokumentieren wir das Gespräch, das **Tugay Candan** mit unserem Genossen **Uraz Aydın** geführt hat.

Ihr kommt von einer anderen politischen Tradition her und habt euch entschieden, euren Kampf in den Reihen der TIP fortzusetzen. Wie ist der Prozess eures Beitritts verlaufen und wie seid ihr aufgenommen worden?

Wir haben bereits bei verschiedenen Gelegenheiten mit einer Vielzahl von Genossinnen und Genossen der TIP aktiv zusammengearbeitet. Zunächst hier ein Blick auf die entferntere Vergangenheit: Wir haben uns beispielsweise in der Mitte der Neunzigerjahre mit vielen Genossen aus der Vereinigten Sozialistischen Partei (Birleşik Sosyalist Parti, BSP) und später der Freiheits- und Solidaritätspartei (Özgürlük ve Dayanışma Partisi, ÖDP), die Mitte der neunziger Jahre zwei wichtige Erfahrungen mit vereinigten Parteien in der Türkei gemacht haben, untereinander kennengelernt. In jüngster Zeit hatten wir gemeinsam Aktivitäten entfaltet: in der aus den Gezi-Revoluten hervorgegangenen Vereinigten Juni-Bewegung, dann in der Plattform „Der Saray wird einstürzen, das Volk wird siegen“, einer unabhängigen sozialistischen Initiative, die zur Unterstützung der HDP im Vorfeld der Wahlen vom 1. November 2015 gegründet wurde, und im Jahr 2017 in der Vereinigten Arbeitskoordination, deren Ziel es war,

Arbeiterversammlungen in den Betrieben durchzusetzen. Seit über einem Jahr engagieren wir uns auch gemeinsam mit einigen anderen revolutionären Strömungen in der „Solidarität der städtischen Werktätigen“ mit dem Ziel, die prekärsten Sektoren im Dienstleistungssektor zu organisieren.

Wir haben immer den Blick vor allem auf den Aufbau von – wenn möglich dauerhaften – Einheitsinitiativen gerichtet und versucht, sie so auszurichten, dass sie perspektivisch zu politischen Projekten werden könnten. Wir müssen Mittel und Wege finden, um gemeinsam zu kämpfen, natürlich ohne zu vergessen, was uns in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung an strategischen Divergenzen trennt, aber auch ohne daraus unüberwindbare Grenzen zu machen. Wir vertreten dies nicht, weil wir einen Fetischismus der Einheit betreiben würden, sondern weil wir glauben, dass die radikale Linke eine pluralistische Neuzusammensetzung braucht, um zum Aufbau einer revolutionären Massenpartei beizutragen, die in den Arbeitermassen verwurzelt ist und zu einem entscheidenden Akteur im Klassenkampf wird. Das haben wir in der BSP und in der ÖDP versucht zu erreichen und versuchen wir heute in der TIP. Wir geben

also nicht irgendeinen Teil unseres Erbes und unserer Ziele auf, sondern gerade weil die TIP unserer Perspektive des Organisationsaufbaus entspricht, schließen wir uns ihr an.

Ich möchte jedoch klarstellen, dass es keine Aufbaustrategie ist, für die wir nur für die Türkei – die wahrscheinlich eine der am tiefsten gespaltenen revolutionären Bewegungen der Welt hat – eintreten, sondern eine internationale Strategie. Die Vierte Internationale, der wir angehören, hat sich zum Ziel gesetzt, zu einer einheitlichen, demokratischen und pluralistischen Neuformierung der revolutionären Linken beizutragen, und zwar in praktisch jedem Land, in dem die Mittel dazu gegeben sind. Darüber hinaus glauben wir, dass wir als Internationale nur ein Teil einer breiten, pluralistischen Internationale sind, in der verschiedene revolutionäre Strömungen auf antikapitalistischer, feministischer und ökologischer Grundlage ihren Platz finden. Wir haben verschiedene Erfahrungen mit Zusammenschlüssen und dem Aufbau von Einheitsorganisationen gemacht, mit sehr unterschiedlichen organisatorischen Strukturen, einige haben funktioniert und es geschafft, zu – natürlich relativ betrachtet – politischen Kräften zu werden, andere nicht. Aus einer solchen Perspektive heraus haben wir uns an Einheitsprojekten beteiligt, die es in Ländern wie Portugal, Brasilien, Dänemark, Russland, Pakistan, Frankreich und bald auch in Griechenland gibt, wo eine vereinte antikapitalistische Bewegung kurz vor der Gründung steht.

Zurück zu unsere Aufnahme in die TIP: Die Tatsache, dass sie für die Teilnahme von Aktivist*innen aus anderen Strömungen offen war, war wichtig. Aber entscheidend war natürlich die Tatsache, dass wir uns über die politischen Aufgaben einig waren – auch wenn wir unterschiedliche historische Bezüge haben. In diesem Zusammenhang war es wichtig, dass die TIP bei den Arbeiter*innen Interesse geweckt hat, indem sie den Klassenkampf in den Mittelpunkt ihres Kampfes stellt sich mit dem Kampf des kurdischen Volkes solidarisiert, wie es jede linke Partei tun müsste – was einige von ihnen jedoch nicht tun.

Kurz nachdem ihr der TIP beigetreten seid, hat die Vorbereitungskonferenz für den „Interventionskongress“ stattgefunden. Der Kongress wird am 13. Februar zu Ende gehen. Die Teilnehmer*innen der Konferenz haben den Aufruf „Kommt, lasst uns das Schicksal unseres Landes in die Hand nehmen“ an die Öffent-

lichkeit gerichtet. Welche Bedeutung hat diese Konferenz deiner Meinung nach gehabt?

Ich denke, unsere Genoss*innen, die von Anfang an am Aufbau der Partei beteiligt waren, könnten das besser einschätzen. Aber als jemand, der die Entwicklung der Partei mit Interesse verfolgt hat, habe ich sie als eine Konferenz gesehen, auf der die TIP ihre Organisationsstruktur und ihre politische Strategie angesichts eines politischen Wendepunkts, der wahrscheinlich sehr stürmisch sein wird, neu gestaltet hat. Um auf ihren Namen Bezug zu nehmen, könnte man sie vielleicht als eine Konferenz bezeichnen, auf der eine Partei, die vom Schwerpunkt her ein Anziehungspunkt für Arbeitende und Unterdrückte ist, ihren Willen bekundet hat, in die Geschichte einzugreifen, entsprechend den Bedürfnissen, Forderungen und Bestrebungen der Menschen von unten. Neben der Frage des Eingreifens war mein Eindruck von der Konferenz jedoch, dass sie auch Teil eines Aufbauprozesses war. Der Arbeiterpartei der Türkei ist es innerhalb kurzer Zeit gelungen, bekannt zu werden, sie hat gezeigt, dass sie drauf und dran ist, eine aktive Akteurin im Klassenkampf zu werden, und sie hat wesentliche Schritte in diese Richtung unternommen. Ich stimme allerdings absolut mit dem überein, was der Parteisprecher und Abgeordnete Erkan Baş gesagt hat: „Wir wachsen, es ist natürlich wichtig zu wachsen, aber das Wichtigste ist, dass wir uns organisieren.“ Daher – so sehe ich es – hat diese Konferenz betont, wie wichtig es ist, sowohl politische Intervention als auch organisatorischen Aufbau zu betreiben, wobei der Aufbau nie als abgeschlossen betrachtet werden darf und über die Interventionen, die in den jeweiligen aktuellen Situationen erforderlich sind, dauerhaft gemacht werden muss – und natürlich in Massenkämpfen.

Wie ist die Konferenz deiner Meinung nach verlaufen?

Ich persönlich fand sie ausgesprochen begeisternd. Zunächst einmal sorgte die Tatsache, dass sie zu einer Zeit stattfand, in denen es nacheinander eine ganze Reihe von Widerstandsaktivitäten und Streiks gab, auf der Konferenz für eine enthusiastische Atmosphäre. Für mich war vor allem wirklich überraschend, wie jung die Teilnehmer*innen waren. Obwohl Interventionen in Arbeiterkämpfen mit Recht eines der Markenzeichen der TIP sind, waren die Reden der jungen Feministinnen, LGBTI+, Behindertenrechtler*innen und veganen Aktivist*innen auf dem Podium und ihr Wille, die Forderungen ihres Kampfes in die Agenda der Partei

aufzunehmen, beeindruckend. Bemerkenswert war auch die Begeisterung im Saal, als ein Genosse aus der kurdischen Region, ein Angestellter eines Stromversorgungsunternehmens, am Ende seiner Rede Grüße an politische Gefangene und an Selahattin Demirtaş richtete (den ehemaligen Sprecher der HDP, der seit über fünf Jahren im Gefängnis sitzt).

Ich hatte vor etwa 15 Jahren zum letzten Mal an einem großen Kongress teilgenommen, dem der ÖDP, einer Partei, die man (nach unseren eigenen Maßstäben) als recht groß bezeichnen könnte. Es war der Parteitag einer Partei, die dabei war, ihren Pluralismus zu verlieren oder sogar zu amputieren, einer Partei, die sich lieber auf der Grundlage einer einzigen politischen Zugehörigkeit konsolidieren wollte. Es war eine Partei, für die wir viele Jahre lang hart gearbeitet hatten, die wir kritisiert haben, während wir sie weiter aufgebaut haben. Das war eine wirklich schmerzhaft Erfahrung. Jetzt, Jahre später, habe ich gerade an einer Konferenz teilgenommen, auf der eine völlig andere Sprache, ja sogar mehrere Sprachen gesprochen wurden; einige Kämpfe, die damals noch sehr schwach waren, äußerten sich selbstbewusst entsprechend der Stärke, die sie erlangt haben, und es hat nicht an Kritik und Selbstkritik gefehlt. Es war für mich auch wichtig, dass ich hier in der Arbeiterpartei der Türkei eine Reihe von Bekannten aus meiner Generation angetroffen habe, aus der Studentenbewegung der 1990er Jahre oder aus verschiedenen politischen Kämpfen und Milieus.

Was bedeuten die auf der Konferenz gefassten Beschlüsse für dich?

Es gibt einige Punkte, die hervorstechen oder die ich unterstreichen möchte. Erstens gibt es in den Resolutionen ein Gefühl von „Selbstvertrauen im Aufbau“, und das ist eine gute Sache. Insbesondere in der Passage, in der es heißt: „Die Türen unserer Partei stehen allen unseren Mitbürger*innen offen, die ihre Stimme mit unserer Stimme vereinen und das Regime des Sarays und die kapitalistische Ordnung, die es geschaffen hat, bekämpfen wollen, unabhängig von ihrer politischen Tradition und davon, für welche Parteien, sie gestimmt haben. Wir werden mit euch lernen, wir werden mit euch wachsen, wir werden mit euch zur Macht schreiten. Euer Platz in der Arbeiterpartei der Türkei steht bereit. Wir laden euch ein, diesen Platz einzunehmen.“

Natürlich ist da der Willen, dieses Regime zu stürzen, und auch mit der Ordnung des Kapitals abzurechnen. Wie es aber aussieht, wird dieser Wille dadurch verstärkt, dass

die Partei auf weit mehr Interesse gestoßen ist, als bei ihrer Gründung erhofft worden war. Angesichts der Unterstützung, die sie nicht nur von einzelnen bereits revolutionären Menschen erhält, die aus verschiedenen Strömungen der sozialistischen Bewegung kommen, sondern auch von Menschen aus anderen Teilen des politischen Spektrums, von Arbeiter*innen, Frauen und Jugendlichen, öffnet sie ihre Reihen noch weiter zur Partizipation. So habe ich es zumindest verstanden. Das schafft natürlich einen fruchtbaren Boden für den Ausbau einer pluralistischen politischen Kultur.

Die Leitung der TIP spricht seit einiger Zeit davon, dass sie für ein drittes Bündnis ist, gegen die Bündnisse der beiden bürgerlichen Lager, dem von Erdoğan und dem der Opposition. Die Rede ist von einem Volksbündnis, das mit der HDP und, wenn möglich, mit anderen Parteien der radikalen Linken mit Blick auf die für 2023 geplanten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen gebildet werden soll. Diese Einladung ist hier erneuert worden, sie richtet sich im weiteren Sinne an alle sozialen Bewegungen. Ich denke, dass unsere ins Parlament abgeordneten Genossinnen und Genossen natürlich zusammen mit den Bemühungen aller Aktivist*innen, die die Last der Partei tragen, eine gute Verbindung zwischen dem Parlament und der Straße hergestellt haben. Und ich bin der Meinung, dass das Bestreben, die Aktivist*innen der verschiedenen sozialen Kämpfe – über ihre eigenen Kandidatenlisten – ins Parlament zu bringen, natürlich eine sehr kohärente Perspektive ist, solange die organische Verbindung zur Basis erhalten bleibt und die Kämpfe auf der Straße gefördert werden.

Es wird oft wiederholt, dass Politik mit Stärke gemacht wird. Das ist auch richtig. Aber revolutionäre Politik, Klassenpolitik, wird auch mit Glauben gemacht. Ich spreche natürlich von einem säkularen Glauben. Den Glauben an etwas zu haben, das größer ist als wir, das über das Individuum hinausgeht, den Glauben an ein kollektives Ziel, an eine Reihe von Werten, ist der geistige Treibstoff für den revolutionären Kampf. Marxisten wie Lucien Goldmann oder Daniel Bensaïd haben sich mit dieser Frage ganz besonders beschäftigt. Obwohl die Idee des Sozialismus heute wegen einer Reihe von Niederlagen hart mitgenommen erscheint, ist es ein unverzichtbarer Bestandteil der revolutionären Strategie, ihn als libertäre, egalitäre und demokratische Alternative wieder glaubwürdig zu machen; eine Vision einer emanzipierten Zukunft zu entwerfen, in der die Menschen sich selbst regieren; eine Gesellschaft wünschenswert zu machen, in der alle weniger

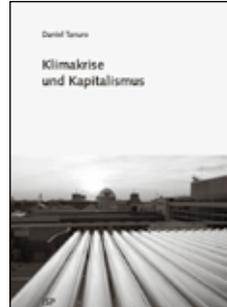
arbeiten und mehr Zeit für Selbstverwirklichung haben. So gesehen ist die Orientierung der Konferenz, Wahlen als Instrument zu nutzen und den Sozialismus zu etwas zu machen, was Millionen von Menschen haben wollen, für mich wichtig.

■ **Uraz Aydın** ist jetzt Mitglied der „Parteiversammlung“, des Leitungsgremiums der TIP, das auf der Nationalen Konferenz vom 29./30. Januar 2022 gewählt wurde.

Quelle: <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article62010>. (Original auf der Info-Website der TIP „İleri“ (Vorwärts): <https://ilerihaber.org/icerik/tipin-13-subat-mudahalesi-iii-136703>. Siehe auch die Erklärung von Sosyalist Demokrasi için Yeniyol, auf Deutsch: <https://intersoz.org/yeniyol-tritt-der-tuerkischen-arbeiterpartei-bei/>)

■ *Aus dem Französischen übersetzt von Wilfried*

NEU bei ISP



Daniel Tanuro
Klimakrise und Kapitalismus

Aus dem Französischen von
Paul B. Kleiser und Ulla Varchmin
2., durchgesehene und erweiterte
Auflage

190 Seiten, 19,80 €
ISBN 978-3-89 900-146-4

Daniel Tanuro zeigt auf, dass der Kapitalismus strukturell an das Wirtschaftswachstum gebunden ist und dass es den Regierungen – trotz aller Beteuerungen, auf „grüne“ Energien umzusteigen –, bei weitem nicht gelingt, den Ausstoß von Treibhausgasen nennenswert zu reduzieren. Er tritt für die Entwicklung eines ökosozialistischen Projektes ein, in dem die Erzeugung von Energie der kapitalistischen Profitlogik entzogen wird. Nur so kann es gelingen, den Umstieg auf erneuerbare Energien zu schaffen und gleichzeitig ein Programm sozialer Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Daniel Tanuro, Jahrgang 1954, ist Agraringenieur und Ökosozialist sowie Gründungsmitglied der belgischen NGO „Klima und soziale Gerechtigkeit“. Er hat zahlreiche Artikel und zwei Bücher zu dem Verhältnis von Marxismus und Ökologie sowie zu klimapolitischen Fragestellungen geschrieben.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

Unterstützt die demokratische Linke in der Ukraine! Solidarität mit Sozialnyj Ruch (Soziale Bewegung)

Die Soziale Bewegung (Sozialnyj Ruch) ist eine ukrainische sozialistische Organisation, die sich für die Interessen der arbeitenden Klasse einsetzt. Sie bittet um unsere Hilfe.

Die Ukraine leidet unter einem blutigen und zerstörerischen Krieg, der von russischen Truppen begonnen wurde.

Sozialnyj Ruch spricht sich dagegen aus, dass private und staatliche Unternehmen die Kriegssituation auszunutzen versuchen, um Entlassungen vorzunehmen und die Rechte und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten anzugreifen.

Sozialnyj Ruch kämpft für die Einstellung der Bombardierung von ukrainischen Städten, den vollständigen Abzug der russischen Truppen und die Annullierung der Auslandsschulden der Ukraine.

Sozialnyj Ruch ist Teil von emanzipatorischen Bewegungen, die in feministischen, LGBTIQ*- oder antirassistischen Initiativen zum Ausdruck kommen.

Sozialnyj Ruch steht für ein erneuertes sozialistisches Projekt und arbeitet seit vielen Jahren mit ähnlichen Bewegungen vor allem in Russland zusammen.

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO), Sektion der IV. Internationale in Deutschland, unterstützt Sozialnyj Ruch in der Ukraine und ihren Spendenaufruf zur Absicherung ihrer Arbeit. Sozialnyj Ruch schreibt uns: „Unsere Aktivistinnen und Aktivisten haben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen und müssen zusätzliche Kosten

für Lebensmittel, Transport, Medikamente und Unterkunft tragen.

Wir benötigen finanzielle Hilfe für den Aufbau einer starken demokratischen linken Kraft in der ukrainischen Politik, sowohl in Zeiten des Krieges als auch in Zeiten des Friedens.

Im Moment geht es um das Überleben der Organisation als politische Kraft und als zukünftige Partei.

Wir vereinen Jugendliche, Arbeiterinnen und Arbeiter für den Aufbau einer demokratischen, sozialistischen, unabhängigen und integrativen Ukraine!

Unsere Bevölkerung glaubt, dass die Ukraine gerechte Lösungen im sozioökonomischen Bereich braucht.

Nur Sozialismus und fortschrittliche Reformen für die Bedürfnisse der Vielen können eine bessere Zukunft für die Ukraine bringen.

Wir brauchen eure finanzielle Unterstützung, um unsere Organisation zu erhalten und zu stärken!“

Spendet bitte auf dieses Konto:

Kontoinhaber: Christiaan Boissevain
IBAN: DE87 5001 0517 5426 9968 24
BIC: INGDEFFXXX
Stichwort: SR Ukraine

Eingehende Spenden werden ohne Abzüge an die ukrainischen Genossinnen und Genossen weitergeleitet.